



- Neue Perspektiven für die grenzüberschreitende Kooperation mit Dänemark
- Uwe Jens Lornsens Vorschläge für eine Gemeinde- und Distriktsverfassung Schleswig-Holsteins
- Das Heimdeutschtum in Nordschleswig 1840-1867

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Die Herausgabe von Heft 2/2006
erfolgte mit freundlicher Unterstützung
der Sparkassestiftung von 1869
der Flensburger Sparkasse



Flensburger
Sparkasse

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 · 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr

Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr

Telefon (0461) 2 67 08 · Telefax (04 61) 2 67 09

E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net

www.grenzfriedensbund.de

Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 96

Beitrag:

15 € für Einzelmitglieder

30 € für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Nord-Ostsee Sparkasse (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT

Seite

Uwe Döring

Neue Perspektiven für die grenzüberschreitende
Kooperation mit Dänemark..... 91

Manfred Jessen-Klingenberg

Uwe Jens Lornsens Vorschläge für eine
Gemeinde- und Distriktsverfassung Schleswig-Holsteins 99

Hans Schultz Hansen

Das Heimdeutschtum in Nordschleswig 1840-1867 117

Umschau 133

Buchbesprechungen 149

Mitarbeiter/innen dieses Heftes 163

Abbildungsnachweis 164

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 3 €.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Ove Jensen, M.A., Hasselbrookstraße 131, 22089 Hamburg

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharf, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Kroghs Kobbel 47, DK-6100 Haderslev

Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6 · 24943 Flensburg

Satzerstellung: Mittelstaedt Media Design, Westertoft 15 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98 · E-mail: mittelstaedt-design@web.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

Neue Perspektiven für die grenzüberschreitende Kooperation mit Dänemark

von UWE DÖRING

Wir geben den Vortrag wieder, den der Minister für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Uwe Döring, auf der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes am 6. Mai 2006 in Husum gehalten hat. Nachdem beim 5. Dialog Grenzfriedensbund die Konsequenzen der dänischen Kommunalreform für das Grenzland im Mittelpunkt gestanden haben (GFH 1/2006, S. 3 ff.), entwickelt Uwe Döring unter europäischen Gesichtspunkten längerfristig angelegte Perspektiven und ruft dazu auf, sich den veränderten Strukturen auch in der deutsch-dänischen Grenzregion entschieden zu stellen. An den Vortrag schloss sich eine lebhafte Diskussion an.

Die Redaktion

I.

Zunächst herzlichen Dank für die Einladung zur Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes – es freut mich, heute bei Ihnen in Husum zu sein. Dank auch für die Gelegenheit, aus meiner Sicht einen Blick auf die Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu werfen.

Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, stehen wir vor drei grundlegenden Herausforderungen:

- Die Ost-Erweiterung der Europäischen Union hat die Landkarte Europas grundlegender verändert als alle vorhergehenden Erweiterungen seit dem EU-Beitritt Dänemarks 1973.
- Der demographische Wandel stellt die Gesellschaft vor grundlegende Fragen – dieser Prozess wird auch die Arbeitswelt, die Wirtschaft oder die Siedlungsgeografie nachhaltig verändern.
- Der anhaltende Trend zur Globalisierung wird nicht umzukehren sein. Wo heute Kapital und Waren frei um die Welt zirkulieren, werden morgen auch Produktion und Wissen flexibel ihren Standort wechseln.

Auf diese Veränderungen müssen wir uns einstellen. Wir, das meint:

- Wir, die wir in unseren Städten und Regionen leben und weiter leben wollen.
- Wir, die in der Verantwortung für die Gestaltung der Zukunftsfähigkeit unserer Heimat stehen.
- Wir – das meint uns und unsere Nachbarn, die mehr denn je gemeinsame Interessen mit uns teilen – sei es im kleinen kommunalen Kontext, sei es im

Bereich grenzüberschreitender Regionen, oder sei es in Größenordnungen europäischer Regionen wie der Ostseeregion.

Antworten auf die Herausforderungen zu finden und sie dann vor allem auch umzusetzen ist oft schwierig und mitunter schmerzhaft. Heißt dies doch auch, mit manchen lieb gewordenen Traditionen zu brechen und manche lang gewohnten Strukturen zu verändern. Hierüber nur zu klagen hieße, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Heute nicht zu handeln bedeutet, die eigene Gestaltungskraft leichtfertig aus der Hand zu geben. Vielleicht noch nicht zu Lasten meiner eigenen Generation, mit Sicherheit aber zu Lasten unserer Kinder und Enkel.

II.

Dies will ich vorwegschicken, um den Rahmen abzustecken, innerhalb dessen die Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark stehen. Heute blicken wir zu Recht und mit gewissem Stolz auf das zurück, was in den vergangenen Jahrzehnten entstanden ist: Man muss nicht immer auf die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 oder noch weiter in die Historie zurückgreifen, um zu zeigen, dass enge nachbarschaftliche Zusammenarbeit mit Dänemark für uns in Schleswig-Holstein und für Sie in der Grenzregion ein Muss ist.

Viele haben daran mitgewirkt, an die Stelle einst trennender Gräben ein enges, vielschichtiges Netzwerk der deutsch-dänischen Zusammenarbeit zu setzen. Bürgermeister, Schulen, Vereine, Kreise, Amtskommunen und Regionen haben mit zahllosen Initiativen und Veranstaltungen eine deutsch-dänische Freundschaft gestiftet, die vor Jahrzehnten noch undenkbar schien.

Der Grenzfriedensbund steht hier mit seiner Arbeit in einer prominenten Reihe. Schleswig-Holstein hat in den vergangenen zwanzig Jahren die Idee der Ostseekooperation zu einem Verkaufsschlager gemacht. Was einst als Knüpfen schleswig-holsteinischer Netzwerke in die nordischen Staaten und über die Grenzen des Kalten Krieges hinweg begonnen hat, ist längst aus den Kinderschuhen herausgewachsen.

Heute steht der Ostseeraum als eine der großen transnationalen Regionen in Europa da, die über die engsten Netzwerke, die imponierendsten Wachstumsraten und die stärkste gemeinsame kulturelle Identität verfügt. Die Europäische Kommission bescheinigt der Ostseeregion, dass sie als am meisten integrierte Großregion in Europa beste Voraussetzungen dafür habe, im Wettlauf der Regionen Europas um Ansiedlungen, Arbeitsplätze und Handel bestehen zu können.

Und wir in Schleswig-Holstein – ebenso wie Dänemark – sind mittendrin: im Herzen Europas und im Herzen der Ostseeregion.

Daraus ist eine weitere Form enger Zusammenarbeit mit Dänemark entstanden, die sich nicht auf die unmittelbare landgebundene Grenzregion beschränkt: Gemeinsam teilen Schleswig-Holstein und Dänemark die Funktion einer strategischen Drehscheibe von europäischer Bedeutung für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Westen und dem Nordosten Europas. Gemeinsam bieten Norddeutschland und unsere Nachbarn im Süden Dänemarks und Schwedens auf engstem Raum zwischen den Metropolregionen Hamburg und der Öresundregion starke Potenziale in Wirtschaft, Forschung und Ausbildung, die sich gemeinsam besser erschließen lassen.

Mit Hilfe eines INTERREG-Projektes – mit Namen STRING – haben wir mit dänischen und schwedischen Partnern seit 1999 eine strategische Partnerschaft im südwestlichen Ostseeraum aufgebaut. Sie wird von der dänischen Regierung mittlerweile als ebenso bedeutsam anerkannt wie die enge Zusammenarbeit über die Grenze in unserem Norden hinweg.

Mit der Fehmarnbelt-Querung, die hoffentlich am Ende des Jahres nicht mehr nur als Vision am Horizont steht, käme hier ein Pfeiler hinzu, der nicht in Konkurrenz zur Jütland-Route die Grenzregion abkoppelt. Ganz im Gegenteil: Mit diesem Lückenschluss entsteht die Chance, ein Kraftfeld zu schaffen, in das die Grenzregion mit ihren besonderen Funktionen und Potenzialen eingebunden wäre über die innerdänische Entwicklungsachse über den Großen Belt.

Vieles mehr ließe sich hinzufügen: Von der engen Zusammenarbeit von Polizei und Zoll über gemeinsame Umweltprojekte bis hin zu Jugendbegegnung und Kulturaustausch.

Das mag an Aufzählungen genügen. Ich will hier ja keinen Lexikonartikel vortragen.

III.

„Nur wenn wir wissen, woher wir kommen, können wir bestimmen, wohin wir gehen“, hat einmal einer meiner Vorgänger als Europaminister (Gerd Walter) gesagt. Dem kann ich mich nur anschließen. Denn wichtige Aufgaben wollen erst noch gemeistert werden: Mit der grundlegenden Strukturreform in Dänemark, die in wenigen Monaten endgültig umgesetzt sein wird, ist nicht nur eine Gebietsreform verbunden. Sie bedeutet einen grundlegenden Wandel der Strukturen und Entscheidungsprozesse bei unseren dänischen Nachbarn, an die alle etablierten Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erst noch angepasst werden wollen.

Immerhin entstehen dadurch nördlich der Grenze schlagkräftige grenznahe Großkommunen, die eine stärkere Rolle auch in der Zusammenarbeit spielen wollen und werden. Und es entsteht die neue Region Syddanmark, die mit 1,2

Millionen Einwohnern gut ein Fünftel der dänischen Bevölkerung stellt und zum interessanten Partner für ganz Schleswig-Holstein werden kann.

Mit der Einigung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat und der Kommission über die Finanzmittel der EU bis 2013 ist nun auch endgültig „Grünes Licht“ für die Fortführung der INTERREG-Programme gegeben worden, die künftig unter dem Programmtitel „Ziel 3“ laufen werden. Gemeinsam mit den Kreisen und den dänischen Nachbarn schaffen wir derzeit die Voraussetzungen dafür, dass auch in der Grenzregion nahtlos an das erfolgreiche Programm INTERREG III A angeknüpft werden kann. Wobei natürlich, was nicht immer einfach ist, auf die neuen Strukturen in Dänemark Rücksicht genommen werden muss. Welche Organisations- und Strukturmodelle letztlich in den kommenden Wochen gemeinsam verabredet werden, muss und kann an dieser Stelle noch offen bleiben. Gemeinsam mit den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie der Stadt Flensburg bin ich aber zuversichtlich, geeignete Lösungen zu finden, die eine reibungslose Fortführung der deutsch-dänischen INTERREG-Programme ab 2007 erlauben.

Was danach vor uns liegt, wird ungleich schwerer sein: Nämlich die verfügbaren Mittel und die verbleibenden Jahre bis 2013 zu nutzen, um die Grenzregion mit gemeinsamen Projekten nachhaltig zu stärken. Denn auf eine Fortsetzung der INTERREG-Programme auch über 2013 hinaus zu hoffen ist aus heutiger Sicht verfrüht, wenn nicht gar waghalsig. Schließlich gilt es, die Zukunftsfähigkeit der Grenzregion auch diesseits der Grenze dauerhaft zu stärken und dafür eigene Mittel einzusetzen. Der Ministerpräsident hat im Januar angekündigt, dass die Landesregierung „Leuchtturmprojekte“ realisieren will.

Sie sollen:

- einen deutlichen Effekt für mehr Wachstum und weniger Arbeitslosigkeit haben,
- über die unmittelbare Grenzregion hinausstrahlen und
- aus einem sog. „Grenzlandfonds“ gefördert werden, der für geeignete Projekte Mittel aus bestehenden Landesprogrammen reserviert.

Aufgabe der Landesregierung kann dabei jedoch nur sein, die Entwicklung und Umsetzung dieser „Leuchtturmprojekte“ zu unterstützen. Sie tatsächlich zu entwickeln, mit Leben zu erfüllen und erfolgreich zu machen, kann nur Aufgabe der Institutionen und Träger in der Region selbst sein.

Und wenn man bei schmalen Kassen jeden Euro zweimal umdrehen muss, werden wir an der einen oder anderen Stelle ziemlich kleine Brötchen backen müssen. Kleine Brötchen sind aber immer noch Brötchen. Auf keinen Fall dürfen wir die Entwicklungschancen der Grenzregion aushungern und dadurch verspielen.

Ich will an dieser Stelle einen Seitenblick werfen auf ein derzeit heiß diskutiertes Thema, das nicht direkt im Kontext grenzüberschreitender Zusammenarbeit steht,



Minister Uwe Döring bei seiner Rede im Rahmen der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes

aber in mancher Frage unmittelbar damit verbunden ist: Vor wenigen Tagen hat die Landesregierung Eckpunkte zur Errichtung von Kommunalen Verwaltungsregionen akzeptiert. Es gab sofort lauten Protest. Obwohl damit nicht der Einstieg in eine Gebietsreform, sondern lediglich die zuvor landauf, landab geforderte Übertragung von Aufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene angestrebt wird. Und obwohl eine Übertragung, die schlankere Strukturen schafft, zumindest mittelfristig die Chance zur Kosteneinsparung auf allen Ebenen bietet.

Auch für eine engere Zusammenarbeit mit Dänemark brauchen wir auf schleswig-holsteinischer Seite effizientere Strukturen. Eines ist jedenfalls klar: So wie sie sind, können die Strukturen in Schleswig-Holstein nicht bleiben. Wer sich darauf beschränkt, zur Verteidigung eigener Besitzstände in den Schützengraben zu springen, verspielt die Chance zur Mitgestaltung.

Auch hier lohnt übrigens ein Blick über die Grenze: Man stelle sich einmal vor, wir hätten uns eine derart grundlegende Strukturreform wie in Dänemark vorgenommen: Die Lautstärke des Protests hätte jeden Phonometer überfordert. Und dennoch werden unsere dänischen Nachbarn für ihren Mut und ihre Effizienz gerühmt.

IV.

Welche Prioritäten verfolgt vor diesem Hintergrund die Landesregierung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit? Zu den Formen der Zusammenarbeit nur so viel:

Der heutige Regionalrat „Schleswig-Sønderjylland“ hat bereits den Grundsatzbeschluss gefasst, sich Anfang 2007 in neuer Struktur und angepasst an die künftigen Realitäten neu zu konstituieren. Partner auf hiesiger Seite bleiben unverändert die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie die Stadt Flensburg. Unter dem neuen Namen „Regionalversammlung Schleswig-Sønderjylland“ stärkt das die Kontinuität, die die Zusammenarbeit in der unmittelbaren Grenzregion seit Jahren auszeichnet.

Über Form und Inhalt der Zusammenarbeit, die bislang zwischen der Landesregierung und dem Amt Sønderjylland besteht, wird weiter zu reden sein. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Fläche der Region Syddanmark, in der die Insel Fyn, das Amt Ribe sowie Teile des Amtes Vejle aufgehen. Es geht vielmehr um den grundlegend neuen Zuschnitt von Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten unseres neuen dänischen Partners. Der Ministerpräsident und ich sind dazu im Dialog mit der dänischen Seite.

Schwerpunktthema der Zusammenarbeit aus Sicht des Landes ist naturgemäß allen voran das weite Feld „Wirtschaft und Arbeit“. Mit seiner „grenzüberschreitenden Wirtschaftsentwicklungsstrategie für die Region Schleswig-Sønderjylland“ hat der Regionalrat im vergangenen Jahr einen wichtigen Schritt nach vorn getan.

Auf die gemeinsamen Potenziale dies- und jenseits der Grenze verweist eine von Danfoss-Chef Mads Clausen in Auftrag gegebene „Cluster-Studie“. Mechatronik, Nahrungsmittelindustrie oder erneuerbare Energien sind nur einige Beispiele, in denen grenzüberschreitend gemeinsam Synergien für mehr Entwicklung möglich sind.

Gemeinsam haben der Wirtschaftsminister und die IHK Flensburg Mitte Februar den Ball aufgenommen und in einem „deutsch-dänischen Wirtschaftsforum“ Ansatzpunkte und Ideen für die grenzüberschreitende Stärkung der Wirtschaft entwickelt.

Beim Arbeitsmarkt stehen sich die Arbeitslosenzahlen von rund 4 Prozent nördlich und bis zu 15 Prozent südlich der Grenze diametral gegenüber. Hier einfach auf die Möglichkeit zu vertrauen, mit flankierenden Maßnahmen die Zahl der Grenzpendler zu erhöhen, wäre zu kurz gedacht.

Entwicklungsperspektiven hin zu einem echten grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt aber erfordern zweierlei:

- erstens einen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum mit intensiverer Ver-

flechtung von Unternehmen und Märkten beiderseits der Grenze

- und zweitens natürlich eine stärkere Durchlässigkeit der Arbeitsmarktgrenzen, für die Aus- und Fortbildung stärker qualifizieren müssen.

An dem ersten Punkt arbeiten wir zurzeit. Zum Abbau der Zugangsbarrieren zu den Arbeitsmärkten hat die Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Franz Thönnies und von Folketingsmitglied Kim Andersen im Februar Vorschläge vorgelegt. Sie werden jetzt vor allem in Berlin und Kopenhagen abgearbeitet. Und bei Arbeitsmarktvermittlung und Qualifizierung arbeiten Einrichtungen wie EURES, GRAMARK und die Agentur für Arbeit in Flensburg Hand in Hand.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Hochschulen ist dabei ein unerlässlicher Faktor:

- Hier wird die Fähigkeit zur Tätigkeit im Nachbarland vermittelt,
- hier werden innovative neue Studiengänge angeboten
- und hier werden Initiativen in Forschung und Technologie gestartet, die die Entwicklung der regionalen Wirtschaft beiderseits der Grenze stärken.

Ohne das Engagement der Hochschulen, aber auch ohne ihre Förderung aus dem INTERREG-Programm wäre nicht möglich gewesen, worauf wir heute stolz im Grenzland blicken.

Ich bin guter Hoffnung, dass diese erfolgreiche „Ehe“ noch vielen weitere „Kinder“ das Licht der Welt erblicken lassen wird.

V.

Ich will die Vogelperspektive nun etwas erweitern: Über die unmittelbare deutsch-dänische Grenze hinaus in die anderen benachbarten dänischen Regionen:

- Mit den Inseln Fyn, Lolland, Falster und Seeland ist Schleswig-Holstein schon heute über INTERREG-Programme verbunden.
- Mit der wachsenden Boomregion rund um Kopenhagen und Malmö sind wir – gemeinsam mit Hamburg – über die STRING-Partnerschaft verbunden.
- Und mit der „Metropolregion Hamburg“ verfügen wir im Süden über eine Anziehungskraft von europäischem Rang, an die die Öresundregion mit dem Projekt der festen Fehmarnbelt-Querung näher heranrückt. Nicht zuletzt deshalb hat die Landesregierung die feste Fehmarnbelt-Querung zu einem ihrer wichtigsten Leitprojekte gemacht.

Gemeinsam mit der Grenzregion im Norden entstehen daraus strategische Entwicklungsperspektiven für ganz Schleswig-Holstein:

- Gerade mit Blick auf Wirtschaft und Arbeit streben wir eine engere Zusammenarbeit mit der Öresundregion an. Medizintechnik, Life Sciences, Meerestechnik, erneuerbare Energien sind viel versprechende Felder, in denen wir die Stärken Schleswig-Holsteins einbringen können.

- Mit Hamburg haben wir Ende vergangenen Jahres einen Staatsvertrag über eine engere Zusammenarbeit in Europa und im Ostseeraum vereinbart. Dies gilt gerade mit Blick auf Dänemark.
- Parallel dazu zeichnet sich in Dänemark zusehends die Herausbildung eines zweiten Wachstumszentrums in Jütland ab, das weit über die Stadt Aarhus hinausreicht.

Vor diesem Hintergrund möchte ich auf den Anfang meiner Rede zurückkommen: Um die eingangs geschilderten enormen Herausforderungen schultern zu können, ist Schleswig-Holstein alleine schlicht zu klein. Wir brauchen Partner, die mit uns gemeinsame Interessen teilen und mit uns gemeinsam an einem Strang ziehen können. Wir brauchen die notwendige „Kritische Masse“, um wettbewerbsfähig zu werden und zu bleiben. Das gilt nicht nur für Unternehmen oder Wirtschaftscluster. Es gilt heute auch für Länder und Regionen.

Wer die Frage stellt, wo diese Partner denn zu finden sind, wird wie im Alltag feststellen: Da, wo wir uns nahe stehen. Dänemark im Norden und Nordosten, Hamburg im Süden sind die natürlichen und zum Glück auch starken Partner, die wir brauchen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark ist deshalb für Schleswig-Holstein heute mehr denn je eine lebenswichtige Aufgabe. Sie ist eine Aufgabe, an der zum gemeinsamen Vorteil viele mitwirken können und müssen. Und diese Zukunftsregion, die aus den Koordinaten „Skane – Seeland – Jütland – Schleswig-Holstein – Hamburg“ gebildet wird, würde die Grenzregion nicht aus-, sondern ausdrücklich einschließen.

Ohne eine starke deutsch-dänische Grenzregion kann diese Vision nicht Wirklichkeit werden. Und nur mit einem Rahmen, der die Wirtschaftskraft Hamburgs im Süden einschließt und auch den von mir skizzierten Raum von mehr als der Hälfte der Fläche Dänemarks, werden wir die deutsch-dänische Grenzregion aus ihrer Insellage befreien können.

Deshalb setze ich an den Schluss meiner Rede einen Appell an Sie und alle anderen Akteure in der Grenzregion: Arbeiten wir gemeinsam daran, diese Zukunftsperspektive Realität werden zu lassen!

Uwe Jens Lornsens Vorschläge für eine Gemeinde- und Distriktsverfassung Schleswig-Holsteins

von MANFRED JESSEN-KLINGENBERG

Manfred Jessen-Klingenberg, Honorarprofessor an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, ist einer der profiliertesten schleswig-holsteinischen Landeshistoriker. Er gehört seit Jahren zu den engsten Mitarbeitern der Grenzfriedenshefte. Der vorliegende Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, den Manfred Jessen-Klingenberg am 5. November 2005 bei einer Veranstaltung zum Gedenken an Uwe Jens Lornsen gehalten hat (s. GFH 1/2006, S. 47 ff.). Der Historiker greift einen bislang kaum beachteten, gleichwohl wichtigen Teil des Wirkens von Uwe Jens Lornsen auf – einen Aspekt, der angesichts der heutigen Bemühungen um eine Verwaltungsreform in Schleswig-Holstein zudem eine gewisse Aktualität besitzt.

Manfred Jessen-Klingenberg wertet Lornsens Vorschläge für eine Kommunalreform als Teil seines Wirkens für den neuzeitlichen Verfassungsstaat und grenzt seinen Einsatz für demokratische Ziele von dem späteren nationalpolitischen Lornsen-Mythos ab.

Die Redaktion

I.

Seit dem ausgehenden zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts waren sich alle politisch Engagierten und Interessierten im Lande darüber im Klaren, dass eine zeitgemäße Erneuerung der bestehenden Kommunalverfassungen dringend geboten war. Die kommunalen Verwaltungseinrichtungen sowie ihre gewohnheitsrechtlichen und positiv rechtlichen Grundlagen in den Ämtern, Landschaften, Städten, Harden, Kirchspielen und Dörfern waren an buntscheckiger Vielfalt, an Ungleichheiten und damit auch an Ungerechtigkeiten kaum zu überbieten. Als Otto von Blome 1832 das Gemeindewesen der Herzogtümer beschrieb, sah er sich einem „verworrenen Chaos, der buntesten Mischung freundlicher und unangenehmer Farben“ gegenüber.¹ Privilegierungen und Benachteiligungen sowie Umständlichkeit und Schwerfälligkeit kennzeichneten vielerorts auch das Gerichtswesen, das in diesem Zusammenhang mit zu nennen ist, weil Recht und Verwaltung durchweg noch nicht getrennt voneinander gehandhabt wurden. Die vielfältigen und höchst verschiedenen Gerichtsbarkeiten und Privatrechtsgebiete² erwiesen sich im aufkommenden Industriezeitalter als hinderlich für die Herstel-

lung und den Absatz von Waren, und sie standen auch privaten Bedürfnissen und Interessen im Wege. Man muss hinzufügen, dass in weiten Gebieten der Herzogtümer, namentlich in den Güterdistrikten, Kommunalverfassungen gar nicht oder nur rudimentär vorhanden waren.

Den *bestehenden* Verfassungen galt das historisch-politische Interesse der „älteren“ Verfassungsbewegung und ihrer hervorragenden Vertreter: der Kieler Professoren Friedrich Christoph Dahlmann, Nikolaus Falck, August Christian Heinrich Niemann und Andreas Ludwig Jacob Michelsen. Sie sahen in den überlieferten Kommunalverfassungen der Herzogtümer die unentbehrlichen Fundamente für einen künftigen Verfassungsstaat, dessen Volksvertretung „keine aus der Luft gegriffene“ sein dürfe, sondern auf „historischem Grunde“ ruhen müsse.³ Im Vorwort zum ersten Band seines Staatsbürgerlichen Magazins forderte Falck dazu auf, „die noch erhaltenen Gemeindeverfassungen nach ihrem dermaligen Bestande wie nach ihren Wirkungen auf das Gemeinwesen“ zu untersuchen und zu beschreiben und ihre Vorzüge und Gebrechen aufzuzeigen, damit „die bestehende Ordnung in den größeren und kleineren Gemeinden von den etwa eingeschlichenen Mängeln gereinigt und wieder zu einem recht tüchtigen und wirksamen Element des Staates erhoben werden könne.“⁴ Der Kameralist – heute etwa Volkswirtschaftler – Niemann, bewegt von den Ideen der humanitären Aufklärung, schloss sich dieser Forderung an. Er berief sich auf den Freiherrn vom und zum Stein, als er auf die Notwendigkeit hinwies, die Kommunalverfassungen zum Gegenstand gründlicher Forschung zu erheben. Aus den so verschieden benannten und gearteten Gemeindeversammlungen sollten „Tüchtigkeit, Wetteifer, Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit für die größeren Landtage reifen“ und „Verstandeslicht, Herzenswärme, Willenskraft für die Lebensthätigkeit und Dauer der Staatsverfassung erzeugt werden.“⁵ Eine neu erarbeitete, uniforme Kommunalordnung konnte nach den Vorstellungen der älteren Liberalen nicht ihren Zweck erfüllen; es galt vielmehr, die noch bestehenden als ein „Werk der Natur“⁶ zu verbessern und wiederum zu beleben.

Am kräftigsten blühte die kommunale Selbstverwaltung in den freien bäuerlichen Gemeinwesen an der Westküste, in den *Landschaften*. Diesen widmeten Falck, Dahlmann und Michelsen daher zeitweilig ihr besonderes wissenschaftliches und politisches Interesse. „Was sie allgemein erneuert wünschten, fanden sie hier noch in Wirksamkeit.“⁷ Nach Michelsens Urteil waren es die schleswig-holsteinischen Landschaften, von denen die vaterländische Geschichte „hauptsächlich ihren Ruhm, ihr höheres allgemeines Interesse, ihre schönste Eigenthümlichkeit“ empfangen.⁸

Die vielfach veröffentlichten Überlegungen und Forderungen der älteren Liberalen sind nicht ohne Wirkung geblieben. Die Eiderstedter Landschaftsvorsteher rechartfertigten ihre Landschaftsverfassung in den dreißiger und vierziger Jahren des

19. Jahrhunderts mit Argumenten, die sie den Schriften von Falck, Dahlmann und Michelsen entnommen hatten.⁹ Auf Sylt schritt man sogar zur Tat.



Abb. 1 Verwaltungsgrenzen der Herzogtümer in der Zeit des Gesamtstaates

II.

Schon 1828 hatte Jens Booyesen in seiner Beschreibung der Insel Sylt die Verfassung der Landschaft in Teilen für erneuerungsbedürftig gehalten.¹⁰ Aber erst die Lornsen-Bewegung brachte die Angelegenheit in Fahrt. Worum ging es dabei? Uwe Jens Lornsen hatte im November 1830, nachdem er zum Landvogt seiner Heimatinsel Sylt ernannt worden war, in einer tausendfach verbreiteten Flugschrift „Ueber das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein“ eine schleswig-holsteinische Repräsentativverfassung, eine durchgreifende Reform der Verwaltung, die verwaltungsmäßige Trennung der Herzogtümer von Dänemark und die Umwandlung des Gesamtstaates in einen Doppelstaat mit gemeinsamer Außenpolitik, gemeinsamem Militär und mit teilweise gemeinsamen Finanzen gefordert. Einen Petitionssturm, wie er hoffte, hat Lornsen nicht entfachen können. Aber unter dem Eindruck der von ihm ausgelösten Unruhe bewilligte König Friedrich VI. (1808-1839) am 31. Mai 1831 vier beratende Ständeversammlungen jeweils für die dänischen Inseln, Jütland, Schleswig und Holstein. Lornsen wurde zur Amtsenthebung und einem Jahr Festungshaft mildesten Grades verurteilt, die er in Friedrichsort und Rendsburg verbüßte.¹¹

Als eine von Lornsen hervorgerufene „Unruhe“ sah die Regierung auch die lebhafteste Diskussion über Probleme der Verfassung und Verwaltung an, die seit Ende 1830 in Versammlungen, in Flugschriften und Zeitungen, vor allem im Kieler Correspondenz-Blatt, geführt wurde. Eben diese „Bewegung“ gab auch der Debatte über die Landschaftsverfassung auf der Insel Sylt kräftige Impulse. Im Jahr 1831 gab A. L. J. Michelsen die von ihm angeregte und mit seinem Vorwort versehene Schrift des Sylter Landschaftsphysikus Dr. Georg Nikolaus Wülfke heraus: „Ueber die Sylter Landschaftsverfassung und ihre zeitgemäße Verbesserung.“¹² Die lebhafteste und durchaus kontroverse Diskussion auf der Insel führte zu dem Ergebnis, dass Ende 1834 der Entwurf einer erneuerten Kommunalverfassung für Sylt an die Schleswig-Holsteinische Regierung auf Schloss Gottorf zur Genehmigung eingereicht wurde. Von den „Verbesserungen“, die er enthielt, seien hier nur genannt: Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ämter und der Selbstergänzung des Rates, Wahlrecht für Frauen (!) und Männer, die ihren ständigen Wohnsitz in der Landschaft, einen eigenen Hausstand und Nahrungsbetrieb hatten und zu den Landschaftskosten regelmäßig beitrugen.¹³

Uwe Jens Lornsen hat schon während der Festungshaft die allgemeine Diskussion über Kommunalverfassungen aufmerksam verfolgt. Sollten zuerst Gemeindeverfassungen von der Regierung erlassen und danach die Stände gewählt werden? Oder sollten zunächst die Ständeversammlungen gewählt werden und dann die Gemeindeordnung beraten und beschließen? Für diesen Weg sprach sich Lornsen im November 1831 aus: „Von dem Standpuncte aus, auf dem unsre

Gesetzgeber sowohl hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung, als selbst ihrer Kenntnisse, Einsichten und Ansichten gegenwärtig stehen, würde ein solches lediglich durch die Verwaltung geleitetes Werk unfehlbar wieder den Stempel jener leidigen Halbheit an sich tragen. Nur im Licht und im Feuer der öffentlichen Verhandlungen ... kann ein solches Werk meiner Ansicht nach gedeihen.“ Auf diese Weise werde auch das Volk darüber aufgeklärt, „welchen Grund und welchen Zweck die einzelnen Bestimmungen der Gemeindeordnung haben.“¹⁴ Nach seiner Rückkehr auf die Heimatinsel hat Lornsen auch an den Sylter Diskussionen über eine Modernisierung der Landschaftsverfassung teilgenommen, nicht leitend und nicht in der Öffentlichkeit, aber durchaus engagiert, und zwar spätestens seit September 1832. Am letzten Tage dieses Monats schrieb er seinem Freund und Gönner, dem Kieler Arzt Prof. Dr. Franz Hermann Hegewisch (1783-1865): „Ich habe die geschichtliche Arbeit¹⁵ wieder zur Seite gelegt, weil ich zum Produziren zu verstockt bin, und mich auf Gemeindeverfassung-Studien gelegt.“¹⁶ Gut einen Monat später teilte er Hegewisch mit: „Jetzt bin ich mit



Abb. 2
Franz Hermann Hegewisch
(1783-1865)

der Gemeindeverfassung sehr eifrig beschäftigt, und Wülfke und ich beabsichtigen, darüber eine Schrift erscheinen zu lassen, die sehr förderlich werden kann und sich an die verbesserte Communalverfassung, die für Sylt nachgesucht werden soll, knüpfen wird.“ Sodann bat Lornsen darum, ihm die nötige Literatur zukommen zu lassen. Es fehle ihm und Wülfke an Schriften, „welche Auskunft darüber geben, wie die Organisation der Verwaltungsbehörden und die Kreis- und Bezirksseinteilungen damit¹⁷ in den deutschen constitutionellen Staaten in Verbindung gesetzt und überhaupt beschaffen ist.“¹⁸ Eines wird deutlich: In der geplanten Schrift sollte von einer *allgemeinen* Kommunalverfassung die Rede sein. Vielleicht haben die beiden Sylter es für möglich gehalten, diese in irgendeiner Weise von der heimischen Landschaftsverfassung abzuleiten. Die Schrift ist nicht zustande gekommen, und es hat den Anschein, dass Lornsen sich von etwa Mitte November 1832 an allein an die Arbeit gemacht hat. Aus seinem Brief vom 16. November an Hegewisch erfahren wir ein wenig mehr:

„Die Schriften über die Preussische Städteordnung, zumeist von Preussischen Regierungsräthen, zeugen von keiner sonderlichen Intelligenz in der dortigen Beamtenwelt. Es ist mir noch keine einzige zu Gesichte gekommen, die irgend bedeutend zu nennen wäre. Wie lauten übrigens Ihre Meinungen in Gemeindeverfassungsangelegenheiten? Wie denken Sie sich die Gestaltung der Gemeindeverfassung auf dem Lande? Hierüber bin ich zu Ansichten gelangt, die von den herrschenden abweichen. ... Sehr zu Statten kommt mir das hiesige aufgeregte und rege Gemeindeleben bei meinen Gemeindeverfassungsstudien, denen ich mich seit einigen Wochen ausschliesslich hingegeben. ... Beschäftigen Sie und die andern Kieler sich mit diesen für uns zunächst so hochwichtigen Angelegenheiten oder beschränkt sich die politische Regsamkeit der Kieler noch immer auf das spasige und theatralische Toastleben, das Pfaff¹⁹ auch nach Württemberg verpflanzt hat? Bei der Umgestaltung unserer Gemeindeverfassung wird es zunächst auf eine zweckmäßige durch natürliche Momente begründete Eintheilung des Landes und Abänderung der bestehenden zumeist durch historische und zufällige Willkürlichkeiten begründeten Districtseintheilung ankommen.“²⁰

Lornsen hat also die kommunalen Verhältnisse in den Staaten des Deutschen Bundes, soweit es ihm möglich war, kritischen Sinnes zur Kenntnis genommen. In seine Überlegungen hat er auch die Städte einbezogen, nicht nur die Landgemeinden. Er wollte es offenbar nicht bei der historisch gewachsenen Distrikteinteilung belassen, sondern suchte nach neuen „zweckmäßigen“ und „natürlichen“ Abgrenzungen der Ämter und Landschaften. Damit ging er viel weiter als die älteren Liberalen. Im Gegensatz zu diesen hatte Lornsen *das ganze Land* im Blick. Er dachte an eine allgemeine Kommunalverfassung, die die Städte und die Landgemeinden sowie die nächst höhere Ebene, die „Distrikte“, seien es Güter, Klöster, Ämter oder Landschaften, einschloss.

Es ist bekannt, dass Lornsen oft an Depressionen²¹ litt und in diesen Phasen kaum zu ausdauernder Arbeit fähig war. Im Spätherbst 1832, so scheint es, war er in der Lage konzentriert und intensiv zu arbeiten. In dieser Zeit, vielleicht auch während der folgenden Wintermonate, hat er seine detaillierten und durchdachten Vorschläge zur Kommunalreform niedergeschrieben. Sie hätten allen denen vielerlei Anregungen geben können, die sich in den folgenden Jahren für die Einführung einer zeitgemäßen Gemeindeordnung einsetzten. Sie hier im Einzelnen zu nennen ist nicht möglich und nicht nötig.²² Jedoch sei darauf hingewiesen, dass auch die Ständeversammlungen in Schleswig und Itzehoe sich mit der Einführung einer neuen Kommunalordnung befasst haben. Die Holsteiner Stände haben dem König 1844 den Entwurf eines Gemeindegesetzes eingereicht, und 1846 legte ihnen die Regierung einen Entwurf zur Beratung vor. Aber hier wie in der Schleswiger Ständeversammlung sind die Bemühungen um eine Gemeindeform aufgrund des nationalen Konflikts ergebnislos geblieben. Während der Erhebungszeit konnte die Provisorische Regierung am 18. Oktober 1848, kurz vor ihrem Ende, eine „Allgemeine Städteordnung für die Herzogthümer Schleswig-Holstein“ in Kraft setzen. Am 6. Januar 1851 überreichte das Departement des Inneren, eine Behörde der Statthalterschaft, der Schleswig-Holsteinischen Landesversammlung den Entwurf eines Gemeindegesetzes zur Beratung und zur Verabschiedung.²³ Aber gut drei Wochen später, am 1. Februar, mussten beide, das Parlament und die regierende Statthalterschaft, sich den Kommissaren Österreichs und Preußens unterwerfen. Die Erhebung fand damit ihr Ende und die Kommunalreform vorerst auch.

Nachdem die Herzogtümer 1867 eine Provinz Preußens geworden waren, erließ die Regierung am 22. September 1867 eine relativ fortschrittliche „Verordnung betreffend Gemeindeverfassungen“ und am 14. April 1869 eine liberale Städteordnung, der ein Entwurf des Kieler Rechtsgelehrten Albert Hänel zugrunde lag.

III.

Lornsens Reformvorschläge füllen immerhin 55 Seiten im Format DIN A 4. Sie sind irgendwann in die Hände des Herausgebers des Kieler Correspondenz-Blattes, Theodor Olshausen (1802-1869), gekommen. Der konsequent liberale Olshausen war mit Lornsen befreundet. Beide waren sie Burschenschafter. Als Beamter der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Kanzlei zu Kopenhagen hatte sich Lornsen mit Erfolg dafür eingesetzt, dass Olshausen, der als politisch Verfolgter im Pariser Exil lebte, 1827 nach Deutschland und ein Jahr später nach Kiel zurückkehren konnte, und vom Herbst 1830 an hat sich Olshausen unermüdlich für die „Sache“ Lornsens und für die Verbreitung seiner Flugschrift eingesetzt.²⁴ Es ist daher denkbar, dass Lornsen dem Freund seine Ausarbeitung vor der Ab-



Abb. 3
Theodor Olshausen (1802-1869)

reise nach Rio de Janeiro hat zukommen lassen. Das handschriftliche Original scheint nicht mehr zu existieren. Uns liegt nur der Text vor, den Olshausen unter der Überschrift „Lornsen's Reformideen über Gemeinde- und Districtsverfassung in Schleswig und Holstein“ im Kieler Correspondenz-Blatt im Juni und Juli 1845 veröffentlichte.²⁵ Orthographie und Sprachstil lassen an der Verfasserschaft Lornsens keinen Zweifel.

Wie sehr Olshausen die Arbeit Lornsens geschätzt hat und wie sehr er wünschte, dass sie in die allgemeine Diskussion über die Kommunalreform Eingang finden werde, geht aus seinem einleitenden Text hervor:

„Wir theilen hier unseren Lesern ein bisher ungedrucktes Werk unseres verewigten Lornsen mit, in welchem sich der kräftige, eindringende Geist und das glänzende staatsmännische Talent dieser seltenen Persönlichkeit aufs Entschiedenste ausdrückt. Obgleich diese Aufzeichnung ohne Zweifel nur eine Vorarbeit war für später zu vollendende legislative Entwürfe, so besitzt sie doch schon eine Vollständigkeit und geschlossene Abrundung, dass es eines verhältnismäßig geringen Aufwandes von Talent und Arbeit bedürfen möchte, um sie zu Gesetzentwürfen umzubilden. Wenigstens kommt es uns vor, dass wir auch jetzt noch nach allen bekannt gewordenen Arbeiten der Regierung und der Stände-

versammlungen keine bessere Vorarbeit über die Gesetzgebung der Gemeinden und Verwaltungsdistricte besitzen, als diese. Es thut uns leid, dass wir uns durch gewisse Umstände haben abhalten lassen, dieses Werk schon vor einigen Jahren zu publiciren; wir hoffen jedoch, ja wir sind überzeugt, dass es auch jetzt noch nicht ohne Einfluß auf die Erledigung in der Verhandlung begriffener Gesetzarbeiten seyn werde. Die Grundlage, auf welcher dieser Reformplan ruht, die umsichtige Durchführung, das Gepräge des Einzelnen – sie können unmöglich ohne Einwirkung bleiben, wenn nicht unmittelbar, so doch zum Wenigsten mittelbar. Vor allem werden die Mitglieder unserer Ständeversammlungen diese Entwürfe zu studieren Veranlassung haben, und wenigstens hinsichtlich der ländlichen Communalverfassung haben die Stände noch freie Hand, vielleicht auch – und wir wünschen dies – hinsichtlich der Städteverfassung, welche beiden Communesetze niemals getrennt oder abgesondert hätten behandelt werden sollen. – Das Nachfolgende ist ein genauer Abdruck des von Lornsen's eigener Hand geschriebenen Manuscripts ...“²⁶

IV.

Lornsen hat drei Modelle einer möglichen Kommunal- und Distriktsreform vorgeschlagen, die im Folgenden – in direkter Rede und im Präsens – nur in einigen ihrer Grundzüge vorgestellt werden. Einzelbestimmungen, die ja erst die Solidität eines solchen Reformwerks ausweisen, mussten weggelassen werden. Wer Genaueres wissen will, wird also, bis eine kritische Ausgabe von Lornsens Vorschlägen vorliegt, die in Anmerkung 25 genannten Ausgaben des Kieler Correspondenz-Blattes heranziehen müssen.

1. *Die Amtsverfassung*

Die bestehenden Verfassungen der Ämter, der Landschaften, der Harden, der Landvogteien sowie die Verfassungen der adligen Güter, der Klöster²⁷, der Stadt- und Landgemeinden sind aufzulösen. Es sind neue Ämter zu bilden mit mindestens 20.000 und höchstens 28.000 Einwohnern. Die überlieferten Grenzen der Ämter sollen möglichst erhalten werden. Die Güter und Klöster werden in die neue Amtseinteilung einbezogen. Damit verlieren die adligen Güter ihre administrative und rechtliche Sonderstellung.²⁸ Alle Ämter erhalten die gleiche Verfassung. Das gilt auch für die Städte und die Landgemeinden; auch für sie gibt es keine unterschiedlichen Verfassungen mehr. Der im Mittelalter entstandene rechtliche Unterschied zwischen Stadt und Land ist damit aufgehoben. Die Ämter bilden eine Mittelinstanz, und zwar die einzige, zwischen den Dörfern und Städten und der Provinzialregierung. Landvogteien, wie etwa die Sylter, wird es fortan nicht mehr geben.

Der Amtmann führt die Aufsicht über die Verwaltung der Städte und Dörfer. Der Amtsrechner erhebt die staatlichen Steuern und Abgaben. Die Interessen und Rechte der zu einem Amt vereinigten Kommunen vertritt die Amtsversammlung, die aus wenigstens 20 und höchstens 30 Abgeordneten der Städte und Dörfer gebildet wird. Sie wird vom Amtmann geleitet.

Justiz und Verwaltung sind zu trennen. In jedem Amt fungiert ein vom Amtmann unabhängiges Gericht, das sich aus zwölf von der Amtsversammlung für jeweils zwei Jahre gewählten Beisitzern zusammensetzt. Den Vorsitz führt ein „rechtsgelehrter“ Amtsrichter; ein ebenfalls examinierter Jurist erfüllt die Aufgaben eines Aktuars, der die Gerichtsprotokolle führt. Hier haben anscheinend die friesischen Volksgerichte für Lornsen als Vorbild gedient.

Die Gemeindeordnung für Städte und Dörfer sieht folgende von der Gemeinde zu wählende Institutionen vor:

- Den Bürgermeister oder Ortsvorsteher,
- den Magistrat oder Gemeinderat mit 3-15 Mitgliedern,
- den Bürgerausschuss, der die gesamte Gemeinde vertritt.

Alle Gemeindebürger²⁹ haben das aktive und passive Wahlrecht. Das Bürgerrecht ist „angeboren“, braucht also nicht erst, wie in dieser Zeit üblich, zu irgendwelchen Bedingungen erworben zu werden.

In den Städten über 3.500 Einwohner soll alljährlich, in kleineren Gemeinden alle drei Jahre ein Rüggericht unter Vorsitz des Amtmannes zusammentreten. Hier werden den Bürgern wichtige Gesetze und Verordnungen verlesen; einzelne Bürger können Beschwerden über ihre Gemeindeverwaltung zu Protokoll geben; diese Beschwerden werden dann geprüft und ihre Gründe, sofern es nötig ist, beseitigt.

Alle Amtsträger erhalten eine feste Besoldung. Sporteln (Gebühren) für einzelne Amtshandlungen, die zu den Einkünften der Beamten gehören, soll es nicht mehr geben. Klagen über unmäßiges „Sportulieren“ der Beamten, wie sie immer wieder zu vernehmen waren, ist damit der Boden entzogen.

2. Die Landschaftsverfassung

Hierbei handelt es sich um eine Variation der Amtsverfassung. Es werden größere Ämter gebildet mit einer Einwohnerzahl von 28.000 bis 36.000. Diese Ämter werden wiederum in sechs *Landschaften* zusammengefasst, in denen jeweils ein Obergericht als Mittelinstanz zwischen den Amtsgerichten und dem „Höchstengericht“³⁰ fungiert. Die Landschaften sind demnach Gerichtsbezirke, die folgende historisch gewachsene Regionen umfassen:

- „Die Landschaft *Wagrien*, innerhalb der alten geschichtlichen Grenzen;
- die Landschaft *Dithmarschen*, innerhalb der jetzigen Grenzen;



Abb. 4 Von Lornsen vorgeschlagene Landschaften als Gerichtsbezirke

- die Landschaft *Holstein-Stormarn*, zwischen Wagrien und Dithmarschen;
- die Landschaft *Angelsachsen*, zwischen Kieler und Flensburger Meerbusen;
- die Landschaft *Nordfriesland*, zwischen Eider und Wiedau;
- die Landschaft *Südjütland*, zu Norden der Wiedau und des Flensburger Meerbusens bis an die Nordgränze Schlesiens.“

3. Die Gauverfassung

Sie sieht die administrative Einteilung in bedeutend kleinere und, wo es irgend möglich ist, bestehende Distrikte vor, nämlich Harden im Herzogtum Schleswig und Kirchspielsvogteibezirke in Holstein. Nur der Name der Bezirke ändert sich; sie heißen fortan Gaue. Jeder Gau soll als Gerichts- und Verwaltungsbezirk etwa 1.000 bis 5.000 Einwohner umfassen und eine Mittelinstanz zwischen der Regierung und den Gemeinden darstellen. Die überlieferten Harges- und Kirchspielgrenzen sind weitestmöglich zu beachten. Auf den Gebieten der Güter und Klöster sind neue Distrikte in der vorgeschriebenen Größe zu bilden. Die administrative Spitze des Gaus bildet jeweils ein examinierter Jurist als Gaugraf, dessen Aufgaben denen des Amtmannes entsprechen. Jeder Gau hat seine Volksvertretung, den Gaurat, und der Gauausschuss hat, wie der Amtsausschuss, die Aufgabe, bei Verhandlungen aller Art die Interessen der Gaugemeinde wahrzunehmen. Die Gaugerichte sollen aus sechs Laienrichtern und dem Gaurichter bestehen. Hinsichtlich der Gerichtsverfassung und der Aufsicht der Regierung werden die Gaue in den von Lornsen vorgeschlagenen Landschaften Wagrien, Holstein-Stormarn, Dithmarschen, Angelsachsen, Nordfriesland und Südjütland zusammengefasst, „ohne dass jedoch diese Vereinigung eine weitere Verbindung der Gaue unter sich zur Folge hat.“

Die Städte sind nicht in die Gaue integriert. Sie sollen der Regierung unterstehen; die fünf größeren Städte Altona, Kiel, Flensburg, Rendsburg und Schleswig sind als eigenständige Gerichts- und Verwaltungseinheiten zu verfassen.

Hier sind, wie bereits gesagt, nur die Grundzüge der Vorschläge Lornsens referiert. Sie enthalten überdies noch eine Fülle wohldurchdachter Einzelheiten, z. B. die Qualifikationen und Einsetzung der Amtsträger, ihre genauen Kompetenzen und ihre Besoldung. Die Zuständigkeiten aller Gerichts- und Verwaltungsorgane sowie die der Volksvertretungen sind detailliert ausgearbeitet.

Im November 1830 hatte Lornsen während eines Gesprächs mit dem Kieler Professor Christian Paulsen diesem im Hinblick auf seine in der Flugschrift erhobenen Forderungen gesagt: „Alte geschichtliche Verhältnisse gehen uns nichts an, wir wollen es nun so, jede Zeit soll sich ihren Zustand bilden, ich setze alles daran.“³¹ Diese Sätze sind vielfach zitiert worden, weil sie einen Lornsen zeigen, der sich nicht durch historische Rechtsverhältnisse hat einengen lassen wollen. Zwei Jahre später hat er diesen rigorosen Standpunkt offensichtlich aufgegeben. Seinen Reformvorschlägen, ob Amts- Landschafts- oder Gauverfassung, hat er jedenfalls historische Grenzen zugrunde gelegt. Ja, er wollte sogar aufgehobene Bezirke wieder einführen: „In den Amtsdistricten Holsteins sind die Kirchspielsvogteien, wo sie früher bestanden, wieder herzustellen oder neu zu errichten ...“ Lornsens Vorschläge legen, wie keine andere von ihm verfasste Veröffentlichung, Zeugnis ab von seiner großen administrativen Begabung und weisen ihn

zugleich aus als hervorragenden Kenner der regionalen und lokalen Verwaltung in Schleswig-Holstein sowie der Rechts- und Gerichtsverhältnisse, ihrer Vorzüge und ihrer Mängel.

Welchen *Zielen* sollten seine Vorschläge dienen? Lornsen hat sie genannt ³²:

- Vereinfachung des Organismus der Staatsverwaltung und Einführung tunlichster Gleichförmigkeit in den lokalen Verwaltungseinrichtungen;
- Sicherstellung einer unabhängigen und schleunigen Rechtspflege durch Trennung derselben von der Verwaltung;
- Förderung der selbsteigenen Teilnahme des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde nicht nur, sondern auch des Volkes ³³;
- Herstellung einer wirksamen Kontrolle über die Amtsführung der Beamten;
- tunlichste Verdrängung der schriftlichen Behandlungsweise der Geschäfte durch persönliches Zusammentreten der handelnden Staats- und Gemeindebeamten;
- Beseitigung der den Landeseinwohnern aus der zu großen Entfernung der richterlichen, Hebungs- und übrigen Verwaltungsbehörden erwachsenden Belästigung.

Kurz zusammengefasst heißt das: Bürgernähe, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, gelebte Demokratie.

Wir sollten uns endlich entschließen, auch dieses Werk in die Veröffentlichungen Lornsens aufzunehmen, es also nicht nur in Fußnoten ³⁴ zu nennen.

V.

Unmittelbare oder auch nur indirekte Wirkung war den Reformvorschlägen Lornsens nicht beschieden. Olshausens Hoffnung, dass die Ständedeputierten sie in ihre Überlegungen und Beratungen einbeziehen würden, ging nicht in Erfüllung. „Bis auf Jahre über seinen Tod hinaus“, so schreibt Karl Alnor unter Berufung auf Hegewisch ³⁵, „ist ... sein Name in keiner der beiden Ständeversammlungen auch nur einmal öffentlich genannt worden.“ Wie ist das zu erklären?

Lornsen hat seinem Leben, von Schwermut niedergedrückt, im Februar 1838 ein Ende gesetzt. Am 24. März dieses Jahres veröffentlichte Franz Hermann Hegewisch einen ganzseitigen, schwarz umrandeten Nachruf im Kieler Correspondenz-Blatt. Dem Leser musste Lornsen als ein Märtyrer und politischer Heiland erscheinen, der seinen Landsleuten den rechten Weg zeigen, den „Verräter“ strafen, den „Schwachen“ stärken und „mit den glücklichen Braven“ als erster ans „Ziel“ gelangen werde. Hegewisch hat das Ziel nicht genannt; aber es ist kaum daran zu zweifeln, dass ein deutsches Schleswig-Holstein von der Elbe bis an die Königsau gemeint war. Eben das hat Lornsen keineswegs angestrebt. In seinem Werk, „Die Unions-Verfassung Dänemarks und Schleswig-Holsteins“, an

dem er jahrelang, bis zu seiner Rückkehr aus Brasilien gearbeitet hat, hat er eine dauerhafte Union zwischen den Herzogtümern und dem Königreich historisch und politisch begründet und – wie schon bei seinem Einsatz für eine Kommunalreform – Verfassungsentwürfe für diese Union ausgearbeitet. Dieses „Vermächtnis“ Lornsens hat Georg Beseler 1841 in Jena herausgegeben. Beseler traf das Richtige, wenn er in seiner Vorrede schrieb, es sei Lornsens Absicht gewesen, „ein großes Werk der Versöhnung“ für Dänemark und Schleswig-Holstein auf die Dauer zu begründen.³⁶

Beseler hat auch erkannt, dass Lornsens Buch im Jahre 1841 nur noch im eingeschränkten Maße aktuell sein konnte. Er bat die Leser „zu bedenken, dass dieses Buch bereits im Herbste 1837 vollendet worden ist, und daher, namentlich in den einleitenden Capiteln, auf eine Art von Personen und Zuständen handelt, wie sie jetzt zum Theil nicht mehr zutreffend ist.“³⁷ In der Tat: Weder die dänischen Nationalliberalen noch die deutsch gesinnten Schleswig-Holsteiner wünschten eine Union. Beide setzten sich für eine nationalstaatliche Lösung ein. Der künftige dänische Nationalstaat sollte – unter Verzicht auf Holstein und Lauenburg – bis zu Eider reichen. Dem noch zu schaffenden deutschen Nationalstaat sollte gemäß dem Willen der Deutschen ganz Schleswig-Holstein angehören. Beide, Deutsche und Dänen, beanspruchten also das Herzogtum Schleswig für sich, obgleich es in nationaler Hinsicht geteilt war. Ein „Werk der Versöhnung“ war kaum noch gefragt. Der nationale Streit eskalierte in den vierziger Jahren und mündete in den 1848 ausbrechenden deutsch-dänischen Krieg.

Dass Lornsens Buch irgendeine Wirkung gehabt habe, ist – bislang – nicht festgestellt worden. Wohl aber blieb der von Hegewisch begründete Mythos Lornsen lebendig. Nationalismen brauchten und brauchen zu ihrer Legitimierung und zur Integrierung der Nation Symbole, politische Schlagworte, eine Flagge, eine Hymne und andere „nationale“ Lieder sowie nicht zuletzt persönliche Vorbilder, Helden und Märtyrer. Mit diesen setzt sich eine Nationalbewegung nicht kritisch auseinander. Man beruft sich auf sie, verehrt sie, auch wenn man ihre wirkliche Rolle und ihre politischen Ziele nur wenig oder gar nicht kennt. So sind die Schleswig-Holsteiner auch mit Lornsen verfahren. Er war seit Anfang der vierziger Jahre der politischen Diskussion gleichsam entrückt. Seine Vorschläge zur Kommunalreform konnten nur diejenigen interessieren, die sie wirklich wollten, und das waren allenfalls wenige. Der nationale deutsch-dänische Konflikt bestimmte mehr und mehr das politische Denken und Handeln.

Neue und bis dahin nicht festzustellende Kraft wurde dem Lornsen-Mythos verliehen nach der Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen (1867) und in das Deutsche Reich (1871). Die Mehrheit der deutschen Schleswig-Holsteiner begrüßte nunmehr die preußische „Lösung“ des Schleswig-Holstein-Problems, und man begann, die eigene Geschichte umzudeuten. Der nationale Konflikt



Abb. 5
Lornsen als antike Gottheit dargestellt
– Postkarte zur „Erinnerung an die
Abstimmung am 14. März 1920“

seit etwa 1840 und die Erhebung der Jahre 1848 bis 1851 wurden nunmehr als Vorstufe der deutschen Einigung unter Bismarck interpretiert, so auch von Karl Jansen, der 1872 seine Biografie Lornsens veröffentlichte. Er gab ihr den Untertitel „Ein Beitrag zur Geschichte der Wiedergeburt des Deutschen Volkes.“ Seine über 500 Seiten lange Darstellung schloss er mit folgenden Sätzen: „Mit der Errichtung des ... Deutschen Reiches Preußischer Nation ... ist die Grundlage und der Ausgangspunct einer neuen Ordnung geschichtlicher Entwicklungen gegeben. An dieser Arbeit haben die Schleswig-Holsteiner, hat der Schleswig-Holsteiner seinen bescheidenen Antheil gehabt: Uwe Jens Lornsen gehört der Deutschen Geschichte an. Uns aber, die wir die Früchte seiner Kämpfe und seines Opfers genießen, sei es eine theure Pflicht, dem Manne, dem im Leben kein Friede und kein Kranz beschieden, dem, was immer er geirrt haben mag, die schwerste Sühne verhängt war, ein Andenken dankbarer Verehrung im Tode zu bewahren.“³⁸ Dieses Schlusswort gleicht in der Substanz dem Nachruf Hegewischs; nur war 1872 das „Ziel“ offenbar erreicht. Jetzt war es geboten, des Märtyrers dankbar zu gedenken.

Und dafür setzten sich noch im Jahre 1872 deutsche Schleswig-Holsteiner energisch ein. Schon im folgenden Jahr legten sie den Grundstein für das bekannte Lornsen-Denkmal auf dem Rendsburger Paradeplatz. Es wurde fünf Jahre danach, am 1. September 1878 eingeweiht. Seine Inschrift lautet:

Uwe Jens Lornsen,
dem ersten Märtyrer der Sache Schleswig-Holsteins;
errichtet von seinen dankbaren Landsleuten
am 24. März 1873, dem Jahrestage
der Erhebung Schleswig-Holsteins
für Landesrecht und deutsche Nationalität.

Fortan beriefen sich die deutsch Gesinnten hierzulande stets auf Lornsen, wenn sie glaubten, dänischen Ansprüchen entgegenzutreten zu müssen. Das war besonders der Fall in der Zeit des Abstimmungskampfes 1919-1920, aber auch danach. Die Nationalsozialisten hatten keine Hemmungen, Lornsen zu einem ihrer Vorkämpfer zu machen, als sie seiner im hundertsten Todesjahr 1938 gedachten.³⁹ Als nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der nationale Konflikt in und um Südschleswig entfacht war, nutzte die deutsche Seite wiederum den Lornsen-Mythos, um ihre Auffassungen zu legitimieren.

Heutzutage sollte der Lornsen-Mythos ausgedient haben. Er ist inzwischen überzeugend widerlegt.⁴⁰ Wir sind gut beraten, wenn wir uns dem Urteil Alexander Scharffs über Lornsens Wollen und Wirken anschließen: „Nicht nur für die Herzogtümer, sondern auch für Dänemark hat er dem Untergang des absolutistischen Regierungssystems und dem Werden des neuzeitlichen Verfassungsstaates die Bahn gebrochen.“⁴¹ Eben diesem Zweck hatten auch seine Vorschläge zur Reform der Gemeindeverfassungen dienen sollen.

Anmerkungen

- 1 [Otto] von Blome, Ueber Gemeindewesen mit besonderer Rücksicht auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein, Hamburg 1832, S. 37.
- 2 Dazu: Thomas Hill, „Mit dem Gesetz soll man das Land bebauen.“ Recht und Rechtsordnungen im mittelalterlichen Schleswig-Holstein, in: Schleswig-Holstein. Topographie, Städte und Dörfer, Bd. 5, Flensburg 2005, S. I-VI sowie Manfred Jessen-Klingenberg, Ein bunter Flickenteppich. Rechte und Gerichte Schleswig-Holsteins in der Neuzeit bis zur Einverleibung in Preußen, in: ebenda, S. XIII-XIX.
- 3 Friedrich Christoph Dahlmann, Ein Wort über Verfassung, in: Kieler Blätter 1815, S. 73; siehe auch: Christian Degn, Die Herzogtümer im Gesamtstaat 1721-1830, in: Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 6, Neumünster 1960, S. 357-358.

- 4 Staatsbürgerliches Magazin, Bd. 1, S. 3. Falck hat diese Gedanken vielfach geäußert, so auch in seinem Handbuch des Schleswig-Holsteinischen Privatrechts, Bd. 1, S. 108.
- 5 Kieler Blätter 1919, 1. Bd., 2. Hälfte, S. 183 ff. In seiner Rede „Der Vaterlandsliebe Wesen und Wirken“, gedr. Kiel 1828, nannte Niemann „die Kraft der Gemeindeordnung zur Anregung des Bürgersinns“ die erste Pfliegerin der Vaterlandsliebe; die zweite sei das Prinzip der Öffentlichkeit.
- 6 Falck, Staatsbürgerl. Magazin, Bd. 1, S. 6.
- 7 Johannes Jensen, Nordfriesland in den geistigen und politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts (= Quellen u. Forschungen z. Gesch. Schlesw.-Holsteins, Bd. 44), Neumünster 1961, S. 23.
- 8 A. L. J. Michelsen, Ueber die vormalige Landesvertretung in Schleswig-Holstein ..., Hamburg 1831, S. 47.
- 9 Manfred Jessen-Klingenberg, Eiderstedt 1713-1864. Landschaft und Landesherrschaft in königlich-absolutistischer Zeit (= Quellen u. Forschungen z. Gesch. Schlesw.-Holsteins, Bd. 53), Neumünster 1967, S. 39-40.
- 10 Jens Booyesen, Beschreibung der Insel Silt in geographischer, statistischer und historischer Rücksicht, Schleswig 1828.
- 11 Zu Lornsen: Alexander Scharff, Uwe Jens Lornsen – der Mensch und der Politiker, in: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 107 (1982), S. 113-138; Manfred Jessen-Klingenberg, Uwe Jens Lornsen – ein bürgerlich-liberaler Reformier, in: GFH 4/1988, S. 231-239. Erneut abgedruckt in: ders., Standpunkte zur neueren Geschichte Schleswig-Holsteins, hrsg. v. Reimer Hansen u. Jörn-Peter Leppien, Malente 1998, S. 45-54; Johannes Jensen, Zwei „Sylter Riesen“ im 19. Jahrhundert. Uwe Jens Lornsen und Schwens Hans Jensen, Bräist/Bredstedt 1998.
- 12 Erschienen in Kiel. In der „Vorrede“ Michelsens heißt es: „In den schriftstellerischen Verhandlungen, welche im Laufe des verwichenen Winters über eine den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechende Reform der Verfassung und Verwaltung Schleswig-Holsteins Statt gefunden haben, ist es wiederholt von verschiedenen Seiten ausgesprochen worden, daß vor allen Dingen die Anordnung und Einführung einer tüchtigen Communalverfassung für die städtischen und ländlichen Gemeinden als dringendes Bedürfniß erscheine.“
- 13 Johannes Jensen, Nordfriesland (wie Anm. 7), S. 77.
- 14 Zitiert bei Karl Jansen, Uwe Jens Lornsen. Ein Beitrag zur Geschichte der Wiedergeburt des Deutschen Volkes, Kiel 1782, S. 365-366.
- 15 Die Arbeit an seinem posthum erschienenen Werk: Die Unions-Verfassung Dänemarks und Schleswig-Holsteins; eine geschichtlich staatsrechtliche und politische Erörterung, hrsg. v. Georg Beseler, Jena 1841.
- 16 Volquart Pauls (Hrsg.), Uwe Jens Lornsens Briefe an Franz Hermann Hegewisch, Schleswig 1925, S. 159.
- 17 Mit der Organisation der Verwaltungsbehörden.
- 18 Brief v. Oktober oder November 1832, Briefe an Hegewisch, S. 174-175.
- 19 Christoph Heinrich Pfaff (1773-1852), Professor der Medizin in Kiel.
- 20 Brief v. 16. Nov. 1832, Briefe an Hegewisch, S. 174-175.
- 21 Dazu Johannes Jensen, Zwei „Sylter Riesen“ (wie Anm. 11), S. 31-37.

- 22 Zur Diskussion über die Kommunalreform von den dreißiger Jahren an s. die Untersuchung von Georg Baare-Schmidt, *Der Entwurf zu einem Gemeindegesetz für die Herzogtümer Schleswig und Holstein aus dem Jahre 1851*, Husum 1980. Dazu die Besprechung von Dieter Pust, in: *Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch.* 107 (1982), S. 412-413.
- 23 Baare-Schmidt, S. 75-80.
- 24 Sigrid Wriedt, Theodor Olshausen, in: *Biograph. Lexikon f. Schlesw.-Holst. u. Lübeck*, Bd. 7, Neumünster 1985, S. 156-161. Olshausens Erinnerung an Lornsens Auftreten 1830, in: Ingo Reppmann u. Joachim Reppmann, *Theodor Olshausen. Briefe an den Bruder Julius*, Wyk auf Föhr, 2003, S. 306-309.
- 25 In den Nummern 50 (21. 6. 1845), 51 (25. 6.), 52 (28. 6.), 55 (9. 7.), 56 (12. 7.), 61 (30. 7.).
- 26 Olshausen weist darauf hin, dass er einige Wörter durch gesperrten Druck hervorgehoben habe, obgleich sie in der Handschrift nicht unterstrichen seien.
- 27 Von der Ritterschaft unterhaltene Klöster zur Versorgung unverheirateter adliger Damen: Schleswig, Preetz, Itzehoe und Uetersen.
- 28 Tatsächlich ist das erst 1928 geschehen. In diesem Jahr wurden 321 noch bestehende Gutsbezirke aufgelöst und entweder in mehrere Gemeinden aufgeteilt oder bestehenden Kommunen angeschlossen (preußisches Gesetz v. 27. 12. 1927).
- 29 Lornsen hat sich nicht zu der Frage geäußert, ob auch Frauen das Wahlrecht erhalten sollten.
- 30 Wörtliche Übersetzung vom dän. højesteret.
- 31 Knud Fabricius, Johannes Lomholt-Thomsen, Flensborgeren, Professor Christian Paulsens Dagbøger, København 1946, S. 173.
- 32 Sie werden wörtlich wiedergegeben, aus drucktechnischen Gründen in moderner Orthographie und Interpunktion.
- 33 Gemeint ist: Teilnahme am staatlichen und gesellschaftlichen Leben des Landes.
- 34 So bei Karl Jansen, Uwe Jens Lornsen (wie Anm. 14), S. 366 und Volquart Pauls, Lornsens Briefe an Hegewisch (wie Anm. 16), S. 159.
- 35 Karl Alnor, Uwe Jens Lornsen. Eine historisch-politische Skizze, in: *Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch.* 54 (1924), S. 440.
- 36 Beselers Vorrede, S. X.
- 37 Ebenda, S. IX.
- 38 Karl Jansen, wie Anm. 14, S. 529.
- 39 Am 12. Februar 1938 fand in Kiel eine „Lornsen-Feierstunde“ statt. Hier sagte der Landeshistoriker Otto Scheel: „Lornsen wollte den Willen zur völkischen Gestaltung des Staates kraftvoll zum Siege führen ... aus der Sehnsucht der deutschen Jugend, die die Ideale ‚Gott, Freiheit, Vaterland‘ auf ihre Fahnen geschrieben hatte.“ Zitiert aus: *Der Schleswig-Holsteiner*, 1938, S. 53.
- 40 Dazu: Johannes Jensen, Uwe Jens Lornsen, in: *19 myter i Sønderjyllands historie*, (= Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, Nr. 88), Aabenraa 2002, S. 87-102.
- 41 Alexander Scharff, Lornsen, Uwe Jens, in: *Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon*, Bd. 1, Neumünster 1970, S. 190.

Das Heimdeutschtum in Nordschleswig 1840-1867

von HANS SCHULTZ HANSEN

Obwohl der nationalen Frage von jeher besondere Aufmerksamkeit in der regionalen Geschichtsforschung zuteil geworden ist, fehlte bislang eine grundlegende Studie über die Anfänge der deutschen Gesinnung im nördlichen Schleswig in der Zeit, als die Frage „Deutsch oder Dänisch?“ zum Hauptproblem in der Region wurde. Diese Lücke hat nun Hans Schultz Hansen, Forschungsleiter der Staatlichen Archive in Dänemark, mit seiner kürzlich erschienenen Habilitationsschrift geschlossen. Dem vorliegenden Beitrag liegt ein Vortrag zu Grunde, den der Verfasser am 13. Januar 2006 beim Neujahrstreffen des Bundes Deutscher Nordschleswiger an der Europäischen Akademie Sankelmark gehalten hat.

Die Redaktion

Einleitung: Heimdeutschtum und Nationalitätenstreit

Seit den 1840er Jahren konkurrierten zwei nationale Bewegungen um die Gunst der Bevölkerung im Herzogtum Schleswig: zum einen eine schleswig-holsteinische, die Schleswig und Holstein eng verbunden wissen wollte und sich für weitgehende Unabhängigkeit von der dänischen Krone, aber auch für die Zugehörigkeit zu einem vereinigten deutschen Staatswesen aussprach; zum anderen eine dänische, der es zunächst um die Gleichberechtigung der dänischen Sprache im Lande ging, doch die bald eine gemeinsame Verfassung für Dänemark und Gesamt-Schleswig bis zur Eider forderte. In beiden Bewegungen spielte das Verlangen nach Freiheit und Demokratie eine nicht unwesentliche Rolle.

Im Zuge der sich polarisierenden nationalen Gegensätze prägte man auf dänischer Seite im Herbst 1848 die Bezeichnung „Heimdeutsche“ (Hjemmetyskere) für die im Lande geborenen, deutsch gesinnten, aber mehrheitlich dänischsprachigen Nordschleswiger. Die Geschichte der Heimdeutschen oder des Heimdeutschtums von der Entstehung um 1840 bis zur Einverleibung der Herzogtümer Schleswig und Holstein in Preußen 1867 zusammenzufassen ist der Zweck dieses Aufsatzes. Das ist auf der knapp bemessenen Seitenzahl fast unmöglich, deshalb beschränke ich mich hier auf einige ausgewählte Themen.

Entstehung des Begriffs „Heimdeutscher“

Der Begriff „Heimdeutscher“ ist – wie erwähnt – eine Erfindung des Revolutionsjahres 1848. Er wird zum ersten Mal im Tagebuch des Hofbesitzers und Ständedeputierten Hans Christiansen Bladt in Tandslet auf der Insel Alsen erwähnt. Hier wird im Herbst 1848 aufgezeichnet: „D. 2. Novbr. reiste en Deel fra Augustenburg og Overførster König samt nogle faae *Hjemtydskere* fra Lebøl over til Gravensteen for at hilse paa Hertugen“; auf deutsch: „Am 2. November reisten viele Augustenburger und Oberförster König und ein paar *Heimdeutsche* aus Lebüll nach Gravenstein um den Herzog zu begrüßen“. Der Herzog war Christian August von Augustenburg, der wegen seiner Unterstützung der schleswig-holsteinischen Erhebung nicht mehr nach seiner Heimatinsel zurückkehren konnte, weil diese von der dänischen Armee besetzt war.

Mit dem dänischen Redakteur und Zeitungsverleger Frederik Fischer aus Apenrade war es genau umgekehrt – er war nach Alsen geflohen, um sich der Verfolgung der deutschen Behörden in seiner Heimatstadt zu entziehen. Er hörte, wie der Begriff „Heimdeutscher“ unter den Alsingern verbreitet wurde, und benutzte ihn in seinen Briefen an die dänischen Zeitungen. So wurde die Bezeichnung auch auf dem nordschleswigschen Festland verbreitet. Sie bezeichnete für die Dänen in der folgenden Zeit einen gebürtigen, deutschgesinnten, meist „Synnejysk“ sprechenden Nordschleswiger. Der Begriff war mitunter mit einem herabsetzenden Klang verbunden – die Heimdeutschen wurden dann als „minderwertige“ Deutsche gesehen, deren Deutschtum nicht besonders tief wurzelte.

Um die vorige Jahrhundertwende, um 1900, wurde der Heimdeutschenbegriff auch von einigen deutschen Behörden in Nordschleswig in Gebrauch genommen, um die „Synnejysk“ sprechenden deutschgesinnten Nordschleswiger zu bezeichnen. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg fingen auch einige deutschgesinnte Nordschleswiger an, den Begriff als Selbstbezeichnung zu benutzen. Es waren in erster Linie die Kritiker der harten Politik der deutschen Behörden gegen die dänischgesinnten Nordschleswiger. Mit dem Begriff wollten die Kritiker unterstreichen, dass die Heimdeutschen bodenständig waren und dass ihr Deutschtum in der besonderen schleswigschen Geschichte verwurzelt war. Damit konnten sie gegenüber den Dänen die Heimatrechte der deutschen Nordschleswiger betonen und sich zugleich vom dominierenden Kaiser-und-Reich-Nationalismus der wilhelminischen Zeit distanzieren. Unter ihnen waren z. B. Pastor Schmidt-Wodder und andere, die für den Aufbau der deutschen Minderheit nach 1920 maßgeblich wurden. So wurde der Begriff auch unter den deutschen Nordschleswigern allgemein akzeptiert – und heute wird er als eine völlig neutrale Bezeichnung benutzt. In diesem Aufsatz bezeichnet der Begriff den gebürtigen, meist dänischsprachigen Nordschleswiger – obwohl Herkunft und besonders

Sprache sich anhand der überlieferten Quellen nur selten für das einzelne Individuum feststellen lassen.

Verbreitung der schleswig-holsteinische Identität unter den Heimdeutschen in den 1840er Jahren

Seine politischen Grundlagen fand das Heimdeutschtum in der Zeit von ca. 1840 bis 1867 in der nationalen Bewegung der Schleswig-Holsteiner. Die Ausformung der modernen schleswig-holsteinischen Ideologie begann in den Jahren nach 1814 an der Kieler Universität. Inspiriert wurde sie durch die deutsche Einheitsbewegung, die sich gegen die Besetzung durch Napoleon erhoben hatte. Doch gab es auch innenpolitische Faktoren wie die Schwächung des Gesamtstaats nach dem Staatsbankrott 1813 und dem Verlust Norwegens 1814. Für die schleswig-holsteinische Bewegung wurde die Entdeckung der alten Privilegien der Ritterschaft durch die Professoren F. C. Dahlmann und Niels Nic. Falck von größter Bedeutung. Vor allem mit der Formulierung des Ripener Briefes von 1460, dass Schleswig und Holstein „ewich tosamende ungedelt“ bleiben sollten, begründete man die Forderung, dass auch Schleswig an einer neuen Ständeversammlung teilhaben sollte – und nicht nur Holstein, wie es diesem Herzogtum als Mitglied des Deutschen Bundes versprochen war.

In der folgenden Zeit der Restauration fanden die Forderungen nach einer Verfassung jedoch kaum Gehör. Erst nach der Julirevolution 1830 wurden sie durch Uwe Jens Lornsen neu belebt. Obwohl seine Kampagne für Verfassungspetitionen an den König im Sande verlief, wurde sie zu einem Katapult für das Wiederaufleben eines Liberalismus in den Herzogtümern in den 1830er Jahren. Ohne Dahlmann, Falck und Lornsen wäre die Entstehung des Heimdeutschtums kaum denkbar gewesen. Doch erst um 1840 begann die schleswig-holsteinische Ideologie sich in Nordschleswig immer mehr auszubreiten. Erst ab diesem Zeitpunkt kann man vom Heimdeutschtum als politischem Phänomen sprechen.

In Nordschleswig führten drei Strömungen zu einer schleswig-holsteinischen Identität. *Die erste und zugleich stärkste Strömung* ging von einem nordschleswigschen Reform-Liberalismus über den schleswig-holsteinischen Liberalismus zu einem deutsch-schleswig-holsteinischen Nationalliberalismus. Dieser Strömung folgten die Städte, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. In Apenrade wandelte sich der nordschleswigsche Reform-Liberalismus schon um 1838 zu einer eindeutig schleswig-holsteinischen Strömung. In Tondern brach eine solche um 1840/41 hingegen fast aus dem Nichts durch. In beiden Städten markiert die Wahl von Ständedeputierten aus der jüngeren Generation schleswig-holsteinischer politischer Führungskräfte den politischen Wandel. In Hadersleben verlief dieser Wandel moderater, in Sonderburg kam er erst viel später und zaghafter in Gang.

Mit dieser Ausnahme setzte sich ein deutscher Nationalliberalismus noch in der ersten Hälfte der 1840er Jahre in den nordschleswigschen Städten durch.

Diese Strömung kann man durch die zahllosen Petitionen hindurch verfolgen, die die Heimdeutschen in den Städten an die schleswigsche Ständeversammlung gesendet haben. Seit 1838/40 war der König von Dänemark für sie nur noch als Herzog von Schleswig und Holstein von Belang. Außerdem treten in den Petitionen Forderungen hervor, die zur vollständigen Einheit und Selbständigkeit Schleswig-Holsteins führen sollten, z. B. eine Vereinigung der Ständeversammlungen in Schleswig und Itzehoe, die Vorbehaltung von Beamtenstellen für gebürtige Schleswig-Holsteiner, eine schleswig-holsteinische Landesbank und schließlich die völlige Trennung der Verwaltung sowie des Finanz- und Steuerwesens der Herzogtümer vom Königreich.

Die einzigen Gemeinsamkeiten, die zwischen Herzogtümern und Königreich nach dieser Programmatik noch bestehen bleiben sollten, waren der Landesherr und die Außenpolitik. Doch auch diese Bande hätten mittelfristig gelöst werden können, wenn nämlich der älteste Mannesstamm als einzige erbberichtigte Linie Anspruch auf die Herzogtümer hätte stellen können. Beim Aussterben der Oldenburger hätte dies die Augustenburger auf den Herzogsthron gebracht. Diese Forderung wurde dann auch 1844 zu einem voll integrierten Teil der schleswig-holsteinischen Ideologie erhoben. Mit dem „Offenen Brief“ von 1846 erteilte König Christian VIII. aber dem Erbanspruch der Augustenburger eine klare Absage, was die Gegensätze weiter verschärfte. Trotz allem kam die Forderung nach Absetzung des dänischen Königs als Regent der Herzogtümer nicht einmal im Zuge des Aufstands der Schleswig-Holsteiner im März 1848 auf – stattdessen behauptete die Provisorische Regierung, im Namen des „unfreien Landesherrn“ zu regieren.

Der zweite Hauptstrom zur Entwicklung der schleswig-holsteinischen Identität unter den Heimdeutschen ist in den Landdistrikten zu suchen. Seinen Ursprung hat er in der alten schleswigschen Regionalidentität, und er entwickelte sich im Zuge von Widerständen gegen die Einführung von Dänisch als Verwaltungs- und Gerichtssprache 1838/40 und Protesten gegen Peter Hiort Lorenzens demonstrativen Gebrauch der dänischen Sprache in der Ständeversammlung 1842. War die Orientierung in den Städten liberal und offensiv, war sie auf dem Land eher konservativ und defensiv. Man befürchtete in erster Linie, dass die dänische Bewegung in Nordschleswig und ihre Hinterleute im Königreich mit Hilfe der „dänischen Propaganda“ die eigenständige Position des Herzogtums Schleswig im Gesamtstaat beenden würden – und Schleswig oder zumindest Teile davon dem Königreich und namentlich dem als rückständig empfundenen Jütland einverleibt würde.

Besonders die dänische Volksversammlung auf Skamlingsbanke und die Grün-



Abb. 1 u. 2 Titelkopf des heimdeutschen „Sønderboger Ugeblad“, seit der Jahreswende 1843/44 mit schleswig-holsteinischem Wappen (u.) an Stelle des dänischen Reichswappens (o.)

derung des Schleswigschen Vereins 1843 riefen Proteste hervor, so etwa die „Kirchspielaufstände“ im Haderslebener Osteramt und eine Adresse aus dem Alsinger und Sundewitter Gebiet, die insgesamt mehr als 1500 Unterschriften bekam. Während der Herzog von Augustenburg hinter der Adresse von Als-Sundewitt stand, wurden die Erklärungen aus dem Haderslebener Umland wohl von Kirchspielvögten initiiert, die in Opposition zum Schleswigschen Verein standen. 1844 bildeten sie den Verein der Kirchspielvögte, der sich gegen dänische Versuche richtete, nationale Zwietracht unter den Schleswigern zu säen.

Sowohl die städtische als auch die ländliche Strömung versuchte man 1845 im Schleswig-Holsteinischen Patriotischen Verein zu sammeln. Dieser gewann eine gewisse Anhängerschaft in Nordschleswig. Doch obwohl er auf lokaler Ebene bedeutende Aktivitäten entfaltete, ließ sich nur eine geringe Zahl konservativer Schleswiger auf diesem Wege in das schleswig-holsteinische Lager locken.

Die dritte Strömung war die augustenburgische Bewegung. Dass der Erbspruch einer einzelnen Dynastie überhaupt eine solche Bedeutung erlangen konnte, lag in erster Linie an Herzog Christian Augusts unlegbarer Fähigkeit als politischer Taktiker, an seinem Gespür für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, indem er unter anderem Zeitungen finanziell unterstützte, am Einsatz von ihm bezahlter Agitatoren – und schließlich an seiner Stellung als Großgrundbesitzer auf Alsen und im Sundewitt. Sein Hofpersonal, Gutsverwalter, Pächter, Beamte und Hoflieferanten schlossen sich bereitwillig der schleswig-holsteinischen Bewegung an, mit der Christian August sich seit Mitte der 1840er Jahre verbündete. Diese Allianz führte aber auch Probleme mit sich. Bei seinen eigenen Festbauern war der Herzog unbeliebt, und die Betonung des Erbspruchs sprach die vielen königstreuen Bauern in Nordschleswig kaum an.

Bedeutung der deutschen Sprache für das Heimdeutschtum

Die deutsche Sprache hatte in Nordschleswig eine starke Position. Bis 1840 war sie alleinige Sprache in Recht und Verwaltung. Sie war in Kirchen und Schulen der Städte vorherrschend. Bei der Gutsherrschaft, der Selbstverwaltung der Köge und innerhalb der Handwerkerzünfte war sie die allein gültige. Sie wurde von zahlreichen Gewerbetreibenden in den Städten, von vielen Kapitänen und von einigen Bauern in den Abrechnungen gebraucht, denn dies war unumgänglich, wenn man mit den deutschsprachigen Teilen Schlesiws, in Holstein oder in Hamburg Geschäfte machen wollte. Bei weitem nicht alle Heimdeutschen hatten auch Deutsch als tägliche Sprache. Doch darüber lässt sich nur wenig Gewisses sagen. Man darf davon ausgehen, dass der allergrößte Teil der Heimdeutschen auf dem Land sich in der Familie, im Dorf und auf Ebene des Kirchspiels des „Synnejysk“ bediente. Ohne Frage konnten einige Heimdeutsche auch Deutsch

schreiben, noch mehr von ihnen Deutsch sprechen und eine noch größere Zahl die Sprache lesen und verstehen.

In den Städten war das Deutsche noch wesentlich stärker verbreitet. Möglicherweise war sogar die Hälfte der Heimdeutschen in den Städten auch deutschsprachig. Beamte und Bildungsbürger waren bis 1850 und wieder ab 1864 überwiegend deutscher Zunge, und als Alltagssprache fand das Deutsche vor allem unter einheimischen deutsch gesinnten Kaufleuten und Fabrikanten Verwendung, jedoch weniger unter den Kleinbürgern. Die stärkere Position der deutschen Sprache in den Städten war durch eine stärkere Zuwanderung aus dem Süden und die Funktion als Schul- und Kirchensprache begründet.

Die Heimdeutschen entfalteten keine nennenswerten Bestrebungen, um die verbreitete Unstimmigkeit zwischen deutscher Gesinnung und dänischer Sprache zu überwinden. Für sie war dies kein Problem. Es gab nur vereinzelt Initiativen zur Stärkung der deutschen Sprache. Die Einführung von freiwilligen Deutschstunden auf dem Lande wurde von weiten Teilen der nordschleswigschen Bevölkerung gewünscht. An einigen Orten wünschten die Heimdeutschen deutsche Gottesdienste neben den dänischen, doch zu keiner Zeit forderten sie die generelle Einführung von Deutsch als Kirchen- und Schulsprache. Auch Volksbildungsprojekte zur Förderung der deutschen Sprache und Kultur wurden nicht von Heimdeutschen initiiert, so wie es auf dänischer Seite mit der 1844 gegründeten Heimvolkshochschule Rödning oder dem Aufbau lokaler Buchsammlungen der Fall war.

Die heimdeutsche Sprachpolitik war defensiv. Nur wenn die Stellung der deutschen Sprache durch sprachpolitische Vorstöße dänischerseits bedroht wurde, wurden die Heimdeutschen aktiv. Der Widerstand gegen die Einführung von Dänisch als Gerichts- und Verwaltungssprache in Nordschleswig wurde 1838-40 vor allem von einer allgemeinen schleswigschen Besorgnis wegen der vermeintlichen Einführung „dänischer Einrichtungen“ getragen. Die dänischsprachige Rede Hiort Lorenzens 1842 stachelte Heimdeutsche und konservative Schleswiger zum Widerspruch gegen eine Gleichberechtigung beider Sprachen in der Ständeversammlung an. In Hadersleben stellten sich die Heimdeutschen 1847/48 gegen die Umformung der Gelehrtenschule zu einer dänischsprachigen Einrichtung.

All dies kann aber auf keine Weise mit dem Widerstand verglichen werden, den die 1851 eingeführten Sprachreskripte mit der Einführung dänischer Schulsprache und gemischter Kirchensprache in den betroffenen Gebieten entfachten. Im heutigen Nordschleswig betraf dies vor allem die Stadt Tondern, aber auch die Kirchspiele Uberg und Bau. Die Reskripte hauchten den schleswig-holsteinischen Sympathien zu einer Zeit neues Leben ein, als die Aussichten für die Bewegung eher schlecht standen. Im übrigen Nordschleswig fehlten den Heimdeutschen dagegen die Kräfte, um sich der auch hier vorgenommenen Schwächung der

deutschen Sprache entgegenzusetzen. Erst nach dem dänischen Rückzug 1864 wurden diese Veränderungen zurückgenommen und der Status quo ante 1848 wieder eingeführt.

In Nordschleswig musste sich die schleswig-holsteinische Bewegung der dänischen Sprache bedienen, wenn sie die Landbevölkerung erreichen wollte. Von den deutschen Zeitungen erschienen einige in dänischer Sprache, andere zweisprachig oder mit einer dänischen Parallelausgabe. Seit Mitte der 1840er Jahre und erneut ab 1864 erschienen dänischsprachige Druckschriften über die Erbfolgefrage zugunsten der Augustenburger. Bei den Volksversammlungen wurden oft Reden auf Dänisch bzw. „Synnejysk“ gehalten. Viele Adressen der Heimdeutschen waren auf Dänisch geschrieben, obwohl die Empfänger deutsche Herrscher und Parlamentarier weit südlich der Elbe waren. Auch der Schleswig-Holsteinische Patriotische Verein hatte Dänisch als offizielle Vereinssprache. Offenbar hat niemand diesen weitgehenden Gebrauch des Dänischen jemals angefochten. Für die Identitätsbildung der Heimdeutschen spielte die Sprache also eine untergeordnete Rolle.

Verhältnis der Heimdeutschen zu Deutschland

Eine andere Frage, zu der die Heimdeutschen sich zum Teil anders als die deutschgesinnten Südschleswiger und Holsteiner verhielten, betraf das Verhältnis des Herzogtums Schleswig zum Deutschen Bund. Die schleswig-holsteinische Bewegung war ein Teil der deutschen Einheitsbewegung. Solange es keinen einheitlichen deutschen Staat gab, konnte der Anschluss an Deutschland nur durch die Errichtung eines selbständigen Schleswig-Holsteins innerhalb des Deutschen Bundes erfolgen.

In dieser Frage waren aber die Heimdeutschen gespalten. Die Angliederung Schlesiws an den Deutschen Bund wurde erstmals als Möglichkeit 1844 in Tondern angedeutet und zwei Jahre später in Hadersleben, Apenrade und Tondern direkt als Forderung aufgestellt. Aus Sonderburg und den ländlichen Gebieten wurde diese Forderung jedoch nicht gestellt. Auch während des Krieges 1848-50 blieben diese inneren Gegensätze bestehen. Die Heimdeutschen auf dem Land dachten nach wie vor schleswig-holsteinisch, aber kaum an eine deutsche Einheit.

Die Insel Alsen mit Sonderburg war während des gesamten Krieges unter Kontrolle der dänischen Truppen, aber in den anderen drei Städten engagierten die Heimdeutschen sich sehr für die deutsche Revolution 1848/49, wobei zwischen Apenrade und Tondern auf der einen und Hadersleben auf der anderen Seite Unterschiede spürbar waren: Deutsch-nationale Vorhaben wie die Wahl eines deutschen Reichsvorstehers, ein deutsches Erbkaisertum und der Aufbau einer

deutschen Reichsflotte bewegten die Gemüter in Apenrade und Tondern, stießen in Hadersleben dagegen auf Passivität. Das Interesse an deutscher Innenpolitik war in den beiden südlichen Städten größer, weil demokratisch gesinnte Wortführer dort den Ton angaben, während in Hadersleben moderate Kräfte vorherrschten. Hier dachte man eher wie auf dem Land, also mehr schleswig-holsteinisch als deutsch.

Als Schleswig 1864 von preußischen und österreichischen Streitkräften erobert wurde, warfen die heimdeutschen Nordschleswiger ihr Gewicht zugunsten Friedrichs „des Achten“ von Augustenburg als Herzog eines vereinten und unabhängigen Schleswig-Holstein in die Waagschale. Man sah in den Preußen zwar die Befreier und war ihnen dankbar, dachte jedoch mitnichten an einen Anschluss an den preußischen Staat. Ab Sommer 1864 begann es aber den Heimdeutschen zu dämmern, dass ein Anschluss an Preußen in Frage kommen könnte. Es begann eine Diskussion darüber, welche Zugeständnisse die Herzogtümer Preußen gegenüber machen konnten, um ihre Selbständigkeit unter Friedrich von Augustenburg erlangen zu können. Wiederum zeigten sich hierbei große Unterschiede zwischen den heimdeutschen Stadtbewohnern, während man sich in den Landdistrikten wie üblich eher passiv verhielt. In Apenrade pochte man am stärksten auf Friedrichs Rechte, doch bewegte man sich langsam von einer rein „partikularistischen“ Position zu einer Bejahung einer begrenzten Verbindung mit Preußen. In Hadersleben war man von Anfang an einer solchen Verbindung gegenüber offener. In Tondern und Umgebung war die Meinung geteilt: Die standhaften Augustenburger waren in der Mehrheit, doch eine Minderheit führender Landwirte schloss sich den „Nationalen“ an, die bald immer offener für einen Anschluss an Preußen eintraten. In Sonderburg war man weniger engagiert, doch die neue Sønderborg Avis stellte sich von Anfang an auf die preußenfreundliche Seite.

Die große Mehrheit der Heimdeutschen in Nordschleswig hielt bis 1866 an Friedrich fest. Erst der preußisch-österreichische Krieg brachte 1866 den Stimmungsumschwung. Die Niederlage Österreichs und die Vertreibung Friedrichs aus Holstein war weniger ausschlaggebend als vielmehr Artikel V im Friedensabkommen zwischen den deutschen Großmächten, die auf französische Initiative hin die Teilung des Landes nach einer Abstimmung als Möglichkeit offen hielt. In dieser Zeit änderte die Mehrheit der Heimdeutschen grundlegend ihre Haltung gegenüber Preußen. Nun galt die Einverleibung des Landes in den preußischen Staat als einziger Schutz gegen eine Abstimmung und damit gegen eine Abtretung größerer oder kleinerer Landesteile an Dänemark. Der Kampf gegen eine mögliche Teilung Schlesiens wurde nun eins mit dem Kampf für einen Anschluss an Preußen und wurde von den „Nationalen“ und dem deutschen Beamtenstab unterstützt, die gegen eine Abstimmung waren.

Doch nicht alle Heimdeutschen begrüßten die tatsächliche Einverleibung ihrer Heimat in den preußischen Staat im Januar 1867. Vor allem in Tondern gab es Unmut hierüber, der sich unter anderem bei der Wahl zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes im Februar 1867 Luft verschaffte, im Laufe der 1870er Jahre aber ziemlich unmerklich verpuffte. Womöglich war die Begeisterung im übrigen Nordschleswig auch nicht gerade überwältigend. Viel eher mögen die Heimdeutschen die Einverleibung als kleineres Übel empfunden haben. Wie auch immer, der Traum von einem selbständigen Schleswig-Holstein geriet ebenso schnell in Vergessenheit wie der für ein solches Staatsgebilde vorgesehene Regent.

Formen der schleswig-holsteinischen Agitation in Nordschleswig

Entscheidend für die Mobilisierung der Heimdeutschen für die schleswig-holsteinische Bewegung war die Etablierung einer politisch aufmerksamen Öffentlichkeit, nachdem man 1835/36 in den Herzogtümern wie im Königreich die Ständeversammlungen eingerichtet hatte. Diese gaben den wohlhabenderen Einwohnern Möglichkeiten, an der Regierung des Landes mitzuwirken.

Für die Bildung dieser Öffentlichkeit war auch die Presse von zentraler Bedeutung. 1840/41 wurden „Lyna“ in Hadersleben und das „Wöchentliche Tondersche Intelligenzblatt“ Organe der schleswig-holsteinischen Seite. 1843 machte das „Sonderburger Wochenblatt“ mit der Parallelausgabe „Sønderborger Ugeblad“ den gleichen Schritt. Während der Kriegsjahre 1848-50 waren die „Nordslesvigsk Tidende“ in Hadersleben und das „Apenrader Wochenblatt“ die wichtigsten Sprachrohre der Heimdeutschen. In der Zwischenkriegszeit konnte sich nur das Intelligenzblatt halten, und dies auch nur als unpolitische Zeitung. Ab 1864 gab es erneut die „Nordslesvigsk Tidende“ in Hadersleben, hinzu kamen die „Apenrader Nachrichten“ und ab 1865 „Sønderborg Avis“.

Eine andere offene Form der Verbreitung schleswig-holsteinischer Standpunkte waren die Volksfeste. Massenveranstaltungen mit über 1000 Teilnehmern gab es 1843 auf dem Mönterhoi westlich von Apenrade sowie 1864 auf Bøghoved bei Hadersleben und in Lügumkloster. Hinzu kamen Großveranstaltungen wie die Sängerbundfesten in Augustenburg und auf der Anhöhe von Erleff am Haderslebener Damm 1845 oder die Tierschauen des Schleswig-Holsteinischen Patriottischen Vereins 1846 und 1847. Eine ganz besondere Ausprägung hatten die Huldigungen für Friedrich von Augustenburg 1864. In Tondern, Apenrade und Hadersleben fanden sie in ritualisierter Form statt, doch in Augustenburg und Sonderburg wurde dies von den Preußen unterbunden. Die Festlichkeiten waren oft mit Vergnügungen verschiedener Art und gemeinsamen Festbanketten im Zelt verbunden, wo man unzählige Male miteinander anstieß und den Her-



Abb. 4
Herzog Friedrich VIII.
von Augustenburg

zog, führende Schleswig-Holsteiner, die Veranstalter, auswärtige Gäste und das vereinte Schleswig-Holstein hochleben ließ.

Das Vereinsleben war ein Schlüsselfaktor für die Mobilisierung der Heimdeutschen. In mehreren Städten gab es deutsche Bürgervereine. Der Bürgerverein in Hadersleben war über alle Umwälzungen hinweg Zentrum für das Deutschtum in der Stadt. In Apenrade gab es 1840-50 einen politisch äußerst aktiven schleswig-holsteinischen Bürgerverein. In Tondern nahm 1848 ein politisch aktiver Gewerbeverein seine Tätigkeit auf. 1849 gründete man in Hadersleben den Verein Germania. Der Apenrader Bürgerverein schloss sich in der Revolutionszeit dem demokratischen Dachverband schleswig-holsteinischer Volksvereine an, der Tondernsche Gewerbeverein dem Zusammenschluss der Arbeitsvereine. 1864 wurden in Verbindung mit der augustenburgischen Dachorganisation der schleswig-holsteinischen Vereine neue Gesellschaften ins Leben gerufen, so etwa der Patriotische Verein in Hadersleben, Bürgervereine in Apenrade und Sonderburg, der Sundewitter Verein in Gravenstein, ein „Landwirtschaftlicher Verein“ für Tondern und Umgebung sowie schleswig-holsteinische Vereine unter anderem in Augustenburg. Ganz Nordschleswig und prinzipiell beide Herzogtümer umfassend, doch in seiner Wirksamkeit und hinsichtlich der Personaldecke

auf Hadersleben und Umgebung beschränkt, war der Schleswig-Holsteinische Patriotische Verein von 1845 bis 1850, dessen Programm politische wie wirtschaftliche Themen umfasste.

Über die eigentlichen politischen Vereinigungen hinaus entstanden zahlreiche Vereine mit engeren Zielsetzungen. Ab 1842 wurden viele Chöre ins Leben gerufen. Jede Stadt hatte bald ihre Liedertafel, ebenso Augustenburg, Gravenstein und Hoyer sowie Ulkebüll auf Alsen. Sie stellten sich in den Dienst der schleswig-holsteinischen Sache und prägten deren Bild in der Öffentlichkeit mit Konzerten und Gesang bei Volks- und Sängerefesten. Doch schon vor 1848 ebnete ihre Bedeutung wieder ab. In der Zwischenkriegszeit gab es nur noch den „Singverein“ in Tondern. Ab 1864 entstanden neue Gesangsvereine in den anderen drei Städten und in Gravenstein.

Turnvereine gab es erst ab 1864, zunächst nur in den Städten und in Lügumkloster. Verbindungen der „Kampfgenossen“, die 1864 in Tondern, Apenrade und Hadersleben und vielleicht zur selben Zeit in Lügumkloster ins Leben gerufen wurden, hatten die Veteranen des schleswig-holsteinischen Heeres von 1848-50 zur Zielgruppe.

In Verbindung mit dem Vereinsleben wurde namentlich in den Jahren 1843/44 eine schleswig-holsteinische Nationalsymbolik populär. Dazu gehörte der Lornsen-Mythos, ein gemeinsames schleswig-holsteinisches Wappen, verschiedene Fahnen (von denen sich die blau-weiß-rote Trikolore durchsetzte) und das Lied „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ als nationale Hymne. Auch der Schlachtruf „Up ewig ungedeelt“ von 1841 verbreitete sich rasch. Die drei fundamentalen Grundsätze der Einheit, Selbständigkeit und augustenburgischen Erbfolge von 1844 wurden ebenfalls symbolhaft verklärt. Das schleswig-holsteinische Staatsgrundgesetz von 1848 war hingegen vor allem für den demokratischen Flügel eine strahlende Ikone. Doch nach 1850 war dieser Flügel kaum noch auszumachen, denn immer mehr setzten sich konservative politische Züge durch.

In den Jahren 1864-66 war der augustenburgische Prinz, als „Herzog Friedrich der Achte“ zu einem fürstlichen Staatsoberhaupt auserkoren, eine wichtige Integrationsfigur. Um ihn entstand ein Personenkult, der sich besonders an seinen Geburtstagen und an den Jahrestagen seiner Proklamation vom 16. November 1863 mit Festveranstaltungen und Huldigungen in der Presse manifestierte.

Die augustenburgische Agitation ist ein Kapitel für sich. Herzog Christian August entwickelte schon in den 1840er Jahren systematische Formen der politischen Beeinflussung. Sein Sohn Friedrich und dessen Anhänger setzten dies 1863-66 in noch größerem Ausmaß fort. Das Ziel war die Förderung der augustenburgischen Hausinteressen, das Mittel in erster Linie Geld. Die Herzöge bezahlten die Produktion der vielen Druckschriften, hielten „Lyna“ und „Sonderburger Wochenblatt/Sønderborger Ugeblad“ finanziell über Wasser und unterstützten

die „Nordslesvigsk Tidende“ und die „Apenrader Nachrichten“. Im Gegenzug versuchten die Augustenburger, die sprachliche und politische Linie der Zeitungen zu beeinflussen. Auch politische Agenten wurden aus der herzoglichen Kasse bezahlt. In den 1840er Jahren war der Atzbüller Pastor Jürgen Brag der politische Wasserträger für Herzog Christian August, und ab 1860 wirkte Hugo Jensen als Agent für Herzog Friedrich. 1864 leistete Friedrich sich Oberst Fürsen-Bachmann und drei weitere bezahlte Mithelfer allein für Nordschleswig. Auch Hof- und Gutsbedienstete wurden zu politischen Aufgaben herangezogen. Diese Agenten sollten ihren Namen für Petitionen und Zeitungsbeiträge hergeben, die in Wirklichkeit vom Herzog selbst stammten, Nachrichten über die dänische Bewegung beschaffen, ein Netz von Kontaktmännern organisieren, die Verbreitung von Druckschriften besorgen, Untersuchungen zur Stimmungslage in verschiedenen Distrikten vornehmen und vieles andere mehr.

Soziale Schichtung der Heimdeutschen

Es ist zu vermuten, dass wirtschaftliche Motive für die nationale Entscheidung der Heimdeutschen eine ziemlich große Bedeutung hatten. Dies lässt sich unter anderem aus den wirtschaftlichen Argumenten schließen, die von der schleswig-holsteinischen Bewegung gebraucht und von den Heimdeutschen aufgenommen wurden. Man hörte nicht auf zu betonen, dass die nordschleswigsche Wirtschaft nach dem aufstrebenden Süden und namentlich Hamburg hin ausgerichtet sei, während man dem rückständigen Norden und namentlich Jütland den Rücken kehrte. Deutschland stand demnach wirtschaftlich wie kulturell auf einer höheren Entwicklungsstufe als Dänemark. Einen besonderen Platz in der wirtschaftlichen Argumentation nahm der Vorwurf der finanziellen „Prägravation“ seitens des Königreichs ein – also eine angebliche Ausbeutung der Herzogtümer; Dänemark saugte demnach die Herzogtümer durch hohe Abgaben und schlechte Finanzpolitik aus.

Des Weiteren war die schleswig-holsteinische Bewegung dort am stärksten, wo die Modernisierung am weitesten fortgeschritten war, also vor allem in den Städten. Auf dem Land gab es dementsprechend die größte Zustimmung in den Gebieten mit einer aufstrebenden Bauernwirtschaft und ausgeprägter sozialer Differenzierung. So war die schleswig-holsteinische Bewegung am stärksten in der Umgebung von Tondern, die stark auf Nordfriesland ausgerichtet war. Danach folgte die Schluxharde mit vielen größeren Höfen und engen Verbindungen nach Südwesten durch den Viehhandel. Relativ stark war das Heimdeutschtum auch in der Umgebung von Broacker mit den vielen Ziegeleien, auf dem Loitland mit vielen Seehandelsverbindungen über Apenrade nach Hamburg und auch im Haderslebener Umland mit seinen vielen großen Höfen.



Abb. 5
Der ehemalige Oberst
Nicolaus von Fürsen-Bachmann
(1798-1894), ein Koordinator der
augustenburgischen Agitation

Zum dritten sprach die schleswig-holsteinische Bewegung besonders die Gruppen an, die am stärksten in die moderne Wirtschaft integriert waren. Die nordschleswigsche Elite war deutschgesinnt. In den Städten war das Bildungsbürgertum mit den Ärzten, Advokaten und Beamten die treibende Kraft. Das Deutschtum in diesen Gruppen war nicht zuletzt durch ihre Ausbildung in Kiel oder an anderen deutschen Universitäten geprägt worden. Kaufleute und Fabrikanten hatten oftmals Handelsverbindungen nach Süden und waren daher ebenfalls stark unter den Heimdeutschen vertreten, zum Teil in führenden Positionen. Auch die Handwerksmeister waren traditionell fachlich mehr nach Süden orientiert. Abgesehen von einzelnen Gesellen und Gehilfen zeigte die Unterklasse in den Städten hingegen kaum Interesse an der schleswig-holsteinischen Bewegung – und dies galt auch umgekehrt.

Auf dem Land waren besonders die Besitzer und Pächter kleinerer Güter in der schleswig-holsteinischen Bewegung vertreten. Für ihre politische Orientierung waren mitunter die Verbindungen zu potenten Standesgenossen und landwirtschaftlichen Vorreitern in Holstein von Bedeutung. Bei den Pächtern auf den augustenburgischen Gütern und Meierhöfen kam noch die Loyalität gegenüber dem Grundherrn und Herzog als Faktor hinzu. Ebenso schlossen sich die Reeder

und Kapitäne vom Loitland, die Ziegeleibesitzer vom Nordufer der Flensburger Förde und generell Großbauern, Müller, Branntweinproduzenten und andere Unternehmer häufig dem Heimdeutschtum an. Doch auch einfachere Bauern in ausgeprägten Viehzuchtgebieten wie in Teilen der Schluxharde und im Westen, die gute Verbindungen nach Südschleswig hatten, waren stark vertreten. Dies galt auch für die Gastwirte. Familiäre Bindungen zwischen Stadtbürgern und wohlhabenden Hofbesitzern trugen wohl ebenfalls zur Ausbreitung der schleswig-holsteinischen Ideen auf das Umland bei. Ebenso dürfte die deutschgesinnte Elite mit ihrer Haltung auf die Schichten abgefärbt haben, die sich gern mit ihr verbinden wollten.

Kätner, Landhandwerker und Landarbeiter fanden sich nur vereinzelt unter den Heimdeutschen, und dies auch nur in Gegenden, wo ein deutsches Übergewicht im Bauernstand einen gewissen sozialen Druck auf die Unterschicht ausübte. Auch auf dem Land war die Unterklasse die Achillesferse des Heimdeutschtums.

Die Herzogtümer bildeten einen Arbeitsmarkt, der Freizügigkeit ermöglichte. Dadurch kamen Südschleswiger, Holsteiner und Deutsche von südlich der Unterelbe in den Norden. Dies trug natürlich ebenfalls zur Stärkung des Deutschtums in Nordschleswig bei, namentlich in den Städten, in denen die Bevölkerungsfluktuation deutlich höher war als auf dem Land. Hier waren bis zu einem Drittel der Heimdeutschen südlich der heutigen Staatsgrenze geboren, vor allem Beamte, Freiberufler und Handwerker. In den Flecken war das Ausmaß der Zuwanderung sehr unterschiedlich, auf dem Land wiederum gering, wenn man von den größeren Landeigentümern im Haderslebener Umland und teilweise vom Loitland absieht. Gerade in den Städten stammten viele der nationalen Wortführer aus dem Süden. Doch alles in allem muss man den Zuzug von Deutschen als eher zweitrangigen Faktor für die Entwicklung des Heimdeutschtums bewerten – was letztlich auch der oben erwähnten „Erfindung“ des Begriffs „Heimdeutsche“ für die gebürtigen deutschgesinnten Nordschleswiger entspricht.

Literatur:

- Hans Schultz Hansen: Hjemmetyskheden i Nordslesvig 1840-1867 – den slesvig-holstenske bevægelse I-II. Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland nr. 93, Aabenraa 2005.

Bericht über die Jahresmitgliederversammlung 2006

Der Vorsitzende Lothar Hay begrüßte auf der Mitgliederversammlung am 6. Mai 2006 in Husum die erschienenen Mitglieder sowie zahlreiche Gäste. Er stellte Herrn Ove Jensen als neues Redaktionsmitglied der Grenzfriedenshefte den Anwesenden vor.

Grußworte wurden gehalten vom stellvertretenden Kreispräsidenten Siegfried Struwe sowie dem SP-Politiker und Vorstandsmitglied des Bundes deutscher Nordschleswiger Hinrich Jürgensen. Dieser sagte u.a.: „Meine Grüße möchte ich mit einem herzlichen Dank verbinden und zwar dafür,

- dass der Grenzfriedensbund die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig in vieler Hinsicht unterstützt, nicht zuletzt durch Vorstandsgespräche und Begegnungen auf der Ebene der Mitglieder und
- dass der Grenzfriedensbund vor allem über die Grenzfriedenshefte ganz wesentlich und qualitativ zum grenzüberschreitenden Dialog und zur Vertiefung der deutsch-dänischen Bemühungen beiträgt.“

Er wies darauf hin, dass der Grenzfriedensbund und die deutsche Volksgruppe eine bedeutende Rolle spielen, und appellierte deshalb an die schleswig-holsteinische Landesregierung, die deutschen Grenzverbände auch in Zukunft finanziell so zu fördern, dass sie ihre wichtigen Aufgaben im Interesse unseres Grenzlandes weiterführen können.

Anschließend erläuterte die Geschäftsführerin den Geschäfts- und Kassenbericht. Sie wies besonders auf die vielen Gespräche hin, die u.a. mit dem Landtagspräsidenten Martin Kayenburg, dem Leiter der Staatskanzlei Heinz Maurus und der Minderheitenbeauftragten Caroline Schwarz geführt wurden. Die Vorsitzenden der Grenzverbände mit ihren Geschäftsführern trafen sich zweimal, und der sogenannte „kleine Grenzausschuss“ – das sind die Geschäftsführer der Grenzverbände – trat sechsmal zur Vorbereitung gemeinsamer Aktivitäten sowie zur Diskussion über anstehende Probleme zusammen. Am Ende ihrer Ausführungen wies Frau Schumann auf den Schleswig-Holstein-Tag hin, der vom 19.-21.5.2006 in Eckernförde stattfindet. Dort seien die Grenzverbände wieder in einem gemeinsamen Zelt präsent.

In der Aussprache regte einer der Redakteure der Grenzfriedenshefte, Dr. Gerret Schlaber, eine Ausweitung der „Dialoge Grenzfriedensbund“ an, um diese als ein zweites öffentlichkeitswirksames Standbein neben den Grenzfriedensheften auszubauen. Mit den interessanten Themen, die der Grenzfriedensbund aus seiner Kenntnis der Grenzlandprobleme anbieten könne, sei eine größere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu erreichen. Das Interesse an den bisherigen Dialogen sei groß gewesen und dieser Teil der Arbeit sei ohne großen Kostenaufwand auszuweiten. Der Vorsitzende nahm diese Anregung auf und kündigte einen weiteren „Dialog Grenzfriedensbund“ für den Herbst 2006 an.

Hajo Hoffmann von der Friedrich-Paulsen-Schule in Langenhorn dankte, auch im Namen seiner Schulleiterkollegen, für die finanzielle Unterstützung von Klassenfahrten. Für viele Familien und Alleinerziehende mit ihren Kindern sei es nicht mehr möglich, das ganze Geld für diese Fahrten aufzubringen. Ohne die Hilfe des Grenzfriedensbundes könnten



Abb. 1 Bei der Mitgliederversammlung 2006: (v.r.) Anke Spoorendonk, Minister Uwe Döring mit seiner Gattin, Siegfried Struwe, Dr. Henning Bachmann, Hinrich Jürgensen

viele Fahrten nicht stattfinden oder müssten Kinder aus finanziellen Gründen auf die Teilnahme verzichten. Die Geschäftsführerin fügte ergänzend hinzu, dass besonders Kinder von Alleinerziehenden verstärkt von finanziellen Notlagen betroffen seien.

Nach dem Bericht der Revisoren, der keinerlei Beanstandungen ergab und der Geschäftsführerin eine sorgsame Haushaltsführung bescheinigte, wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Auch in diesem Jahr konnten langjährige Mitglieder geehrt werden. Dem Grenzfriedensbund gehören folgende Mitglieder *25 Jahre* an:

- Joachim Dittrich, Quickborn
- Ursula Molke, Harrislee
- Karl Ernst Koberg, Harrislee
- Bernd Philippsen, Flensburg

Seit *40 Jahren* sind dabei:

- Kurt Asmussen, Nordstrand
- Inge u. Peter Petersen, Owschlag
- Friedrich Carstens, Husum
- Dr. Andreas Reinhardt, Schobüll
- Carl Johannes Hahn, Husum
- Gerhard Schulz, Düsseldorf
- Marie Luise Lurgenstein, Husum
- Brigitte Strauß, Flensburg.
- Hella Osterroth, Lübeck

Herr Koberg erhielt vom Vorsitzenden eine Urkunde sowie die Nadel des Grenzfriedensbundes. Der Vorsitzende würdigte zugleich das Engagement, mit dem Karl Ernst Ko-

Abb. 2
Dank und Anerkennung
für die ehemalige
Minderheitenbeauftragte
Renate Schnack



berg in seiner früheren dienstlichen Tätigkeit bei der Fa. Severin an der Herstellung der Grenzfriedenshefte beteiligt war. Herr Hahn erhielt eine Urkunde und eine Medaille. Die anderen Jubilare erhalten ihre Urkunden per Post. Herr Hay dankte allen für ihre Treue zum Grenzfriedensbund.

Einen besonderen Dank sprach der Vorsitzende unter dem Beifall der Mitglieder der 2005 aus ihrem Amt geschiedenen Minderheitenbeauftragten Renate Schnack aus. Als Anerkennung für ihre kompetente, dem Grenzfriedensbund stets zugetane Arbeit überreichte er Frau Schnack ein Glas mit dem Emblem des Grenzfriedensbundes und dem Schriftzug „Danke – Der Vorstand“ sowie einen Blumenstrauß.

Der anschließende Vortrag des Ministers für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Uwe Döring, ist in diesem Heft abgedruckt. Die darauf folgende, sehr rege Diskussion fand erst ihr Ende, als das gemeinsame Mittagessen serviert wurde. So plädierte die SSW-Abgeordnete Anke Sporendonk in einer Stellungnahme ausdrücklich dafür, bei der Entwicklung von Zukunftsperspektiven die Bedeutung der vor Ort über Jahre gewachsene und bewährte grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht zu unterschätzen. Dr. Schlaber hob die Bedeutung des Bereichs Bildung hervor. Nur wenn mehr Wissen über den Nachbarn vermittelt werde, könne ein Ausbau der deutsch-dänischen Kooperation erfolgreich sein.

Ingrid Schumann

Von Schlagbäumen zum Regionsgebiet

Wenn die Arbeitslosigkeit in Dänemark hoch ist, ist sie in Deutschland niedrig – und umgekehrt. Dies zeigen die Kurven über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit auf beiden Seiten der Grenze in den letzten Jahren. Eine andere Kurve zeigt, dass die Anzahl der Grenzpendler von Deutschland nach Dänemark in den 80er und 90er Jahren recht konstant bei etwa 1000 lag, 2000 und 2001 aber leicht und 2002 stark zunahm.

Gleichzeitig sind die Pendler andere als vorher. Früher waren es meist Dänen, die sich südlich der Grenze niederließen, aber ihre Arbeit in Dänemark behielten. Jetzt sind sie meist Deutsche, die in Dänemark Arbeit gefunden haben. „Das zeigt, dass der deutsche und der dänische Arbeitsmarkt sich enger verbinden“, erklärte Torben Dall Schmidt, als die Analyse über Pendler zwischen Deutschland und Dänemark gestern vorgelegt wurde. Der Volkswirt arbeitet am Institut für Grenzregionforschung, das der Süddänischen Universität unterstellt ist. Der Bericht wurde in Kooperation mit EURES erstellt und deckt das Gebiet von Sønderjyllands Amt und den südschleswigschen Kreisen ab.

Vor allem das Baugewerbe ziehe deutsche Arbeitskräfte an. „In Dänemark wird gebaut. [...] Maurer, Zimmerleute und Maler werden in Dänemark gebraucht“, sagt Poul Frank, der Grenzlandkoordinator von EURES. Nach seiner Auskunft bewerben sich die deutschen Pendler nicht mehr nur im grenznahen Bereich, sondern selbst bis nach Ripen und Vejle. Allerdings lässt sich Arbeit nur für Fachkräfte vermitteln: „Für Ungelernte und Arbeiter mit Kurzausbildung ist es schwierig. Auch in Dänemark gibt es Arbeitslosigkeit, und die Menschen

ohne oder mit nur geringer Ausbildung trifft sie am meisten.“

Ein Gewerbe, welches verstärkt dazu übergegangen ist, Arbeitskräfte von südlich der Grenze zu holen, sind die „Call-Center“, geht aus dem Bericht hervor. Auch Rechnungsprüfer und Anwaltskanzleien stellen vermehrt deutsche Mitarbeiter ein.

Der EURES-Vorsitzende und örtliche DGB-Chef Peter Köhler führt an, dass das Pendeln sowohl Zeit als auch Geld koste. Doch für viele biete das Pendeln eine Möglichkeit, um wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. „Aus vielen Untersuchungen geht hervor, dass man mit mehr Arbeitserfahrung leichter einen Job bekommt“.

Poul Frank vermittelt in jedem Monat etwa 30 Stellen auf der anderen Seite der Grenze. Im vergangenen Jahr waren es 413, wobei 326 Personen mit Wohnsitz in Deutschland nach Dänemark gingen, während 23 den umgekehrten Weg nach Südschleswig nahmen. Obwohl Angehörige aus den Minderheiten wegen ihrer Sprachkenntnisse leichter einen Job auf der anderen Seite bekommen könnten, ist ihr Anteil bei den Bewerbungen keineswegs überrepräsentiert. „Das mag daran liegen, dass sie die Sprache kennen und meine Hilfe nicht brauchen“, so Poul Frank. „Viele Stellen werden durch persönliche Netzwerke vermittelt, und dazu haben die Dänischkundigen in Deutschland auch bessere Möglichkeiten“, fügt Torben Dall Schmidt hinzu.

Aus dem Bericht geht hervor, dass die meisten etwa eineinhalb Jahre pendeln. Doch wird die Frage nicht beantwortet, wie viele der Pendler danach näher an ihren Arbeitsplatz ziehen und wie viele danach einen Job im eigenen Land finden.

„Wir sind daran interessiert, einen Überblick über den deutsch-dänischen Arbeitsmarkt zu bekommen“, sagt Peter

Köhler. Nach seiner Einschätzung wird der Bedarf an Arbeitskräften nördlich der Grenze noch zunehmen. Da Löhne und Arbeitsbedingungen oftmals besser sind als in Deutschland, rechnet er damit, dass noch mehr deutsche Arbeitskräfte Arbeit in Dänemark suchen werden. Das sollte den deutschen Betrieben zu denken geben: „Arbeitskräfte ziehen dorthin, wo Löhne und Arbeitsbedingungen am besten sind, deshalb müssen die deutschen Arbeitgeber sich etwas einfallen lassen. Sie müssen darüber nachdenken, ob sie ihren Angestellten nicht eine bessere Ausbildung anbieten sollten.“ Laut Köhler sei es höchste Zeit, etwas auf dem Arbeitsmarkt in der Grenzregion zu tun, damit die beiden Landesteile nicht beginnen, einander auszukonkurrieren.

Flensburg Avis, 28.3.2006

Man redet nur von Hauptstadt und Zukunft der Öresundregion

„Man redet in dem Entwurf nur von der Hauptstadt und der Öresundregion. Die grenzüberschreitende deutsch-dänische Zusammenarbeit wird nicht einmal erwähnt“, reagiert das Amtsratsmitglied und Stadtratsvertreter in der neuen Kommune Apenrade Hinrich Jürgensen (SP) auf das umfangreiche Werk, das neben vier Entwicklungsschwerpunkten in den bereits florierenden Zentren Dänemark als fünften Schwerpunkt die „Außengebiete“ einschließlich Kommune Tondern aufführt. Als einziger Entwicklungsschwerpunkt wird in Nordschleswig die Kommune Sonderburg als Teil eines Netzwerkes mit Zentraljütland und Fünen erwähnt. „Ich finde das sehr merkwürdig“, so Jürgensen, der gerade auch vor dem Hintergrund verstärkter Interregförderung erwartet,

dass ein Kraftzentrum Flensburg, Sonderburg, Apenrade, Tondern ins Auge gefasst wird. Tondern als Außenbereich teilt der neue Landesplanentwurf ein Potenzial in der Ernährungswirtschaft und „naturegegebene Qualitäten“ zu, die zu einem Zuzug von Einwohnern führen könnten. Das zentrale Jütland als Netzwerk mit Sonderburg als Anhängsel wird auch nicht als Entwicklungsgebiet genannt, das als Standortvorteil mit Apenrade und Tondern auf die günstige Lage hin zur Metropole Hamburg bauen könnte.

„Es ist eigenartig, dass beim Thema Infrastruktur und Transport auch das dänische Transportcenter Pattburg überhaupt nicht erwähnt wird“, so der SP-Politiker. Es ist nur schwammig von Handel mit Nachbarstaaten die Rede, bei grenzüberschreitender Zusammenarbeit wird neben der Öresundregion gerade einmal das Baltikum aufgeführt. „Ich werde mich für eine gepfefferte Antwort einsetzen“, so Jürgensen unter Hinweis auf die derzeit laufende Anhörungsfrist zum Plan, bei dessen Vorstellung die Umweltministerin in vorderster Reihe auf ihre Bemühungen verwies, eine weitere Zersiedelung des Landes zu verhindern.

Der Nordschleswiger, 1.4.2006

Ganz schlechte Noten für Nordschleswigs Wirtschaft

Nordschleswig bekommt als Wirtschaftsstandort in einer aktuellen Analyse von „Jyske Bank“ ganz schlechte Noten. Die Bank hat zwölf Regionen im Lande hinsichtlich ihrer ökonomischen Entwicklung nach der 13-Skala [das bisher in Dänemark übliche Schulnotensystem, Anm. d. Red.] Zensuren gegeben. Während Kopenhagen mit der Note 10,5 vor Århus (9,9)

und dem Dreieck Vejle-Kolding-Fredericia (9,5) klar führt, bringt Nordschleswig es zusammen mit Westjütland nur auf magere 5,9. Nur Vendsyssel mit 5,4 wird schlechter eingestuft.

Und diese „Verzerrung“ des Landes in Richtung Osten werde in den kommenden Jahrzehnten anhalten, so „Jyske Bank“. In den Wachstumsregionen würden sich typische Stadtgewerbe, die auf Wissen bauen, ansiedeln. In den Randgebieten würden Landwirtschaft, Industrie und Servicegewerbe dominieren.

Die so genannte Bildungskluft werde sich dadurch vergrößern. In Kopenhagen hätten beispielsweise zehn von hundert eine höhere Ausbildung – in den Randgebieten hätten dies nur rund drei Prozent. 67 Prozent der Mittel für Forschung würden in Kopenhagen verbraucht – und dort seien die Einkommen im Durchschnitt auch rund 15 Prozent höher. Für die Randgebiete sei es ein Muss, gut ausgebildete Arbeitskräfte anlocken zu können. Dafür gebe es aber kein Patentrezept, sondern viele Dinge müssten zusammenpassen.

Der Nordschleswiger, 27.5.2006

Land investiert in die Region

Zusätzliche Fördermittel für die Grenzregion stellte Staatssekretär Heinz Maurus gestern als Gastredner bei der ADS-Mitgliederversammlung in Langballig in Aussicht. Demnach sollen in den kommenden Monaten Leuchtturm-Projekte definiert werden, für deren Realisierung eine intensive finanzielle Unterstützung aus Kiel zu erwarten ist. „Der Ministerpräsident und auch ich kommen aus dem Landesteil Schleswig, den wir wirtschaftlich voranbringen wollen“, sagte Maurus. Folgende Kriterien nannte der Staatsse-

ekretär für mögliche Bewerber: Die Projekte müssen Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze schaffen, einen aufrüttelnden Effekt für die Region haben und auch über diese hinaus strahlen. Als Beispiele nannte Maurus Krankenhaus-Kooperationen zwischen Schleswig und dem südlichen Dänemark, grenzüberschreitende Tourismus-Projekte oder die Entwicklung des Gottorfer Landesmuseums zum archäologischen Forschungs-Institut für Skandinavien. Auch die ADS forderte Maurus zum Mitwirken bei der Definition der Projekte auf. „Vor allem brauchen wir aber eine starke Beteiligung der regionalen Wirtschaft“, betonte er.

Flensburger Tageblatt, 30.5.2006

WEITERE SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

Ochsenweg wird zur Wanderroute

Flensburger Tageblatt, 15.3.2006

Mit dem Projekt Pilgerroute, das die Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg und Touristik-Marketing Sønderjylland gemeinsam ins Leben gerufen haben und das zur Hälfte aus EU-Interreg-Mitteln finanziert wird, wird der im alten Herzogtum Schleswig gelegene Teil des östlichen Ochsenweges zwischen Jels und Kropp als grenzüberschreitende Wanderroute hergerichtet.

Grenzüberschreitende Kinderkunst erhält Kulturpreis

Jydske Vestkysten, 16.3.2006

Der alle zwei Jahre zu vergebende Kulturpreis der Region Schleswig/Sønderjylland

(dotiert mit 60.000 Kronen) ging in diesem Jahr an das Schulkunstprojekt „Kinderkunst-Festival“, an dem sich Fünftklässler von sechs deutschen und dänischen Schulen beteiligt hatten und das gemeinsam von Amtsentwurf für Unterrichtsmitarbeiter, Ferieregionen Sønderjylland und den Museen in Flensburg und Sønderburg initiiert worden war.

Zwei volksnahe Brückenbauer trafen sich

Flensburg Avis, 18.3.2006

Unter dem Titel „Die Stärken der Grenzregion nutzen“ veranstalteten Slesvigsk Parti und Südschleswiger Wählerverband eine gemeinsame Konferenz im Gebäude des Regionskontors. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit liege im ureigenen Interesse der Minderheiten, denn der Wegzug ihrer jungen Angehörigen aufgrund wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit bedeute für sie eine Existenzgefährdung. Als Gastrednerin berichtete Katharina Hagerud von der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen dem schwedischen Värmland und der norwegischen Hedmark: Hier arbeiten zahlreiche Interessenverbände wie auch Kommunen, Regionen und staatliche Einrichtungen eng zusammen, und die vor knapp zehn Jahren als Interreg-Projekt gestartete Initiative ist längst zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die sich in zahllosen grenzüberschreitenden Verbindungen und einer hohen Zahl an Grenzpendlern bei geringer Arbeitslosigkeit niederschlägt. In vier Arbeitsgruppen arbeiteten die Teilnehmer Probleme, Aufgaben und Perspektiven zu den Themen „Der offene Arbeitsmarkt“, „Kultur und Bildung“, „Gesundheit und Vorsorge“ sowie „Grenzregion als Wachstumsbereich“

aus. Es ist geplant, in der kommenden GFH-Ausgabe mehr zu diesem Thema zu bringen.

Scharfe UN-Kritik an Dänemark

Jyllands-Posten, 20.3.2006

Die UN-Menschenrechtskommission übt in ihrem Bericht über die Situation muslimischer Bevölkerungsgruppen in der Welt scharfe Kritik am Umgang der dänischen Regierung mit der Karikaturen-Krise (siehe GFH 1/2006, S. 65 f.). Vor allem kritisierte UN-Berichterstatteur Doudou Diène (Senegal), dass die Regierung mit Hinweis auf die Presse- und Meinungsfreiheit Treffen mit den Botschaftern muslimischer Staaten abgelehnt und eine Stellungnahme zu den „zunehmenden Religionsbeleidigungen“ vermieden habe. Darüber hinaus sei man internationalen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Während die Opposition sich der Kritik teilweise anschloss und vor einer weiteren Schädigung des internationalen Ansehens Dänemarks warnte, wiesen Vertreter der Regierungsparteien die Kritik als völlig grundlos zurück. DF-Chefin Pia Kjærsgaard forderte sogar eine Amtsenthebung Diènes.

Legosteine des Anstoßes

Spiegel-online, 22.3.2006

Mit ihrem Plakat zum internationalen Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung am folgenden 21. März löste das UN-Menschenrechtskommissariat nicht nur in ganz Dänemark Befremden aus. Unter dem Titel „Rassismus nimmt viele Formen an“ sieht man ein dunkelgraues Puzzle-Fragment, dem ein einzelner roter Legostein gegenüber steht. Ob letzterer als ausgegrenztes Opfer oder als

Aggressor zu deuten ist, bleibt unklar. Da Lego wie kaum ein anderes Produkt symbolisch für Dänemark steht und das Land am Vortag schwere Schelte von der gleichen UN-Behörde abbekommen hatte, liegt eine Verbindung mit der Krise um die Mohammed-Zeichnungen nahe. Das Bild wurde am Ende des Tages kommentarlos zurückgezogen.

Attraktiv: Arbeiten in Dänemark

Flensburger Tageblatt, 28.3.2006

Die Zahl der Grenzpendler von Deutschland nach Dänemark ist im Zeitraum 1998-2003 um 70 Prozent auf fast 1700 gestiegen und nimmt monatlich um etwa 30 Personen zu.

Goethe-Institut wird geschlossen und abgeschaltet

Politiken, 30.3.2006

Sparpläne der Bundesregierung bedrohen die Fortexistenz des Goethe-Instituts in Kopenhagen, das zu einem Kulturbüro degradiert werden soll. Seit 1961 war es ein wichtiger Kulturvermittler in Dänemark. Deutsche wie dänische Kulturschaffende und -vermittler protestierten energisch gegen die Sparpläne.

Bündnis gegen Zwangsprostitution vereinbart

Flensburger Tageblatt, 1.4.2006

Zwischen Deutschland und Dänemark wurde eine engere Kooperation auf dem Gebiet der Hafensicherung vereinbart. Auch sicherte die dänische Regierung zu, dass vor allem im Umfeld der Fußball-Weltmeisterschaft verstärkte Kontrollen durchgeführt werden, um das Einschleusen von

Zwangsprostituierten nach Deutschland zu verhindern.

Grenzverein zieht positive Jahresbilanz

Flensburger Tageblatt, 1.4.2006

Die Einrichtungen des Deutschen Grenzvereins am Scheersberg und in Leck weisen stetig wachsende Besucherzahlen auf. Der leichte Rückgang in Sankelmark wird mit Umbaumaßnahmen und einem Wandel im Besucherkreis erklärt.

Direktor des ECMI lehnt Kommentar ab

Flensburg Avis, 5.4.2006

Mit seiner Empfehlung an die CDU-Landtagsabgeordnete Susanne Herold, sich gegen die Aufnahme des Minderheitenschutzes ins Grundgesetz auszusprechen, erntete der Direktor des European Center for Minority Issues Marc Weller heftigste Kritik, vor allem vom gemeinsamen Rat (Samråd) der dänischen Minderheit. Da sich das ECMI trotz oder wegen seiner bewussten Platzierung im Grenzland und trotz der deutsch-dänischen Trägerschaft ansonsten nur wenig zur Lage der Region zu äußern pflegt, war das Unverständnis für diesen politischen Vorstoß umso größer. An dieser Stelle kam auch Kritik an der geringen Präsenz des ECMI in der hiesigen Öffentlichkeit.

Die Schulen der Minderheit ziehen an Jydske Vestkysten, 20.4.2006

In der Woche nach Ostern brachte die südwestdänische Regionalzeitung eine ungewöhnlich ausführliche Serie über die dänische Minderheit in Südschleswig.

Wird die Vision wahr?

Flensburger Tageblatt, 22.4.2006

Nach einem Zusammentreffen der Verkehrsminister Flemming Hansen (Kons.) und Wolfgang Tiefensee (SPD) in Berlin, bei dem auch der schleswig-holsteinische Ressortchef Dietrich Austermann (CDU) anwesend war, scheint der Bau der Fehmarnbelt-Brücke der Realisierung näher gerückt zu sein. Noch in diesem Jahr soll entschieden werden, ob die Brücke gebaut wird oder nicht.

Friesen an der Uni Flensburg

Pressemitteilung des SSF, 26.4.2006

Mit zwei halben Qualifikationsstellen wurde das Friesische Seminar der Flensburger Universität gestärkt. Da die Fächer nun auf das international gängige Bachelor-System (erster Abschluss nach drei Studienjahren, dem zum Master-Abschluss auch ein anderes Fach folgen kann) abgestimmt sind, kann Friesisch auch im Rahmen anderer Studiengänge leichter studiert werden.

Die Natur ist der erste Verlierer im Dosen-Krieg

Aufmacher in Jydske Vestkysten, 29.4.2006

Während Getränkedosen sowohl innerhalb Deutschlands als auch Dänemarks unter Pfandpflicht stehen, gilt dies bislang nicht für Dosen aus dem Grenzhandel, deren im vergangenen Jahr 400 Millionen gekauft wurden. Diese werden daher oftmals achtlos weggeworfen. Umweltministerin Connie Hedegaard (Venstre) hat ihren deutschen Amtskollegen Sigmar Gabriel (SPD) aufgefordert, auch diese Dosen mit

einem Rückgabepfand zu belegen. Bis vor vier Jahren waren Getränkedosen in Dänemark überhaupt nicht zugelassen, gelangten jedoch ebenfalls durch private Einkäufe südlich der Grenze ins Land.

Auch die Minderheit muss in den kommenden Jahren sparen

Aufmacher in Flensburger Avis, 4.5.2006

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen verdeutlichte den Vertretern der Minderheiten, dass sie nicht von den Sparauflagen der Landesregierung ausgenommen werden können, sicherte aber gleichzeitig zu, dass ihre Angelegenheiten weiterhin „Chefsache“ seien.

Die Region will von Dänemark profitieren

Flensburger Tageblatt, 4.5.2006

Auf dem Wirtschaftsforum für die drei süd-schleswigschen Kreise in Schleswig war die Stimmung optimistisch. Wirtschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) kündigte an, ein gemeinsames Regionalmarketing für beide Seiten der Grenze schaffen zu wollen. Die Wirtschaftsvertreter hoffen darauf, dass sie mehr von der guten Konjunktur in Dänemark profitieren können.

Europaschulen feiern ihr Jubiläum

Flensburger Tageblatt, 4.5.2006

Zehn Jahre nach der Ersteröffnung gibt es in Schleswig-Holstein 27 Europaschulen, die 86 Schulpartnerschaften pflegen und vor allem im Sprachunterricht ein wesentlich breiteres Angebot haben als gleichwertige öffentliche Schulen.

„Ein ziemlicher Spagat“

Spiegel-online, 6.5.2006

Nach der Idee von Schülern ist das erste deutsch-französische Geschichtslehrbuch mit dem Titel „Histoire/Geschichte: L'Europe et le monde depuis 1945 / Europa und die Welt seit 1945“ erschienen. Ab Herbst soll es für den Unterricht in der achten bis zehnten Klasse zur Verfügung stehen. Ein deutsch-dänisches Geschichtslehrbuch wäre ein Projekt, über das es sich nachzudenken lohnt.

Junge fliehen vom Land in die Stadt

Jyllands-Posten, 6.5.2006

Nach einer neuen Studie der Kreditgesellschaft „Realkredit“ hält der Trend, dass 25-40-jährige in die großen Städte ziehen, in Dänemark mit unverminderter Heftigkeit an. Unter den acht (von 271) Kommunen mit dem größten Anteilsverlust an dieser Altersgruppe in den vergangenen zehn Jahren liegen allein vier aus Nordschleswig, nämlich Tondern, Bredebro, Bau und Scherrebek. Nur in den nordjütischen Randgemeinden Thyborøn-Harboøre, Skagen und Insel Læsø sowie auf Südlangeland waren die Verluste noch größer. Gewinner dieser Bewegung sind vor allem Kopenhagen und seine Vorstädte, wo sich 83 Prozent der genannten Altersgruppe niederlassen, während Dänemarks zweitgrößte Stadt Århus hauptsächlich als Studienort von Bedeutung ist. Erschreckend ist, dass nicht nur kleinere Orte in Randgebieten auszusterben drohen, sondern dass selbst eine recht bekannte und gut ausgebaute Stadt wie Tondern durch die Abwanderung ausgezehrt wird. Auch wenn in den USA teilweise schon wieder gegenläufige Entwicklungen zu beobachten sind, rechnen die Experten

trotz der enormen Preissteigerungen in den Zentren (in Kopenhagen müssen inzwischen durchschnittlich 60 Prozent des Netto-Einkommens für das Wohnen als solches ausgegeben werden) noch lange nicht mit einer Umkehrung dieses Trends. Am 23.5. titelte Jyllands-Posten „Häuser auf dem Land sollen abgerissen werden“, nachdem die Vereinigung „Landsbyerne i Danmark“ die Forderung gestellt hatte, dass der Staat den Abbruch von ca. 20.-25.000 jetzt oder bald leer stehenden Häusern auf dem Land bezuschussen sollte. Diese Ruinen würden die Landdistrikte, für deren Interessen der Verein eintritt, weiter schwächen und sollten daher verschwinden. Auch in Deutschland und vielen anderen Teilen Europas ist die Landflucht ein großes Problem, dessen Auswirkungen erst in den kommenden Jahren voll zum Tragen kommen werden.

Jens-Baggesen-Preis 2006

Pressemitteilung der Kommune Korsør, 6.5.2006

Für seine Arbeit über den dänischen und zeitweise in Deutschland lebenden Schriftsteller Jens Baggesen (1764-1826) wurde dem Philologen Dr. Horst Nägele der nach dem Dichter benannte Preis seiner Geburtsstadt überreicht. Siehe hierzu auch GFH 1/1976, S. 31 f.

Eine Stimme, die im weiten Europa gehört wird

Flensburger Tageblatt, 9.5.2006

Zu seinem 60jährigen Jubiläum war Der Nordschleswiger Gastgeber des alljährlich stattfindenden Kongresses der Chefredakteure der europäischen Minderheitenzeitschriften (MIDAS).

Aufklärung über das exotische Deutschland

Der Nordschleswiger, 9.5.2006

Eine Gruppe jüngerer Dozenten an der Kopenhagener Universität gibt unter der Adresse www.aufklarung.dk eine Internet-Zeitung heraus, in der Informationen über Deutschland verbreitet werden, die über die verbreiteten Bilder und Klischees hinausgehen. Die Aktion wird sowohl vom Goethe-Institut als auch vom Germanistischen Seminar der Universität unterstützt.

Handwerker über die Grenze

Flensburg Avis, 10.5.2006

Die Kreishandwerkerschaften der deutschen Grenzkreise wollen mit Hilfe einer eigens dazu gegründeten GmbH für ihre Betriebe zielgerichtet nördlich der Grenze werben.

Dänen lassen in diesem Jahr Europaklasse im Stich

Flensburg Avis, 11.5.2006

Das vor drei Jahren gestartete Projekt einer gemeinsamen Europaklasse an den Gymnasien in Niebüll und Tondern hat mit dem Abitur des ersten Jahrgangs einen erfolgreichen ersten Abschluss gefunden. Aufgrund des großen Erfolgs des Pilotprojekts hat die EU die Finanzierung des nächsten Jahrgangs zugesichert. Dieser wird jedoch nicht zu Stande kommen, weil sich aus Tondern nur ein einziger Schüler angemeldet hat.

Bäume wuchsen trotz hölzerner Hochzeit nicht in den Himmel

Der Nordschleswiger, 11.5.2006

Fünf Jahre nach Unterzeichnung des Partnerschafts-Abkommens zwischen dem Bundesland Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt auf der Großen Ochsensinsel zieht Amtsbürgermeister Carl Holst (Venstre) eine durchwachsene Bilanz. Zwar sei die Zusammenarbeit z. B. im Hochschul- und Gesundheitswesen weiter vorangekommen. Doch in vielen anderen Bereichen wurden die Erwartungen nicht erfüllt. Ziel müsse es nun sein, die künftige Großregion Süddänemark für die Zusammenarbeit zu sensibilisieren. Außerdem sei abzuwarten, ob die von der Landesregierung angekündigten „Leuchtturm-Projekte“ auch grenzüberschreitend wirken können.

Schienen-Engpass in Nordschleswig soll weg

Der Nordschleswiger, 15.5.2006

Laut Auskunft des Nachrichtenbüros Ritzau liegt im dänischen Verkehrsministerium ein neues Gutachten vor, welches dringend die Rekonstruktion des zweiten Gleises zwischen Vamdrup und Woyens sowie Tingleff und Pattburg empfiehlt. Dies war eigentlich schon im Zuge der Planungen für die Brücken über den Großen Belt und den Öresund vorgesehen worden, wurde aber bislang nicht in die Tat umgesetzt. Da eine Fehmarnbelt-Querung frühestens 2017 benutzbar sein könnte, würden sich die Engpässe in Nordschleswig angesichts steigender Transportanforderungen in den kommenden Jahren immer verheerender auswirken. Seit vielen Jahren ist die nordschleswigsche Ostbahn die für Verspätungen anfälligste Strecke in ganz Dänemark.

Bericht: Dänemarks Minderheiten geht es schlecht

Politiken-online, 16.5.2006

Obwohl es im dänischen Strafgesetzbuch einen eindeutigen Paragraphen (266 b) gegen rassistische Äußerungen und Handlungen gibt, werden wiederholt Klagen wegen ausländerfeindlicher Äußerungen durch Politiker der rechten Dansk Folkeparti von der dänischen Justiz abgewiesen. Im Falle einer umstrittenen Äußerung des DF-Politikers Søren Krarup wies die zuständige Anklageinstanz sogar auf eine „besonders weit reichende Rede- und Meinungsfreiheit“ von Politikern hin. Es sei an dieser Stelle noch angemerkt, dass gerade Vertreter der DF häufig umgehend den Rechtsweg einschlagen, wenn sie sich falsch zitiert oder ungerecht behandelt fühlen. Nachdem bereits die UN-Menschenrechtskommission Kritik an Dänemark geäußert hatte, kritisierte nun auch das Europarats-Komitee gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) die Handhabung des Problems in Dänemark. In ungewöhnlich scharfer Form wurde die Ausländerpolitik in ihrer Gesamtheit gerügt. Der Bericht stellt fest, dass den Bürgern „anderer ethnischer Herkunft als dänisch“, wie es im offiziellen Sprachgebrauch heißt, das Leben durch schwierige Gesetze und verbreitete Vorurteile das Leben unnötig schwer gemacht werde und dass man eine klare politische Linie zur Beseitigung der bestehenden Missstände vermisste.

Das Arbeitstier lacht über sich selbst

Aufmacher in: Jydske Vestkysten, 16.5.2006

Die vom Rat der künftigen Region Syddanmark an eine Privatfirma in Auftrag gegebene Untersuchung über die Arbeitskultur

in den vier noch bestehenden Amtsverwaltungen der Region (Ripen, Apenrade, Vejle, Odense) brachte unter anderem das Ergebnis, dass die nordschleswigschen Verwaltungs-Angestellten vor allem vor-sichtig seien, während den Kollegen an den drei anderen Orten andere Zeugnisse ausgestellt wurden. Ziel dieser Untersuchung sollte es sein, den Weg für eine künftige gemeinsame Arbeitskultur zu finden. Die Apenrader nahmen das für sie weniger schmeichelhafte Ergebnis dieser holzschnittartigen Untersuchung jedoch nicht so ernst wie u. a. die Regionalzeitung und blieben der Veranstaltung zur Veröffentlichung der Studie fern. Jydske Vestkysten machte aus dieser Geschichte jedoch einen Aufmacher, und die Chefredakteurin brachte darüber sogar einen Leitartikel („De sønderjyske strudse“), in dem sie den Apenradern ein Vogel-Strauß-Verhalten und mangelnde Kooperationsbereitschaft vorwarf.

Eine Messe reißt die Grenzen nieder

Flensborg Avis, 26.5.2006

Mit der Messe „Grenzenlos 2006“ wurde erstmals eine grenzüberschreitende Messe auf freiem Feld und unmittelbar an der deutsch-dänischen Grenze abgehalten. Schirmherren der Veranstaltung am Grenzübergang Böglum-Seeth waren Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Prinz Joachim. Insgesamt ca. 25.000 Besucher kamen zur Produktschau.

Von Niebüll nach Esbjerg in einem Zug

Flensborg Avis, 30.5.2006

Auf Initiative des SSW forciert der Kreis Nordfriesland die Forderung nach einer

durchgehenden Zugverbindung auf der Westküstenbahn. Bislang bedient die deutsche Nord-Ostsee-Bahn den wiedereröffneten Abschnitt bis Tondern, während der nördliche Teil von der britischen Firma Arriva befahren wird. Nun sollen beide Gesellschaften ein Konzept für durchgehende Verbindungen finden, die auch der steigenden Zahl von Grenzpendlern gerecht wird.

ADS bleibt von harten Kürzungen verschont

Flensburger Tageblatt, 30.5.2006

Trotz rigorosen Sparzwanges verbleibt die Landesförderung der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig 2007 unverändert und wird 2008 um 50.000 Euro auf 800.000 Euro gekürzt. Für seinen Grenzverein blickt der Vorsitzende optimistisch in die Zukunft und wird bei der Jahreshauptversammlung mit den Worten zitiert: „Die verschiedenen Kulturen gehören zum Reichtum dieser Region. Jede muss für sich gepflegt werden, ein Mischmasch nützt niemandem.“

Große Unterschiede zwischen Minderheitenschulen

Flensburg Avis, 30.5.2006

Ein beim FUEV-Kongress in Bautzen aufgestellter Vergleich zeigt, dass die Bildungschancen der autochthonen Minderheiten in der EU von Staat zu Staat sehr verschieden sind. Dänische Süd- und deutsche Nordschleswiger schneiden im internationalen Vergleich recht gut ab. Am besten geht es der deutschen Volksgruppe im östlichen Belgien, die sogar über kostenfreie Kindergärten und höhere Lehranstalten verfügt. In Frankreich hingegen wird der Grundsatz, dass Französisch die

alleinige Sprache der Republik sei, weiterhin fest verfolgt, und Minderheiten wie die Bretonen müssen nahezu ohne öffentliche Förderung ihr Privatschulsystem bestreiten. Den slawischen Makedoniern im griechischen Teil der historischen Landschaft wird sogar nach wie vor die Anerkennung als angestammte Minderheit verwehrt.

Prof. Dr. ABC macht weiter

Pressemitteilung des Regionskontors, 31.5.2006

Nach dem Erfolg des ersten Versuchs, mit Hilfe des Clowns „Professor Dr. ABC“ Kindergartenkindern im Grenzland die Sprache des jeweiligen Nachbarn näher zu bringen, hat der Regionalrat die Mittel zur Fortsetzung des Projekts im Herbst bereitgestellt (S. GFH 1/2006, S. 69).

Dänische Parlamentariergruppe offiziell zu Gast

Pressemitteilung des SSF, 6.6.2006

Eine achtköpfige Delegation aus dem dänischen Folketing unter Führung des Minderheitenbeauftragten Kim Andersen (Venstre) besuchte sowohl die dänische Minderheit als auch den schleswig-holsteinischen Landtag.

Ein schiefes Dänemark

Flensburg Avis, 7.6.2006

Während Kulturminister Brian Mikkelsen (Kons.) dem Ausbau des grenzüberschreitenden Regionalfernsehens TV 2/Lorry am Öresund eine hohe Priorität einräumt, erhält TV Syd keine zusätzliche Unterstützung für den Ausbau der grenzüberschreitenden Berichterstattung und Zusammenarbeit u. a. mit dem NDR.

Krarups Kampf für die Familie und die dänische Nation

Flensburg Avis, 7.6.2006

Der prominente Folketings-Abgeordnete der Dansk Folkeparti und Pastor, Søren Krarup, sorgte mit seiner Ansprache anlässlich des Grundgesetz-Feiertags in der Heimvolkshochschule Randershof erneut für Aufsehen im Grenzland. So stehe das dänische Grundgesetz für ihn über den Menschenrechten. Eine grundsätzliche Ungleichbehandlung von Dänen und Nichtdänen sei legitim. Die Herabsetzung des Nationalen zugunsten des Internationalen und Globalen durch Hinweise auf allgemein gültige Menschenrechte sei für ihn eine totalitäre Denkweise. Siehe hierzu auch GFH 1/2006, S. 68.

Und nicht vergessen: Ausweis immer dabei!

Der Nordschleswiger (Lokalseite Tingleff),
8.6.2006

Während der Fußball-WM führt die deutsche Grenzpolizei erstmals seit Dänemarks Beitritt zum Schengener Abkommen im März 2001 wieder verstärkt Grenzkontrollen bei der Einreise durch.

Die Strahlkraft der deutschen Nordschleswiger erhalten

Der Nordschleswiger, 8.6.2006

Bei ihrem Besuch in Kollund lobten Landtagspräsident Martin Kayenburg und der Minderheitenbeauftragte des Bundes Christoph Bergner das Engagement der Volksgruppe. Deren Hauptvorsitzender Hans Heinrich Hansen mahnte die deutsche Seite, schnell einen Beschluss über die Zusammensetzung der deutschen

Hälfte im künftigen grenzüberschreitenden Regionsrat zu fassen.

Deutsche Freude über dänische Offenheit

Flensburg Avis, 12.6.2006

Das Jahrestreffen der dänischen Minderheit brachte eine interessante Neuerung. Zum ersten Mal wehte auch eine deutsche Fahne auf dem Festplatz. Nur einige ältere Personen machten in Leserbriefen ihrem Unmut darüber Luft, während es für die allermeisten als Selbstverständlichkeit erschien. Unter vielen bemerkenswerten Reden stach vor allem der Beitrag des dänischen Unterrichtsministers Bertel Haarder hervor, der auf das Unrecht gegenüber vielen Angehörigen der deutschen Minderheit in Nordschleswig ab 1945 hinwies und eine Abkehr von der Schwarz-Weiß-Malerei im öffentlichen Geschichtsbild dieser Zeit forderte. Mette Bock, Chefredakteurin von Jydske Vestkysten, forderte die Minderheit dazu auf, stärker auf die Politik der Mehrheitsbevölkerung auf beiden Seiten der Grenze einzuwirken. Flensburgs Stadtpräsident Hans Hermann Laturnus lobte die Offenheit der dänischen Einrichtungen, die auch vielen anderen offen ständen.

Landessportfest und Minderheiten

Pressemitteilung des Bundes deutscher
Nordschleswiger, 13.6.2006

Im Rahmen des dänischen Landessportfests (Landsstævne) am 30. Juni in Hadersleben haben die Vertreter der deutschen Nordschleswiger, der dänischen Südschleswiger und von Grænseforening gemeinsam einige Veranstaltungen vorbereitet, um auf das Wirken der Minderheiten aufmerksam zu machen.

Deutsch in einer Woche

Pressemitteilung des Regionskontors,
16.6.2006

Nach dem Erfolg der Werbekampagne für mehr Dänisch südlich der Grenze (siehe GFH 1/2006, S. 67) veranstaltet die Projektgruppe unter Koordination des Regionskontors „Sønderjylland-Schleswig“ in der Woche vom 20. bis 24. November eine Sprachenkampagne zur Förderung der deutschen Sprache nördlich der Grenze. Der Projektgruppe gehören u. a. mehrere wichtige Bildungseinrichtungen auf dänischer Seite, die Tourismus-Region und Einrichtungen der deutschen Minderheit an, Schirmherr ist wie bereits bei der dänischen Sprachkampagne Landtagspräsident Martin Kayenburg.

„Kaum zu überbietende Arroganz“

Der Nordschleswiger, 17.6.2006

In ihrem Raumordnungsbericht schreibt die dem Umweltministerium unterstellte

Landesplanungsbehörde in Dänemark, dass eine umfassende Darstellung der deutsch-dänischen Grenzregion und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten zuviel Platz einnehmen würde und dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ohnehin geringer sei als in der Öresundregion.

„Vater unser im Himmel, heiliget blive dit navn“

Der Nordschleswiger, 20.6.2006

Unter dem Motto „Kirche ohne Grenzen“ feierten insgesamt 13 evangelische Kirchengemeinden von beiden Seiten der Grenze einen gemeinsamen Gottesdienst. Dabei predigten auch die beiden Bischöfe Hans-Christian Knuth (Schleswig) und Niels Henrik Arendt (Hadersleben). Die Bauer Kirche war restlos überfüllt.

Übersetzungen und Erläuterungen:
Gerret Liebing Schlaber

Matthias Scharl

Idstedt – Erinnerungsort gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte

Die neue Ausstellung in der Idstedt-Halle



Hrsg. v. Grenzfriedensbund und der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg.
Red. v. Jörn-Peter Leppien u. Matthias Scharl, Flensburg/Schleswig 2006, 32 S., Farb-
umschlag, zahlr. Abb.

Die Sonderpublikation führt einen in zwei Teilen in den Grenzfriedensheften (4/2005 u.
1/2006) erschienenen Aufsatz von Matthias Scharl zu einer Broschüre zusammen. Die
wichtige Publikation wird so auch für die Besucher der Idstedthalle und weitere Interesi-
erte greifbar. Die Broschüre ist bei der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg,
in der Idstedthalle und beim Grenzfriedensbund erhältlich (€ 3,00 + Porto).

WERNER KÜNZEL /
WERNER RELLEKE (Hrsg.)

Geschichte der deutschen Länder

Entwicklung und Tradition vom Mittelalter
bis zur Gegenwart

Münster: Aschendorff Verlag 2005,
448 S., ill.

In der föderativ strukturierten Bundesrepublik sind viele regionale historische Traditionen bis auf den heutigen Tag wirksam. Daher ist es erfreulich, dass nun wiederum eine additive Geschichte der deutschen Länder vorliegt. Gleichsam die Klammer um die Einzelbeiträge bildet die kenntnisreiche Einleitung von Axel Gotthard, der den Anfängen des deutschen Föderalismus, seiner Entwicklung und seinen Problemen im Zeitalter der europäischen Einigung und der Globalisierung nachgeht. Obwohl das Werk fast 450 Seiten umfasst, bleibt für die Darstellung der einzelnen Landesgeschichten nur wenig Platz. Dies nötigte die Verfasser zur durchdachten Reduktion des Stoffes, zu seiner einleuchtenden Strukturierung und nicht zuletzt zu präzisen Informationen. Das ist den Autoren im Allgemeinen auch gelungen. Auf ihre Beiträge im Einzelnen einzugehen ist in dieser Zeitschrift nicht möglich und auch nicht nötig. Wohl aber ist die Darstellung der schleswig-holsteinischen Geschichte, nicht zuletzt auch in ihrer deutsch-dänischen Dimension, vorzustellen.

Ihr Verfasser ist der Historiker Klaus Kellmann. Ihm standen 17 Seiten zur Verfügung. Wie hat er sie genutzt? Eine überlegte Konzeption ist nicht zu erkennen. Er plaudert darauf los, ignoriert zumeist die

Ergebnisse der historischen Forschung und serviert uns zahllose Irrtümer und Fehler, die hier – das sei deutlich gesagt – bei weitem nicht alle genannt werden können. Einige Kostproben mögen genügen:

So heißt es (S. 368), im Jahre 811 habe Karl der Große „im Vertrag mit dem Dänenkönig Harald die Eider als verbindliche Grenze zwischen dem fränkischen und dem dänischen Reich festschreiben“ lassen. In der einschlägigen Quelle, den fränkischen Reichsannalen, ist dagegen zu lesen, dass Karl mit König Hemming Frieden geschlossen habe und dass zu diesem Zweck zwölf Große aus beiden Reichen an der Eider zusammenkamen. Wir entnehmen dieser Nachricht, dass die Eider mit ihren Niederungen als Grenze zwischen beiden Reichen galt. Von einem Hoheitsakt Karls ist nicht die Rede.

Dass mit Haithabu „eine Gründung mit fast allen der römischen Stadtkultur vergleichbaren Errungenschaften vorgenommen war“ (S. 368), kann nur jemand behaupten, der den kulturellen und zivilisatorischen Rang der Römerstädte oder die vergleichsweise primitiven Zustände in Haithabu oder beides nicht kennt.

Die Schauenburger Grafen wurden nicht „mit dem Gebiet zwischen Elbe und Eider“ (S. 369) belehnt, sondern mit Holstein und Stormarn. Dithmarschen, auch zwischen Elbe und Eider gelegen, behielt seine Eigenständigkeit. Herzog Heinrich der Löwe erfährt eine singuläre posthume Ehrung: Der Verf. ernannt ihn zum „Welfenkönig“ (S. 369). Von der Besiedlung der ehemals slawischen Gebiete im heutigen Ostholstein und in Lauenburg, bei der Heinrich der Löwe tatkräftig und wegweisend mitgewirkt hat, erfährt der Leser allerdings

gar nichts und somit auch nichts von deren Folgen.

Zur Wahl König Christians I. von Dänemark zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein in Ripen 1460 weiß der Verf. mitzuteilen: „Für vierhundert Jahre hatten das Königreich Dänemark und Schleswig-Holstein nunmehr in Personalunion denselben Herrscher, gingen ansonsten aber strikt getrennte Wege“ (S. 370). Hierbei handelt es sich um eine deutsche Wunschvorstellung aus dem 19. Jahrhundert. Tatsächlich hatten die Herzogtümer im Gesamtstaat eine mit Dänemark gemeinsame Außenpolitik, auch das Militär war gemeinsam, und für Wirtschaft und Finanzen gab es gemeinsame Behörden in Kopenhagen. Schlimmer wird es auf der folgenden Seite: Christian habe in einer Zusatzvereinbarung „ausdrücklich“ erklären müssen, „dass Dänemark und Schleswig niemals unter einem Herrscher stehen würden...“. Eben das war doch in Ripen vereinbart worden. Wie kommt der Verf. zu einer so widersinnigen Behauptung? Er hat, so scheint es, irgend etwas über die „Constitutio Waldemariana“ aus dem Jahre 1326 gehört oder gelesen, die besagte, dass Schleswig niemals mit Dänemark in der Weise vereinigt sein solle, dass ein Herr sei über beide. Diese Bestimmung wurde in Ripen missachtet. Sie hatte danach keinerlei politische Bedeutung mehr, schon gar nicht, wie der Verf. (S. 371) behauptet, „beim Ausbruch des deutsch-dänischen Krieges 1864“.

„Die Neuzeit beginnt mit einem Paukenschlag“, heißt es zu Beginn des folgenden Abschnitts (S. 371). Den eigentlichen Paukenschlag führt der Verf. freilich selbst aus, und zwar bei der Darstellung des Krieges gegen die Dithmarscher im Jahre 1500. Nicht nur König Johann, sondern auch Herzog Friedrich suchte die „Abtrünnigen“,

wie der Verf. die Dithmarscher unzutreffend nennt, zu unterwerfen. Aber der Verf. sorgt auch für Heiterkeit. Die Dithmarscher, so teilt er mit, seien „nur mit Sensen und Mistgabeln“ bewaffnet gewesen und „der Sage nach“ von einer Frau „De schwarte Griet“ (S. 371) angeführt worden. Die „swarte Greet“, wie es richtig heißen muss, aber war die sagenumwobene Frau König Christophs I. von Dänemark (1252-1259) und stand zu Dithmarschen in keinerlei Beziehung. Der Verf. hat sie wohl mit der „Jungfrau Telse aus Hohenwörhden“ verwechselt. Es verwundert dann auch nicht mehr, dass der Verf. nur König Friedrich II. von Dänemark Dithmarschen 1559 besiegen lässt und die mit ihm verbündeten Herzöge Adolf und Johann den Älteren gar nicht erwähnt.

Diese drei hatten 1544 die Herzogtümer unter sich aufgeteilt. Worum es dabei ging, teilt der Verf. nicht mit. Für ihn sind die Teilungen nichts als „Irrsinn“ (S. 371).

Lassen wir eine stattliche Zahl von Irrtümern aus – so die Behauptung, Peter der Große habe „klipp und klar“ den Bau eines Nord-Ostsee-Kanals gefordert (S. 372) – und begeben uns zum Epochenjahr 1830, das der Verf. nicht nennt. In diesem Jahr veröffentlichte Uwe Jens Lornsen seine Flugschrift – nicht Flugblatt, wie S. 373 zu lesen ist –, „Ueber das Verfassungswerk in (nicht: für) Schleswig-Holstein“. Dass das Herzogtum – nicht Landesteil – Schleswig „mit Holstein vereint dem Deutschen Bund angehören sollte“, hat Lornsen weder 1830 noch in seinem posthum erschienenen Werk über die Unionsverfassung gefordert. Lornsen ist auch nicht „gescheitert“. Immerhin wurden auf seine Flugschrift hin Ständeversammlungen, die Schleswig-Holsteinische Regierung und das Oberappellationsgericht für die drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg errichtet.

Was der Verfasser zur deutsch-dänischen nationalen Auseinandersetzung im 19. Jahrhundert mitteilt, ist mehr als dürftig; nicht einmal den zeitlichen Ablauf hat er wahrgenommen, jedenfalls nicht einleuchtend dargestellt. Dass Schleswig ein in nationaler Hinsicht geteiltes Herzogtum war, wird in diesem Zusammenhang nicht gesagt. So erscheinen denn allein die Dänen, insbesondere „die Fraktion der Eiderdänen“ (S. 375), als diejenigen, die Verträge und Rechte brachen.

Zu den Abstimmungen von 1920 stellt der Verf. fest: „Das alte Herzogtum Schleswig war zum ersten Mal geteilt und der Vertrag von Ripen gebrochen worden...“ (S. 377). Dabei hatte der Verf. doch zuvor von dem „Irrsinn“ der Teilungen des 15. und 16. Jahrhunderts berichtet. Dass aber 1920 der Vertrag von Ripen gebrochen worden sei, vermag nur jemand zu behaupten, dem weder die Vorgänge von 1460 noch die von 1920 geläufig sind.

Gehen wir einen Schritt weiter bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Schon Theodor Steltzer konnte sich – seit dem 23.8.1946 – Ministerpräsident nennen, nicht nur seine Nachfolger (S. 379). Was der Verf. über das starke Anwachsen der dänischen Minderheit – für ihn eine „neudänische Bewegung“ (S. 380) oder auch „Eiderdänen des 20. Jahrhunderts“ (S. 381) – mitteilt, entspricht zum Teil der deutschen nationalpolitischen Polemik der ausgehenden vierziger und beginnenden fünfziger Jahre, besonders wenn er sich zu den Motiven äußert, die einen Schleswiger veranlassen konnten, sich der Minderheit anzuschließen: „Im SSV bekam er Arbeit, Butter und Brot ...“ (S. 381). Von anderen Beweggründen weiß der Verf. nichts zu berichten. Über die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 erfahren wir nur, dass sie das schon in der Kieler Erklä-

rung von 1949 festgelegte Gesinnungsprinzip bekräftigten und dass der SSW von der Fünf-Prozent-Klausel ausgenommen wurde.

Dieser Überblick über die Geschichte Schleswig-Holsteins bietet nur zum Teil verlässliche Informationen und entbehrt vollkommen einer durchdachten, schlüssigen Leitlinie. Er ist durchsetzt von Fehlurteilen und Missverständnissen. Wer historisch-politische Orientierung sucht, möge sich die Lektüre ersparen. Sie lohnt sich nicht.

Manfred Jessen-Klingenberg

Deutsch-dänische Spuren im alten Herzogtum Schleswig

Ein grenzüberschreitendes Schulprojekt / Dansk-tyske spor i det gamle hertugdømme Slesvig

Husum Verlag 2005. 128 S., Ill.

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Bonn-Kopenhagener Erklärung gingen Oberstufenschüler von beiderseits der Grenze auf Spurensuche. An dem Projekt, das der schleswig-holsteinische Landtag initiierte, beteiligten sich die Flensburger Duborg-Skole, das deutsche Gymnasium in Apenrade und die Internatsschule Stiftung Louisenlund. Das Ergebnis ist ein gut zu lesendes und sehr ansprechend gestaltetes kleines Buch mit zahlreichen Abbildungen.

Der Geschichte-Leistungskurs aus Louisenlund stellte Denkmäler und historische Gebäude aus seiner näheren Umgebung zwischen Schleswig und Eckernförde in den Mittelpunkt. In ihrem Beitrag spannen die Schüler den Bogen vom dänischen Statthalter Landgraf Carl von Hessen, der

Ende des 18. Jahrhunderts Louisenlund als Sommerresidenz erbauen ließ, bis zu den preußischen Prachtbauten in Schleswig rund hundert Jahre später. Für die Internatsschüler, die überwiegend nicht aus dem Grenzland stammen, war das Buchprojekt besonders aufschlussreich. „Ich hatte vorher gar nicht gewusst, dass es einen deutsch-dänischen Krieg gab“, sagte einer von ihnen bei der Buchpräsentation.

Die Apenrader wählten einen ähnlichen Ansatz wie die Louisenlunder. Ihren Schwerpunkt legten sie auf Sonderburg und die Umgebung mit den Düppeler Schanzen. In diesem Beitrag kommen die national motivierten Spannungen im alten Herzogtum Schleswig am deutlichsten zum Ausdruck.

Besonders originell ist der Beitrag der Duborg-Skole. Die Schüler erfanden den 15-jährigen Laufburschen Jens Due und begleiteten ihn einen Tag lang durch das Flensburg um das Jahr 1800, ließen ihn beim Anblick der großen Schiffe auf der Förde von einer Westindienfahrt träumen und für Louise, die für ihn unerreichbare Nichte seines Chefs, schwärmen. Für die Fotos von historischen Orten in der Stadt schlüpfte der Achtklässler Joran Blaue in zeitgenössischer Kleidung in die Rolle des Jens Due. Auf diese Weise lösten die Duborg-Schüler elegant ein Problem, das das zugrundeliegende Konzept mit sich bringt: Dass nämlich die historischen „Spuren“ in Form von Bauwerken und Denkmälern viel über Herrscher und Kriege erzählen, aber weniger über den Alltag der ganz normalen Menschen.

An der Redaktion des vom Landtag herausgegebenen Buches wirkten auch Vertreter des Sydslesvigs Forening, des Bunds deutscher Nordschleswiger, des Schleswig-Holsteinischen Heimatbunds

sowie des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages (sh:z) mit. Marie-Alix Herzogin von Schleswig-Holstein war Schirmherrin des Projekts.

Die deutschsprachige Ausgabe des Buches ist vergriffen. Auf Dänisch ist es noch erhältlich.

Ove Jensen

CARSTEN PORSKROG
RASMUSSEN, INGE ADRIANSEN
u. LENNART S. MADSEN (Hrsg.)

De slesvigske hertuger

Apenrade: Historisk Samfund for
Sønderjylland, 2005, 383 S., ill.

Die dänische Geschichtsgesellschaft in Nordschleswig „Historisk Samfund for Sønderjylland“ hat im Jahr 2004 an verschiedenen Orten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze eine Vortragsreihe über die Herzöge von Schleswig durchgeführt. In dem vorliegenden Band sind die Vorträge in überarbeiteter Form veröffentlicht worden. Nach einer Einleitung von Carsten Porskrog Rasmussen (S. 11-22), die die Geschichte der Herzöge von Schleswig in ihren historischen Kontext einordnet und die im Wesentlichen die Grundlage der deutschsprachigen Zusammenfassung (S. 335-346) bildet, stellen sieben Autoren alle Herzogshäuser und -linien in zwölf Kapiteln vor. Dabei werden sowohl die regierenden Herzöge berücksichtigt als auch die so genannten Abgeteilten Herzöge und die titulären Herzöge, die keine Gebiete erben, aber erberechtigt waren, wenn andere Herzogslinien ausstarben. Die Beiträge behandeln folglich Abel und seine Nachkommen – in deren Zeit die Herzöge noch als Herzöge von Jütland bzw. Südjüt-

land bezeichnet wurden – und die Herzöge aus dem holsteinischen Grafenhaus Schauenburg (S. 23-51), die dänischen Könige als Herzöge von Schleswig (S. 53-85), den späteren König Christian III. und Johann den Älteren in Hadersleben (S. 87-117), die Gottorfer (S. 119-155), Johann den Jüngeren (S. 157-183) und schließlich dessen zahlreiche Nachkommen, nämlich die Herzöge von Sonderburg (S. 185-197), die Herzöge von Ærø (S. 199-209), die Herzöge von Norburg (S. 211-223), die ältere Linie der Herzöge von Glücksburg (S. 225-245) sowie die nicht als Territorialfürsten auftretenden Herzöge von Augustenburg (S. 265-299) und Beck, aus deren Mitte später die jüngere Linie der Glücksbürger hervorging (S. 301-330). Dass auch den Herzögen von Plön ein Beitrag gewidmet wurde (S. 247-263), erklären die Herausgeber mit dem Sachverhalt, dass die Herzöge von Plön als Nachkommen Johanns des Jüngeren auch den Titel „Herzog von Schleswig“ führten. Dieser Beitrag zählte allerdings nicht zur Vortragsreihe.

In den meisten Fällen sind die Beiträge mit einem ausführlichen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat ausgestattet, der bisweilen auch die Auswertung neuester Literatur und von Archivalien nachweist. 16 Karten, 16 Stammtafeln und fast 200 zumeist farbige Abbildungen, die angemessen erläutert werden, ergänzen und veranschaulichen den Text. Eingefügt in den laufenden Text sind – auch drucktechnisch hervorgehoben – kleinere Exkurse, die den Blick auf größere Zusammenhänge erweitern (z. B. eine kommentierte Übersicht der Kriege, die von Bedeutung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein waren) oder das Verständnis einzelner Aspekte vertiefen (z. B. werden die unterschiedlichen Titel, die für die Kinder der

Herzöge gebraucht wurden, kurz erläutert und in den jeweiligen zeitlichen Kontext eingeordnet). Einen schnellen Zugriff auf bestimmte Personen, Orte oder Themen ermöglicht ein Register, das allerdings machmal seine Tücken hat. So wird die alphabetische Reihenfolge (vor allem bei Personennamen) nicht immer eingehalten – wobei keineswegs die Buchstaben Æ, Ø und Å gemeint sind, die im Dänischen üblicherweise nach dem Z eingeordnet werden. Die vorgefundene alphabetische Sortierung stellt zwar kein gravierendes Problem dar, da der Leser mit ein wenig Geduld unter dem jeweiligen Hauptbuchstaben alles Indizierte finden wird. Aber ein (weiterer) redaktioneller Korrekturdurchgang hätte dem Register gut getan, zumal so auch weitere kleine Unstimmigkeiten, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll, zu vermeiden gewesen wären. Eine Veröffentlichung, die alle Herzogshäuser und -linien von Schleswig in einem Band behandelt, kann wegen der Bandbreite des Themas nicht mehr als eine Einführung in die Thematik leisten. So verwundert es auch nicht, dass sich die Beiträge auf die Darstellung der politischen Geschichte der Herzöge, auf die biographischen Aspekte und bei den nicht regierenden Herzögen auch auf die finanzielle Situation der Familien konzentrieren. Um bei all den Herzögen vom Mittelalter bis in die Gegenwart den Überblick zu behalten, sind die Stammtafeln und die Karten, auf denen die unterschiedlichen Herrschaftsräume und der Gutsbesitz dargestellt werden, wertvolle Hilfsmittel. Allerdings erschließen sich dem Betrachter die Karten 9-12, 14 und 16 nicht immer auf Anhieb, da die eingezeichneten Verwaltungsgrenzen nicht benannt werden und eine farbliche Unterscheidung von Land und Wasser fehlt, was mitunter die Orien-

tierung erschwert. Im Bereich der Schlei oder der Flensburger Förde erweisen sich die eingezeichneten Verwaltungsgrenzen sogar als kontraproduktiv, da sie die Orientierung eher behindern, als dass sie etwas verdeutlichen.

Diese kleinen Unzulänglichkeiten sind jedoch nur Bagatellen und vermögen den Gesamteindruck nicht einzuschränken, dass hier ein kompaktes und anschauliches Überblickswerk erarbeitet wurde, das auch inhaltlich überzeugt. Der Band setzt sich auch kritisch mit der nationalen Geschichtsschreibung auseinander, die die Herzöge (vor allem die in Dänemark traditionell als Verräter betrachteten Gottorfer und Augustenburger) lange in ein sehr einseitiges Licht gestellt hatte. Der besondere Wert des Bandes ist sicherlich darin zu sehen, dass es bisher keine Gesamtdarstellung über alle Herzogshäuser und -linien gegeben hat. Fast die Hälfte des Buches widmet sich dabei den Nebenlinien, über die in der deutschsprachigen Geschichtsschreibung bisher kaum etwas zu erfahren ist. Insofern ist der Band ein wichtiger Beitrag zur Geschichte des Herzogtums Schleswigs – aber auch zur Geschichte des Herzogtums Holstein –, zu dessen Veröffentlichung den Beteiligten nur gratuliert werden kann.

Lars E. Worgull

UWE DANKER, ASTRID SCHWABE

Schleswig-Holstein und der
Nationalsozialismus

Neumünster, Wachholtz Verlag 2005,
224 S. III.

Das Institut für Schleswig-Holsteinische
Zeit- und Regionalgeschichte an der Uni-

versität Flensburg hat seit seiner Gründung im Jahre 1992 eine Reihe Studien zur Geschichte Schleswig-Holsteins im Nationalsozialismus herausgegeben. Nun ist unter der Redaktion von Uwe Danker und Astrid Schwabe eine Gesamtdarstellung zu diesem Thema als „Handbuch – Lehrbuch – Lesebuch“ entstanden, unter Mitarbeit von über 20 Akteuren von jungen Studierenden, Doktoranden bis zu bestallten Wissenschaftlern.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. In ansprechendem Layout und leicht zugänglichem Text schildert das Buch in sieben Kapiteln Vorgeschichte, Machtübernahme, Ideologie und Praxis, Verfolgung, Krieg und Nachgeschichte. Die einzelnen Kapitel sind im Spaltentext geschrieben, mit zahlreichen Abbildungen ausgestattet und mit Beispielsgeschichten ergänzt. In den ersten beiden Kapiteln, „Der gescheiterte Versuch“ und „Der Weg zum neuen Staat“, schildern die Autoren das Scheitern der Weimarer Republik gerade auch in Schleswig-Holstein, wo zur Nationalversammlungswahl 1919 die demokratischen Parteien noch eine überzeugende Mehrheit der Stimmen erhalten hatten, während später die Rechtspartei DNVP und ab 1930 die NSDAP insbesondere auf Kosten der liberalen Parteien, aber auch der SPD dominierten. Anhand von Beispielen aus der „Provinz“ werden der Aufstieg der NSDAP und ihre Methoden der Einschüchterung und des militanten Machtkampfes aufgezeigt. Das Kapitel „Volksgemeinschaft“ schildert die Methode der Stabilisierung der Diktatur durch Stilisierung einer Gemeinschaft einerseits sowie durch Ausgrenzung von Teilen der Gesellschaft andererseits. Im Kapitel „Der schöne Schein“ werden die scheinbaren Erfolge des neuen Regimes analysiert und als Illusion entlarvt. Das

Kapitel „Ausmerzungen der Andersartigen und Gemeinschaftsfremden“ wendet sich dem Thema Verfolgung zu und zeigt, wie weit nazistisches Gedankengut in die Gesellschaft hineingetragen werden konnte. Das Kapitel „Kampf an der ‚Heimatfront‘ und Dienst im ‚Ostland‘“ behandelt die Kriegszeit im Lande und auch den Einsatz schleswig-holsteinischer Beamter bei den Rassenverfolgungen im besetzten Osteuropa. Das Kapitel „Nachkriegsgeschichte“ behandelt zum Schluss den Neubeginn nach 1945, der jedoch von Kontinuitäten und mangelhafter Verarbeitung des Nationalsozialismus gekennzeichnet war.

Der hohe Anspruch der Autoren, gleichzeitig ein Handbuch, Lehrbuch und Lesebuch erstellt zu haben, wurde erreicht. Wechselwirkungen zwischen der Reichsebene und der Provinz durchziehen die Behandlung des Stoffes, ohne die Struktur zu stören. Hierdurch wird die Zeit des Nationalsozialismus sowohl im Großen als auch im Kleinen anschaulich vermittelt. Die wissenschaftliche Historie verfließt mit der erzählten Geschichte. Dies macht das vorliegende Buch so ansprechend, ohne dass die Fachlichkeit darunter leidet. Es gelang den Autoren und der Redaktion größtenteils auch, ein Buch ohne pädagogisch-moralischen Zeigefinger zu schreiben. Dennoch ergreifen sie Partei: Die Rolle Schleswig-Holsteins als frühe nationalsozialistische Hochburg wird kritisch hervorgehoben und an den Pranger gestellt. Am Beispiel der „Volksabstimmungen“ 1933-1938, in denen die Anzahl der Nein-Stimmen in Schleswig-Holstein über dem Reichsdurchschnitt liegt, wird historische Interpretation thematisiert. Die Herausgeber pointieren die hohe Zustimmung zum Regime, erklären aber auch, dass andere die 10-15 Prozent Nein-Stimmen der Abstimmungen 1933-34 mit guten

Gründen als Ausdruck für die Machthaber enttäuschenden Dissens werten. Auch an einigen wenigen anderen Stellen wird die breite historische Forschung zum Thema kurz referiert. Dies hätte nach Meinung des Rezensenten durchaus etwas intensiver geschehen können, aber vielleicht scheuten die Verfasser eine Ermüdung der Leser mit historischen Fachdiskussionen.

Das Buch wird durch ein an den Kapiteln orientiertes thematisches und ein allgemeines Literaturverzeichnis und ein Orts- sowie Personenregister abgeschlossen. Eine weite Verbreitung in den Schulen nicht nur Schleswig-Holsteins und natürlich auch beim breiten Publikum ist wünschenswert!

Martin Klatt

HANSJÖRG BUSS / ANNETTE
GÖHRES / STEPHAN LINCK /
JOACHIM LISS-WALTHER (Hrsg.)

„Eine Chronik gemischter Gefühle“

Bilanz der Wanderausstellung „Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933-1945“

Bremen: Edition Temmen, 2005, 349 S., Ill.

„Es ist höchste Zeit, die Geschichte der Kirche jener Jahre kritisch darzustellen.“ – „Welch entsetzliche Irrwege wird die Menschheit noch gehen? Ich bin tief erschüttert, wie blind wir waren.“ – „Nun fehlt noch eine Dokumentation über ‚die 2. Schuld‘.“ Drei Stimmen aus den Dialogbüchern der von der Nordelbischen Kirche initiierten Wanderausstellung „Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933-1945“, die in der Zeit von 2001 bis 2005 in 25 Kirchenkreisen gezeigt worden ist. Angesichts der Dokumente, die die deut-

liche Nähe großer Teile der Kirche zur Politik des NS-Terrorregimes belegten, waren nicht wenige der insgesamt 60000 Ausstellungsbesucher erschreckt und entsetzt; auch Gefühle von Scham und Trauer wurden in den Besucherbüchern zum Ausdruck gebracht. Viele Menschen sahen sich erstmals mit dieser bitteren Thematik konfrontiert.

Die Ausstellung und ihr ebenfalls vielbeachteter Begleitband „Als Jesus ‚arisch‘ wurde“ (GFH 3/2003, S. 225) beleuchteten exemplarisch die unheilvolle Verstrickung der Kirche und ihrer Repräsentanten und hoben Opfer, Mitläufer und Täter aus der Anonymität heraus. Kernstück der regionalen Verankerung der längst überfälligen Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Kirchengeschichte waren die sogenannten „Lokalen Fenster“, durch die die Wanderausstellung an den jeweiligen Standorten ergänzt und bereichert wurde. Es waren vor allem Laienforscher, die sich in den einzelnen Kirchenkreisen in den Dienst dieser Aufgabe gestellt hatten. Sie recherchierten vor Ort und stießen dabei auch auf manche „braune Flecken“, die bisher – aus Scham oder gar Rücksichtnahme – zugedeckt worden waren. Jetzt kamen sie endlich ans Tageslicht und sorgten für eine offensive öffentliche Auseinandersetzung, die nicht immer frei war von Emotionen und Verletzungen.

Den „Lokalen Fenstern“ und den von ihnen ausgelösten Debatten ist schwerpunktmäßig der Folgeband gewidmet, den Hansjörg Buss, Annette Göhres, Stephan Linck und Joachim Liß-Walther vorgelegt haben. Bei dem Haupttitel des Buches, „Eine Chronik gemischter Gefühle“, bezogen sich die Herausgeber auf die emotionalen Irritationen eines Forschers bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Pastoren, die für ihn persönlich eine große Bedeutung

hatten. Entstanden ist ein umfang- und materialreiches Lese- und Studierbuch sehr unterschiedlicher Aufsätze, aber alle voller Geschichte und Geschichten. Mehrere Beiträge von Lokalforschern sind geprägt von dem Charakter des Vorläufigen, dem einer Zwischenbilanz, und können als Aufforderung an sich selbst und andere verstanden werden, in dem Bemühen, die Zeitgeschichte der Kirche auch auf lokaler und regionaler Ebene weiter auszuleuchten, nicht nachzulassen.

Bernd Philippsen

JØRGEN KÜHL (Hrsg.)

København-Bonn Erklæringerne 1955-2005

De dansk-tyske mindretalserklæringers baggrund, tilblivelse og virkning

Aabenraa: Institut for Grænseregionsforskning, 2005. 668 S., ill.

Der Sammelband anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Bonn-Kopenhagener Erklärungen beleuchtet deren Hintergrund, Entstehung und Wirkungsgeschichte bis heute in elf Beiträgen von dänischen und deutschen Forschern aus der Grenzregion. Das Werk wendet sich an ein breites Publikum und ist in einer dem Thema angemessenen, aber dennoch leicht lesbaren Sprache verfasst.

Unter dem Titel „Milepæl og pejlemærke – København-Bonn erklæringerne 1955-2005“ (Meilenstein und Peilmarke – Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955-2005) gibt Jørgen Kühl eine generelle Einführung über das „Grundgesetz des Grenzlandes“, bei dem es sich nicht um einen Vertrag, sondern um einseitige,

parallele und beinahe identische Regierungserklärungen handelt. Kühl zufolge liegt die Bedeutung für die Lösung der Minderheitenfrage im deutsch-dänischen Grenzland weniger im exakten Wortlaut der Erklärungen als vielmehr im ihnen zugeschriebenen Geist.

Der Beitrag von Frank Lubowitz „Fortidens skygger: Mindretallene 1920-1945“ (Die Schatten der Vergangenheit: Die Minderheiten 1920-1945) behandelt eine Zeit der Abgrenzungen und Gegensätze im Grenzland. Er schildert die Entwicklung der Minderheiten von der neuen Grenzziehung 1920 bis zum Zusammenbruch des Dritten Reichs 1945. Da Hitler an einem entspannten Verhältnis zu Dänemark gelegen war, ließ man den dänischen Südschleswigern vergleichsweise viele Rechte, dem jedoch ein erhöhter Druck im privaten, wirtschaftlichen und sozialen Bereich entgegenstand. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig geriet immer stärker in den Sog des Nationalsozialismus und hoffte auf eine neue Grenzverschiebung. Nur der oppositionelle Haderslebener Kreis gab 1943 eine Loyalitätserklärung gegenüber Dänemark ab, die 1945 zur Grundlage für den Neuanfang wurde. Zunächst aber kam es zur Abrechnung mit der Minderheit. Das Verhältnis von Dänen und Deutschen hatte das Gleichgewicht verloren.

Hans Schultz Hansen und Henrik Skov Kristensen zeigen in ihrem Beitrag, wie diese Abrechnung zusammen mit der Besatzungszeit wie ein Schatten über dem Verhältnis von „Mindretal og flertal i Nordslesvig 1945-55“ (Minderheit und Mehrheit in Nordschleswig 1945-1955) lag. In ihrer Darstellung konzentrieren sie sich auf vier punktuelle Studien, in die sie bislang ungedrucktes Quellenmaterial einbeziehen. Die harte Behandlung der Gefangenen im Fårhuslager ist Hansen und Kristensen

zufolge primär auf die aufgestauten Emotionen nach fünf Jahren Besatzungszeit zurückzuführen.

In „Sydslesvig og grænsen 1945-1955“ (Südschleswig und die Grenze 1945-1955) beschreibt Martin Klatt die Entwicklung südlich der Grenze im Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs. In Dänemark hatte Staatsminister Vilhelm Buhl am 9. Mai 1945 die berühmten Worte „Die Regierung, die auf dem Boden des nationalen Selbstbestimmungsrechts steht, ist der Auffassung, dass die Grenze festliegt“ gesprochen. Am gleichen Tag hatte der „Fællesråd“ der dänischen Minderheit einstimmig gefordert, Südschleswig ohne Abstimmung oder irgendeine Form der Autonomie nach Dänemark einzugliedern. In dieser Perspektive erscheint nicht die Aussage „die Grenze liegt fest“ als das zentrale Element von Buhls Rede, sondern vielmehr das Bekenntnis zum Recht auf Selbstbestimmung und die Ablehnung einer einfachen Annexion. Die schleswig-holsteinische Landesregierung wiederum betrachtete den Zuwachs des südschleswigischen Dänentums als unnatürlich und wollte die Minderheitenfrage auf Grundlage einer Loyalitätserklärung und eines bilateralen Vertrages lösen.

Für die dänische Politik indes waren vertragliche Bindungen mit dem großen Nachbarn im Süden seit der Niederlage von 1864 unerwünscht, wie Jørgen Witte in seinem Beitrag über den staatspolitischen Hintergrund für die Bonn-Kopenhagener Erklärungen verdeutlicht. Deutsche Mächte sollten nicht das Recht erhalten, sich in Dänemarks innere Angelegenheiten einzumischen. Daher beharrte die dänische Regierung formell auf dem Standpunkt, dass aus den Verhandlungen mit der Bundesrepublik kein Vertrag entstehen durfte, aber „real war das Resultat ein Vertrag, betrach-

tet man die Vorgehensweise, die Form und den Inhalt“, so Witte (S. 265).

In seinem Beitrag über „Det tyske mindretal 1955-2005“ (Die deutsche Minderheit 1955-2005) weist Frank Lubowitz darauf hin, dass die Minderheit, die 1945 die grenzrevisionistischen Ziele ad acta legen musste, nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen eine neue Position als Brückenbauer zwischen Dänen und Deutschen suchte. „Nur auf diese Weise war es möglich, das schleswigsche Konfliktgebiet im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu jenem Modell für friedliche Koexistenz zwischen der Minderheiten- und der Mehrheitsbevölkerung zu entwickeln, das oft zitiert wird.“ (S. 272-73).

Lars Henningsens Beitrag über „Det danske mindretal 1955-2005“ (Die dänische Minderheit 1955-2005) schildert den langen, schweren Weg zu einem friedlichen Zusammenleben zwischen der Mehrheit und der Minderheit südlich der Grenze. Nach einer Periode nicht ohne Rückschläge begann 1983 eine positivere Phase, in der die Minderheit immer stärker mit deutschen Vereinen zusammenarbeitete. Im Takt mit knapperen öffentlichen Finanzen nach der deutschen Wiedervereinigung wurde es allerdings immer problematischer für die Minderheit, „dass ihre reelle Gleichstellung von ‚freiwilligen Leistungen‘ der Kommunen abhängig wurde.“ (S. 309).

Im Beitrag „Realiteter og rettigheder inden for sprog og identitet“ (Realität und Recht im Bereich von Sprache und Identität) erläutert Karen Margrethe Pedersen basierend auf der Theorie zweier verschiedener Sprachverständnisse die Rolle der Erklärungen für die sprachliche Situation der Minderheiten und die Identität ihrer Mitglieder. Einer national-romantischen Vorstellung zufolge, wie sie in den euro-

päischen Nationalstaaten für 200 Jahre dominierte, ist die Nationalsprache ein zentrales Merkmal nationaler Identität. Dialekte und Mehrsprachigkeit mussten der standardisierten Nationalsprache weichen. In den westeuropäischen Ländern war der Sprachnationalismus am stärksten verbreitet, während weltweit ein pluralistisches Sprachverständnis vorherrsche, bei dem Zweisprachigkeit oder eine Vielfalt aus Dialekten, Regionalsprachen und der Standardsprache hohes Gewicht haben. (S. 342). Pedersen zeichnet ein nuanciertes Bild des Sprachgebrauchs im Grenzland. Sie sieht hier ein Modell für ein interkulturelles Europa, das auf Sprachpluralismus, kulturellem Pluralismus und gemeinsamen Spielregeln basiert.

Es folgt Thomas Steensens Beitrag über „Nordfrieserne mellem Kiel, Bonn, København, Berlin og Strasbourg“ (Die Nordfriesen zwischen Kiel, Bonn, Kopenhagen, Berlin und Straßburg). Die Bonner Erklärung führte dazu, dass der Landtag die Kieler Erklärung von 1949 aufhob, die eine so genannte „Friesenklausel“ enthielt. Aus friesischer Perspektive stellt 1955 daher einen Tiefpunkt dar. Den schleswig-holsteinischen Landespolitikern fehlte der Wille, den Friesen die Rechte einer selbständigen Gruppe zugestehen, und die Uneinigkeit der friesischen Organisationen erleichterte ihnen diese Haltung. Erst 1990 wurde die friesische Volksgruppe auf verpflichtende Weise in der Verfassung Schleswig-Holsteins erwähnt.

Der vorletzte Beitrag betrachtet die Funktion der nationalen Minderheiten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 1945-2005. Martin Klatt schildert die historische Entwicklung der Kooperation von der hermetisch geschlossenen Grenze 1945 bis zur Errichtung der Region Sønderjylland/Schleswig 1997. Im Licht der Bonn-

Kopenhagener Erklärungen untersucht er die Rolle der Minderheiten als Akteure und Subjekte dieses Prozesses. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig – nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst traumatisiert – gelangte bald zu einer positiven Einstellung zur europäischen Integration. Die dänische Minderheit in Südschleswig sah grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Integration hingegen skeptischer. Die Grenze empfand man als Schutz für Dänemark und die dänische Kultur. Allerdings beteiligten sich dänischgesinnte Südschleswiger aktiv daran, Möglichkeiten für grenzüberschreitende politische Kontakte zu öffnen. Seit Karl Otto Meyer 1996 den schleswig-holsteinischen Landtag nach 25 Jahren als SSW-Abgeordneter verließ, ist der Widerstand der Minderheit gegen die europäische Integration geringer geworden. „Danach hat sich ganz ruhig eine Zusammenarbeit entwickelt, bei der man weder an der deutsch-dänischen Grenze rüttelte, noch eine besondere transnationale schleswigsch-sönderjütische Identität entwickelte“, schreibt Klatt (S. 439). Mit dem gewichtigen Beitrag „En selvopfyldende profeti?“ (Eine selbsterfüllende Prophezeiung) schließt Jørgen Kühl den Band mit einer umfassenden Darstellung der Wirkungsgeschichte der Erklärungen in den Jahren 1955-2005. Neben der Betrachtung der Verhältnisse, die die Bonn-Kopenhagener Erklärungen zu einer Erfolgsgeschichte werden ließen, beschäftigt sich Kühl auch mit der Bewertung, die der Europarat zur aktuellen Situation im Grenzland 2001-04 abgegeben hat. Und dessen ehrenvolles Prädikat „Botschafter des Verstehens“ könnte man ebenfalls der vorliegenden Aufsatzsammlung verleihen, die abschließend mit einer Chronologie der Nationalitätenfrage im Grenzland 1815-2005 versehen wurde. (S. 613-44). Das

Buch stellt die Entwicklung des Grenzlandes von unterschiedlichen Standpunkten aus dar, zwingt zum Nachdenken und fördert so den Dialog, der die Voraussetzung für eine mehrkulturelle Koexistenz im geteilten Sønderjylland/Schleswig schafft.

Jan Wittrup

Übersetzung: Benjamin Lassive

THOMAS STEENSEN

Im Zeichen einer neuen Zeit

Nordfriesland 1800 bis 1918

Bräist/Bredstedt: Nordfriisk Instituut 2005.
224 S., Ill. (Geschichte Nordfrieslands, T. 4)
ISBN 3-88007-330-9. 19,80 Euro

Als der Rezensent die zweite Auflage der „Geschichte Nordfrieslands“ (siehe Grenzfriedenshefte 1997, S. 138-142, hier bes. S. 142) besprochen hatte, wünschte er sich, dass bis zu einer Neuauflage nicht allzu viel Zeit verstreichen möge. Der Wunsch ist in Erfüllung gegangen: Mit vorliegendem Band ist nun die dritte und völlig neu bearbeitete Auflage im Erscheinen begriffen. Bis 2008 sollen alle sieben Teile (vier sind bereits erschienen) vollständig vorliegen.

Der vorliegende Band behandelt die Zeit von 1800 bis 1918, also eine Periode, in der Nordfriesland nach der Blütezeit des 18. Jahrhunderts zunächst eine schwere wirtschaftliche Krise durchstehen musste – eine Folge des für den dänischen Gesamtstaat verhängnisvollen Verlaufs der Napoleonischen Kriege: Kontinentalsperre und Staatsbankrott mögen als Stichworte dienen. Mit dem Aufkommen des Fremdenverkehrs (Wyk auf Föhr ist seit 1819

Seebad) begann ein langsamer wirtschaftlicher Wiederaufstieg.

Die Anfänge der schleswig-holsteinischen Bewegung mit dem Auftreten des Sylters Uwe Jens Lornsen markieren für die politische und geistige Geschichte Nordfrieslands eine Wende: Man begann sich der nationalen (das Wort sei hier erlaubt) Eigenart gegenüber Deutschen und Dänen bewusst zu werden; eine nordfriesische Bewegung setzte ein. Jap Peter Hansen, Bende Bendsen, Christian Feddersen, Lorenz Friedrich Mechlenburg, Knut Jungbohn Clement seien hier als Repräsentanten der frühen friesischen Bewegung genannt. Auch der romantische Revolutionär (oder revolutionäre Romantiker) Harro Haring gehört in diesen Zusammenhang.

Die Revolution von 1848 und die anschließende dänische Zwangsherrschaft führten endgültig zur Entfremdung der Nordfriesen von Dänemark. Der Anschluss an Preußen und das neue deutsche Reich wurde aber zunächst durchaus kritisch gesehen. Der nun einsetzende wirtschaftliche Aufschwung mit verstärkt einsetzendem Fremdenverkehr führte zu völlig neuen Lebensbedingungen und wurde als Bedrohung der nordfriesischen Stammeseigenart empfunden und führte zu einem Wiederaufleben der Bemühungen um Erhaltung der Sprache und Volkskultur. Der Sylter Christian Peter Hansen ist hier ein typisches Beispiel: Einerseits beklagte er den Verlust alter Sitten und Gebräuche, andererseits suchte er durch seine Sammlungen aber auch den Gast zu erreichen, der auf Sylt in der „Sommerfrische“ war und etwas geboten haben wollte. Dem Fremdenverkehr verdankte Nordfriesland, besonders die Inseln, denn auch den wirtschaftlichen Aufschwung um 1900. – 1879 wurde der erste Friesenverein in Niebüll-

Deezbüll gegründet, 1902 entstand der „Nordfriesische Verein für Heimatkunde und Heimatliebe“ als Verein für ganz Nordfriesland.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 endet der vorliegende Band. Ein reichhaltiges Literaturverzeichnis am Schluss lässt keine Wünsche offen. Ein Register fehlt leider – ebenso wie in den beiden ersten Auflagen.

Steensen hat für die vorliegende Neuausgabe Teile des Buches völlig neu geschrieben, was bei neuen Forschungsergebnissen ja auch sinnvoll ist. Auch die reichhaltige Bebilderung wurde teilweise erneuert. Allerdings sind einige Bilder in den Randleisten so verkleinert wiedergegeben, dass es manchmal schwer fällt, etwas zu erkennen. Da hätte man sich vielleicht auch andere Wege ausdenken können.

Schließlich noch ein kurzes Wort zu der Neuauflage selbst: Die Aufteilung der Materie in mehrere Einzelbände mag durch die Ausstattung (Paperback statt Hardcover) berechtigt sein, auch wollte man dadurch die Kosten senken. So ganz befriedigt sie den Rezensenten aber doch nicht. Addiert man die Preise für die Einzelbände und vergleicht sie mit dem Preis für den Band der ersten bzw. zweiten Auflage (98 DM, also ca. 50 Euro), kommt man zu annähernd identischen Ergebnissen. Hätte man da nicht den großen Wurf wagen können und eine Neubearbeitung des Gesamtwerks in einem Guss vorlegen können?

Christian Andersen

FRANK LUBOWITZ (Hrsg.)

100 Jahre Nordschleswiger Volkshochschulverein 1905-2005

Festschrift hrsg. v. Frank Lubowitz im Auftrag des Volkshochschulvereins Nordschleswig und der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, Apenrade 2005. 314 S. (Zugleich Heft 80, Jahrgang 2005 der Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig).

Das Buch enthält eine Reihe von Aufsätzen und Zeitzeugnissen über die Volkshochschule für Mädchen von 1905-1945 und über die Deutsche Nachschule Tingleff von 1951 bis heute. Beide Hauptteile bestehen aus einem historischen bzw. allgemeinen Überblick und einer Sammlung von Erinnerungen einiger Kursteilnehmerinnen und Zeitzeugen. Auf diese Weise wirkt diese Sammlung von Aufsätzen zugleich sachlich-informativ und persönlich.

Der erste Teil wird von einem Aufsatz des Herausgebers eingeleitet, in dem die historischen Umstände informativ dargelegt werden, die die Gründung des Volkshochschulvereins für junge Mädchen vom Lande notwendig erschienen ließ. Die führenden Personen werden hervorgehoben, die Leiterinnen vorgestellt und der Lehrplan und der Tagesablauf erläutert. Auch der Bau einer weiteren Volkshochschule für junge Männer in Norburg wird vorgestellt. Diese ergänzte 1911-20 die Volkshochschule in Tingleff. Nach der Grenzabstimmung erreichte die Schule in Tingleff 1932 die Anerkennung nach dänischem Gesetz. Auch die Zeit des Nationalsozialismus und der Besetzung Dänemarks und ihre Auswirkungen auf die Schule werden kurz, aber ausreichend erläutert. Die Schule wurde nach Einquartierungen und Benut-

zung als Stabshauptquartier und Feldlazarett 1945 offiziell beschlagnahmt und geschlossen.

Dieser sehr klare und auch für einen nicht unmittelbar Involvierten interessant zu lesende Artikel wird durch einen kurzen Abriss zur Architektur der beiden Häuser in Tingleff bzw. Norburg ergänzt. Dort werden beide Gebäude in einen historischen Zusammenhang gestellt und die Bedeutung für die Entwicklung eines architektonischen Stils im Grenzland und Schleswig-Holstein hervorgehoben.

Anschließend folgen 24 Seiten Erinnerungen von Schülerinnen der ersten Jahrzehnte. Natürlich ist dies am interessantesten für Personen mit Anknüpfung an die Schule oder an die dort erwähnten Personen, aber man bekommt durch diese authentischen Berichte auch einen Einblick in ein Stück Frauengeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der ja die Berufsausbildung von Frauen nicht die höchste Priorität hatte.

Der zweite Teil, der die Zeit der Nachschule in Tingleff zum Zentrum hat, ist etwas länger und detailreicher als der erste Teil. Außer den Erinnerungen der ehemaligen Schüler und Schülerinnen gibt es nicht weniger als 12 Aufsätze zu den Hintergründen und Gegebenheiten, die hier nicht alle gewürdigt werden können. Aber auf diese Weise erhält man ein sehr lebendiges, detailreiches Bild aus über 50 Jahren Nachschul-Arbeit. Aus meiner Sicht besonders hervorzuheben ist ein Rückblick von Meta Koopmann, der Frau des langjährigen Schulvorstehers Paul Koopmann, die auch eine Rede ihres Mannes zum 25-jährigen Bestehen der Schule bearbeitet hat. Der Bericht der langjährigen Hauswirtschafterin Gertrud Carstens sei an dieser Stelle ebenfalls hervorgehoben. Diese beiden Frauen verstehen es, ein

eindringliches Bild von den Freuden und Schwierigkeiten des Alltages zu zeichnen. Ähnlich verhält es sich mit einem kleinen Bericht am Ende des Buches, wie die Lehrerin Ingrid Berndsen zu ihrer Stellung in Tinglegg kam.

An die Tradition der Land- und Hauswirtschaft wurde nach 1951 auch wieder angeknüpft, wie der Artikel von Philipp Iwersen darlegt. Derselbe Autor gibt zusammen mit Heiner Clausen in einem weiteren Artikel einen guten Überblick über die Entwicklung der Schule „im ständigen Wandel“. Bendix Brodersen als aktueller Schulleiter gibt einen interessanten Zustandsbericht und Ausblick.

Die Erlebnisberichte ehemaliger Schüler nehmen in diesem Teil 65 Seiten in Anspruch und spiegeln die veränderten Schülergruppen und Anforderungen der Schule wider.

Der zweite Teil und damit das Buch werden durch Aufsätze aus dem Ehemaligenvorstand und Berichten von Lehrern abgeschlossen. Dies wirkt ein bisschen zufällig, zumal Berichte aus dem Ehemaligenvorstand eben auch Berichte von ehemaligen Schülern sind. Abschließend werden die Mitarbeiter der Volkshochschule und Nachschule sowie Vorstandsmitglieder des Volkshochschullevereins in einer chronologischen Liste zusammengefasst. An dieser Stelle hätte man noch einen chronologischen Überblick über die verschiedenen Phasen der Schularbeit und Häuser der Schulen geben können. Die-

se Informationen stehen zwar in den verschiedenen Texten, aber doch ziemlich verstreut.

Für Außenstehende ist ebenfalls die Verwendung der verschiedenen Begriffe der einzelnen Schulformen etwas verwirrend, da z. B. der Volkshochschulbetrieb der Jahre 1905-45 nicht zu der allgemein üblichen Vorstellung der „Volkshochschule“ passt, sondern von dem Begriff „Heimvolkshochschule“ besser abgedeckt wird. Auch das Konzept einer Nachschule dürfte außerhalb des Grenzlandes, wo man die dänische „Efterskole“ kennt, kaum bekannt sein. Die Begriffsverwirrung ist perfekt, wenn dann auch noch im Hinblick auf die dänische Gesetzgebung in Bezug auf freie Schulen „Den Internationale Højskole“ mit „Internationale Hochschule“ übersetzt wird. Hochschulen und Universitäten sind nun etwas ganz anderes als Nachschulen und Heimvolkshochschulen.

Abschließend kann man sagen, dass das Buch ein sehr gutes Abbild von den Schwierigkeiten und Erfolgen dieses einzigartigen Schulprojekts gibt und damit auch ein interessantes Stück Grenzlandgeschichte bietet. Die Schule hat im Laufe ihrer Geschichte immer auf die verschiedenen Gegebenheiten und gesetzmäßigen Grundlagen Rücksicht nehmen und sich anpassen müssen und hat es dennoch geschafft, im Spannungsfeld zwischen zwei Nationalitäten ihre Eigenart zu wahren und ihrem Auftrag treu zu bleiben.

Ulrike Patzke

MITARBEITER/INNEN DIESES HEFTES

Christian Andersen, Dr. phil
Am Frache 10
44229 Dortmund

Uwe Döring
Minister für Justiz, Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein
Lorentzendam 35
24171 Kiel

Ove Jensen, M.A.
Hasselbrookstraße 131
22089 Hamburg

Manfred Jessen-Klingenberg, Prof. Dr.
Langsoll 7
24254 Rumohr

Martin Klatt, ph.d.
Institut for Grænseregionsforskning
Syddansk Universitet
Persillegade 6
DK-6200 Aabenraa

Benjamin Lassiwe, M.A.
Universität Greifswald
Lehrstuhl für Nordische Geschichte
Bahnhofstraße 51
17487 Greifswald

Ulrike Patzke, Dr. phil.
Højskolen Østersøen
Flensborgvej 45
DK-6200 Aabenraa

Bernd Philipsen
Munkenholt 42
24944 Flensburg

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
Studieafdeling og Arkivet
ved Dansk Centralbibliotek
Norderstraße 59
24939 Flensburg

Hans Schultz Hansen, dr. phil.
Landsarkivet for Sønderjylland
Haderslevvej 45
DK-6200 Aabenraa

Ingrid Schumann
Grenzfriedensbund
Willi-Sander-Platz 6
24943 Flensburg

Jan Wittrup, cand. mag.
Hafendamm 11
24937 Flensburg

Lars E. Worgull, M.A.
Staatsarchiv Bremen
Am Staatsarchiv 1
28203 Bremen

Uwe Döring, Neue Perspektiven für die grenzüberschreitende Kooperation mit Dänemark, Foto: Ingrid Schumann

Manfred Jessen-Klingenberg, Uwe Jens Lornsens Vorschläge für eine Gemeinde- und Distriktsverfassung Schleswig-Holsteins Abb. 1: Ulrich Lange (Hrsg.), *Geschichte Schleswig-Holsteins*, 2. Aufl., Neumünster: Wachholtz 2003, S. 430; Abb. 2: Uwe Jens Lornsens Briefe an Franz Hermann Hegewisch, hrsg. v. Volquart Pauls, Schleswig 1925, n. S. 102; Abb. 3: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Landesgeschichtliche Sammlung; Abb. 4: Der Verfasser; Abb. 5: Privatbesitz

Hans Schultz Hansen, Das Heimdeutschtum in Nordschleswig 1840-1867 Abb. 1 u. 2: Statsbiblioteket i Århus, Avissamling; Abb. 3: Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 63, Nr. 1384 I.; Abb. 4: Museum Sønderjylland, Sønderborg Slot, Abb. 5: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Umschau Abb. 1: Foto: Ingrid Schumann; Abb. 2: Foto: Gerret Liebing Schlaber



GRENZFRIEDENSBUND

Liebe Leserin, lieber Leser!

- ✓ Gefällt Ihnen diese Zeitschrift?
- ✓ Leben Sie gerne in der Grenzregion oder haben Sie einen anderen persönlichen oder wirtschaftlichen Bezug zu ihr?
- ✓ Interessieren Sie sich für Politik, Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Dänemark und Schleswig-Holstein?
- ✓ Wollen Sie den Ausbau des deutsch-dänischen Verhältnisses zum Wohle aller aktiv unterstützen?
- ✓ Möchten Sie viermal jährlich Informationen über das Geschehen im Grenzland aus erster Hand frei Haus geliefert bekommen?

Dann werden Sie Mitglied im GRENZFRIEDENSBUND e.V.

Der GRENZFRIEDENSBUND arbeitet aktiv auf überparteilicher Ebene daran mit, dass Deutsche und Dänen einander näherkommen und sich die schleswigsche Grenzregion im europäischen Kontext zum Wohle aller fortentwickelt. Wir möchten die kulturelle Vielfalt bewusst machen und fördern. Grenzüberschreitender Ideenaustausch ist uns wichtig, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und nach Lösungswegen für aktuelle wirtschaftliche, arbeits- und sozialpolitische und

politische Fragen zu suchen. Dabei scheuen wir uns nicht, unbequeme Fragen zu stellen und den Finger in offene oder verdeckte Wunden zu legen.

Kurzum: Wir wollen zeigen, dass das schleswigsche Grenzland alles andere als eine entlegene Provinz, sondern eine hochgradig spannende Region mit eigenen Stärken ist, in der es sich zu leben lohnt. Und wir wollen aktiv daran mitwirken, dass dies auch in Zukunft so bleibt und weiter ausgebaut wird.

- Unsere Mitglieder erhalten viermal im Jahr die GRENZFRIEDENSHEFTE, die als einzige deutschsprachige Zeitschrift regelmäßig und kompetent über das aktuelle Geschehen im Grenzland informiert.
- Der Mitgliedsbeitrag beträgt 15 € für Einzelmitglieder und 30 € für Institutionen.

Möchten Sie dem **GRENZFRIEDENSBUND** beitreten oder mehr über unsere Tätigkeiten erfahren? Sie erreichen uns auf folgende Weise:

Grenzfriedensbund e.V.

Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg
Telefon: 04 61 / 2 67 08 • Telefax: 04 61 / 2 67 09
E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net
Website: www.grenzfriedensbund.de

Die Geschäftsstelle ist dienstags bis donnerstags von 9-12 Uhr besetzt, mittwochs zusätzlich bis 16 Uhr.

Postvertriebsstück
C 3340 F
Entgelt bezahlt
Grenzfriedensbund e.V.
Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg